

Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2023/2024

Stand : 16. Juni 2023

Änderungen gegenüber Stand 16. Juni 2023

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
1	CDU	allg.	<p>Investitionsprogramm B: (je 100 Mio. €; 50% = 50 Mio. €/a davon 10% Mittel, die nicht abfließen werden)</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Umsetzung pauschaler Kürzungsantrag so nicht möglich; Konkretisierung auf einzelne Projekte/Maßnahmen/Ansätze erforderlich.</p>		-5.000.000			-5.000.000	
2	HDer	allg.	<p>B: Die letzten Haushaltsjahre haben gezeigt, dass in einigen Bereichen die Planzahlen deutlich vom Ergebnis abweichen, während an anderen Stellen nicht genügend Finanzressourcen zur Verfügung stehen.</p> <p>Z: Haushaltsklarheit: das Investitionsvolumen realistischer planen</p> <p>Anmerkung der Verwaltung:</p>						
3	Bunte Linke	allg.	<p>B: Projekte, die länger als 10 Jahre gefördert wurden , werden in institutionelle Förderung überführt</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Grundsätzlich ist vorgesehen, bestehende Zuschüsse soweit möglich in institutionelle Zuschüsse zu überführen. Wo dies nicht erfolgt, hat dies besondere Ursachen wie eine anteilige Festbetragsfinanzierung an einem Projekt oder eine anteilige Kofinanzierung zusammen mit Dritten oder dgl.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
4	Bunte Linke	FW	B: Erhöhung Hebesatz Gewerbsteuer auf 420 v. H.	7.600.000			7.900.000		
			Anmerkung der Verwaltung: Formal ist zum jetzigen Zeitpunkt für 2023 eine Erhöhung des Hebesatzes nicht mehr möglich. Für 2024 wäre eine Erhöhung möglich.						
5	Linke	FW	B: Erhöhung Hebesatz Gewerbsteuer auf 410 v. H.	3.500.000			3.500.000		
			Anmerkung der Verwaltung: siehe Stellungnahme Antrag Nr. 4						
6	Grüne	FW	B: Erhöhung der Vergnügungssteuer auf 25 %	250.000			250.000		
			Anmerkung der Verwaltung: Nach der bisherigen Rechtsprechung hat ein Steuersatz von 25 % noch keine erdrosselnde Wirkung. Vergleich mit anderen Städten: Karlsruhe 24 %, Baden-Baden 22 %, Pforzheim 20 % Erforderlich wäre eine Satzungsänderung. Das Inkrafttreten einer Änderungssatzung wäre zum 01.01.2024 möglich.						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
7	Grüne	FW	<p>B: Globale Minderausgabe, 1% der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstige Aufwendungen (ohne Personal, Transferleistungen, Versorgung und Abschreibung)</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Die Globale Minderausgabe kann max. 1 % der ordentlichen Aufwendungen betragen. Bereinigt man diese um die genannten Bereiche, verbleibt ein Restvolumen von rund 192 bzw. 195 Mio. € auf das die GloMi umgesetzt werden kann. Bei der beantragten Höhe bedeutet dies eine Einsparvorgabe von rund 1,3 %. Betroffen hiervon sind allerdings Kostenarten, bei denen eine Umsetzung nicht oder nur sehr schwierig möglich ist, da Bindungen/Verträge vorliegen. (z. B. Energie, Reinigung, Unterhaltung, EDV, Mieten, Versicherungen, Kosten der Unterkunft etc.). Beschränkt man dies auf die frei verfügbaren Positionen ist dies nur mit Leistungseinschränkungen umsetzbar. Bitte die Beträge auf volle 100 T€ runden!</p>		-2.563.131			-2.631.403	
8	HiB	FW	<p>B: Globaler Minderausgabe, 1% der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: 1% der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen entsprechen 1.157.518 € (in 2023) bzw. 1.367.951 € (in 2024). Im übrigen siehe Stellungnahme Antrag Nr. 7</p>		-2.563.131			-2.631.403	
9	SPD	FW	<p>B: Minderung der generellen Erhöhung der Sach- und Dienstleistungen um 10 % global über alle Teilhaushalte hinweg. Mitteleinsparung zur Deckung der Erhöhungsanträge im Ergebnishaushalt. Darüber hinaus soll dadurch zusätzlicher Handlungsspielraum für Investitionen im Finanzhaushalt geschaffen werden.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Stellungnahme Antrag Nr. 7</p>		-1.863.280			-2.384.270	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
10	AfD	01	<p>Die Corona-Maßnahmen haben immense, nicht nur gesundheitliche Schäden bei vielen Heidelberger Bürgern angerichtet, sondern auch zu einer tiefen Spaltung der Gesellschaft geführt. Menschen, die sich dem Impfdruck von Politik und Medien nicht gebeugt haben wurden massiv ausgegrenzt. Viele Menschen wurden ihrer Grundrechte beraubt. Insbesondere Kinder wurden durch wissenschaftlich nicht begründete Maßnahmen gequält. Eine Aufarbeitung auf Bundesebene reicht nicht, hier ist auch Heidelberg in der Pflicht eine kommunale Aufarbeitung durchzuführen unter Hinzuziehung von Opfern der Maßnahmen und denjenigen Experten, die zu Corona-Maßnahmen-Zeiten diskreditiert und diffamiert wurden, letztendlich aber in überwältigendem Maße richtig lagen. Die Aufklärung ist als Chefsache zu betrachten und daher als Teil der Produktgruppe 11.14 b) Bürgerschaftliches Engagement/ Gesellschaftliches Miteinander des TH 01 Referat des Oberbürgermeisters, Seite 12 anzusehen. Finanzielle Deckung über Kürzung Klimareligion.</p> <p>B:</p> <p>Z: Aufarbeitung der gesundheitlichen und gesellschaftlichen Schäden der grundrechtseinschränkenden Corona-Maßnahmen in Heidelberg</p> <p>M: u.a. Ausschreibung von Studienarbeiten, Durchführung von Informationskampagnen und Runden Tischen</p> <p>Anmerkung der Verwaltung:</p>		300.000			300.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
11	Die PARTEI	01	B:	Ausbau und Betrieb Ratskeller		500.000			25.000	
			Z:	Zusammenarbeit Gemeinderat und Verwaltung stärken						
			M:	Nachsitzungen im hauseigenen Ratskeller ermöglichen						
			Anmerkung der Verwaltung: Die Verwaltung prüft derzeit verschiedene Optionen (z.B. Kantine im Prinz Carl), die aber noch nicht abschließend geklärt sind; daher kann aktuell noch keine Aussage zu den möglichen Kosten getroffen werden. Sobald konkrete Konzepte und Zahlen vorliegen, werden diese vorgelegt bzw. nachgereicht.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
12	Die PARTEI	01; S.7	<p>B: Sitzungsgelder für Ehrenamtliche Tätigkeit ab 2024 erhöhen</p> <p>Z: Wertschätzung Ehrenamtlicher Tätigkeit, Inflationsausgleich</p> <p>M: Erhöhung Aufwandsentschädigung Gemeinderäte auf 1.200 Euro p.M., Sitzungsgelder Bezirksbeiräte, JGR, etc. auf 50 Euro erhöhen</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Die letzte Erhöhung der Aufwandsentschädigung wurde im Jahr 2018 beschlossen und ist seit dem 01.01.2019 gültig. Der Betrag stieg dabei von 665 € auf 900 € an. Eine Erhöhung der monatlichen Aufwandsentschädigung von aktuell 900 € auf 1.200 € führt zu jährlichen Mehrkosten i.H.v. 172.800 €. Die Sitzungsgelder werden aktuell als Pauschalen ausbezahlt. Die letzte Änderung des Sitzungsgeldes erfolgte 2001 (Umstellung von 50 DM auf 26 Euro). Eine Erhöhung auf 50 € würde zu jährlichen Mehrkosten von ca. 28.000 bis 30.000 € führen. Unabhängig von der Höhe des Sitzungsgeldes werden bereits jetzt schon zusätzlich Aufwendungen für die Pflege oder Betreuung von Angehörigen mit pauschal 50 € erstattet. Eine Änderung der Aufwandsentschädigung oder des Sitzungsgeldes erfordert eine Änderung der Ehrenamtsentschädigungssatzung.</p>					212.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024			
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
13	Die PARTEI	01, S.7	B:	Geschäftsaufwendungen der Fraktionen		35.900			73.500		
			Z:	Inflationsausgleich							
			M:	Erhöhung um 5% in 2023 und weitere 5% in 2024							
			Anmerkung der Verwaltung: In der Regel haben die Fraktionen stets einen Übertrag in das Folgejahr in Höhe von 10 % des Fraktionsbudgets und zahlen darüberhinaus noch einen Restbetrag an die Stadt zurück. Dies trifft laut bisher vorliegender Verwendungsnachweise der Fraktionen auch auf die Jahre 2021 und 2022 zu, obwohl hier das Budget um 8,5 bzw. 6,5 % coronabedingt gekürzt wurde. Die Rückzahlung/der Übertrag liegt damit regelmäßig über der Inflationsrate, sodass eine Erhöhung des Budgets nicht notwendig erscheint.								
14	HDer	01	Z:	Der Gemeinderat trägt einen Teil zur Ausgabenreduzierung bei.		-70.000			-70.000		
			M:	Geschäftsaufwendungen der Fraktionen - Mittelkürzung um 10%							
			Anmerkung der Verwaltung: Nach der Aufhebung der Corona-Einsparungen wurde mit den Parteien intensiv über eine Mittelkürzung diskutiert. Letztlich wurde aber auf eine Fortführung der zeitlich befristeten Mittelkürzungen verzichtet. Gerne können die Fraktionen jedoch auf freiwilliger Basis auf den Mittelübertrag verzichten, wie bereits von einigen Fraktionen gehandhabt, um so einen eigenen Beitrag zu den Einsparungen zu leisten.								

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
15	SPD	01, S. 7	B:	Sonstige ordentliche Aufwendungen					40.000	
			Z:	Geschäftsaufwendungen der Fraktionen						
			M:	Tarifsteigerungen nicht berücksichtigt von Verwaltung						
			Anmerkung der Verwaltung:							
			Die einzelnen Budgets der Fraktionfinanzierungssatzung sind gegenseitig deckungsfähig. Die Budgets wurden zuletzt 2019 nach der Kommunalwahl angepasst (0238/2019/BV & 0248/2019/BV). Da jedoch in der Regel ein Übertrag in Höhe von 10 % des Gesamtbudgets in das kommende Jahr und ggf. zusätzliche Rückzahlungen erfolgen, könnten diese Restmittel im Rahmen der Deckungsfähigkeit auch für Personalkosten verwendet werden, so dass keine Erhöhung des Personalkostenbudgets erforderlich erscheint.							
16	Die PARTEI	01; S.8	B:	Botenzustell-/ Postdienst weniger häufig nutzen, #Digitalisierung		-106.000			-106.000	
			Z:	Portokosten einsparen						
			M:	Nutzen digitaler Möglichkeiten						
			Anmerkung der Verwaltung:							
			Von den laufenden Kosten der Poststelle machen die Portokosten nur einen geringen Anteil aus. Durch die geplante zunehmende Digitalisierung des Postlaufes aber auch des Sitzungsgeschehens sind mittelfristig gesamtstädtisch weitere Kosteneinsparungen zu erwarten.							
17	GAL FW	01	B:	Brauchtumpflege		35.000			35.000	
			M:	Erhöhung/ Investitionszuschuss						
			Anmerkung der Verwaltung:							
			Mit HAFA-Beschluss vom 11.05. (vgl. 0154/2023/BV) wurde bereits ein Investitionskostenzuschuss an das Heidelberger Karneval-Komitee in Höhe von 30.000 Euro für die Anschaffung eines Motivwagens beschlossen. Weitere Bedarfe für 2023 sind nicht bekannt.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024			
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
18	Bunte Linke	01 11	B:	Keine Bewerbung Heidelbergs als Internationale Kulturhauptstadt		???			???		
			M:	Die ohne Beschluss des Gemeinderates geschaffene Stelle wird so schnell es arbeitsrechtlich möglich ist wieder aufgelöst.							
				Anmerkung der Verwaltung:							
				Die Prüfung der Vorbereitung einer Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt hat Projektcharakter (befristet), daher ist keine Stellenschaffung im Haushalt vorgesehen. Im ersten Schritt ist eine Beteiligung an der Bewerbung der Partnerstadt Montpellier geplant. Die Entscheidung, ob die Bewerbung der Stadt Montpellier angenommen wird, fällt Ende 2023. Danach erfolgt eine Klärung der weiteren Entwicklung des Projekts unter Beteiligung der gemeinderätlichen Gremien.							
19	SPD	01 11	B:	Primärer strategischer Fokus der Stadt Heidelberg sollte im Bereich Schulsanierung und der Prozessoptimierung liegen. Eine priorisierte Konzentration auf eine mögliche Bewerbung Heidelbergs als Kulturhauptstadt und ein damit einhergehender Stellenaufwuchs wird vor diesem Hintergrund nicht gesehen.		-61.559			-82.078		
			Z:	Stellenplan S. 91ff. Hier: TH 01							
			M:	Streichung Stabsstelle Kulturhauptstadt (Annahme: 1 VZÄ E 13 Stufe 4)							
							Anmerkung der Verwaltung:	Siehe Stellungnahme zu Antrag Nr. 18			
20	Grüne	01	M:	Deckungsbeitrag: alle Kosten und Aufwendungen, die in Zusammenhang mit dem Bewerbungsprozess zur "Kulturhauptstadt" stehen							
							Anmerkung der Verwaltung:	Siehe Stellungnahme zu Antrag Nr. 18			

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
21	CDU	01 51	<p>Erhöhung Zuschuss für den Stadtjugendring, darunter subsummiert auch Projekte des Sjr im Bereich Kinder und Jugendamt</p> <p>B: subsummiert auch Projekte des Sjr im Bereich Kinder und Jugendamt</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Aus Sicht der Verwaltung ist der Stadtjugendring weitestgehend auskömmlich finanziert. Die hier beantragten zusätzlichen Mittel verteilen sich wie folgt: Referat 01: 9.000 € in 2023 und 19.000 € in 2024 für die Aufstockung des Personals und der Sachmittel im Bereich internationale Beziehungen Amt 51: 32.500 € in 2023 und 52.500 € in 2024 für die Aufstockung des Personals im Bereich Prävention / Inklusion sowie Ausgleich vergangener Personalkostensteigerungen</p>		41.500			71.500	
22	SPD	01, S. 6	<p>Zuschusserhöhung im Bereich Internationale Jugendarbeit, um ganzjährige Beschäftigungen zu ermöglichen.</p> <p>B: Jugendarbeit, um ganzjährige Beschäftigungen zu ermöglichen.</p> <p>Z: Transferaufwendungen</p> <p>M: Erhöhung Zuschuss Stadtjugendring</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Stellungnahme zu Antrag Nr. 21</p>		9.000			9.500	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
23	SPD	01, S. 6	B: Durch die Erhöhung des Zuschusses sollen gestiegene Sachkosten im Bereich "Jugendaustauschmaßnahmen" finanziert werden.					10.000	
			Z: Transferaufwendungen						
			M: Erhöhung Zuschuss Stadtjugendring zzgl. Tarifsteigerungen						
			Anmerkung der Verwaltung: Der Mittelübertragungen des Stadtjugendringes in die Folgejahre im Bereich der Sachmittel lagen seit 2016 - und damit auch bereits in den Jahren vor der Pandemie - regelmäßig bei 13.000 € oder höher und sind pandemiebedingt nochmals angestiegen. Eine weitere Mittelerhöhung im Bereich der Sachmittel erscheint daher aktuell nicht notwendig. siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 21						
24	CDU	01	B: Bürgerbegegnungsreisen, Anpassung auf vor Corona Niveau		5.000			5.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Der direkte Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern Heidelbergs und der Partnerstädte ist eine wichtige Säule der Städtepartnerschaftsarbeit. Die Stadt Heidelberg unterstützt daher im Rahmen des Programms zur "Förderung von Begegnungen im Rahmen der Städtepartnerschaften" Reisen in die Partnerstädte, Kulturveranstaltungen in einer der Partnerstädte sowie Besuche von Bürgerinnen und Bürgern aus den Partnerstädten in Heidelberg.						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
25	CDU	01	<p>B: Städtereisen, Städtepartnerschaften, Erhöhung des Ansatzes auf Niveau Sechstel Regelung (Momentan 4tel)</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Art der Zusammensetzung und Größe der jeweiligen Delegationen ergeben sich in der Regel in Abstimmung mit den einladenden Partnerstädten. Üblicherweise achtet die Stadt Heidelberg dabei auf eine thematisch sinnvolle Mischung von Vertreterinnen und Vertretern aus Politik sowie aus Verwaltung und Zivilgesellschaft. Seit September 2019 besteht eine mit den Parteien abgestimmte Sechstel-Regelung für Delegationsreisen und Gremienbesetzungen. Je nach Größe der Delegationen kamen dabei zuletzt jeweils 2 bis 4 Sechstel des GR zum Zuge. Eine regelmäßige Berücksichtigung aller Parteien bzw. Sechstel des GR bei den Delegationsreisen hätte Mehrkosten für Transport, Unterkunft, etc. zur Folge. Diese werden in 2023 auf bis zu 17.000 €, in 2024 auf circa 8.000 € geschätzt.</p>		30.000			30.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
26	SPD	01, S. 5	B: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Z: Protokollarische Angelegenheiten/ Städtepartnerschaften/ Europaangelegenheiten M: Bürgerfest 2024: Ansatz wie Plan 2022 Anmerkung der Verwaltung: Das Bürgerfest der Stadt Heidelberg findet alle zwei Jahre an unterschiedlichen Orten auf Heidelberger Gemarkung statt und zieht als öffentliche Großveranstaltung der Stadt Heidelberg zum Jahresbeginn in der Regel zwischen 8.000 und 13.000 interessierte Besucherinnen und Besucher an. Der bisherige Ansatz zur Ausrichtung des Bürgerfestes in Höhe von 150.000 € ist für eine Durchführung inzwischen nicht mehr ausreichend bzw. realistisch. Bereits beim vergangenen Bürgerfest im Jahr 2022 in und rund um den SNP Dome zeigte sich eine enorme Preissteigerung bei dem für die Ausrichtung erforderlichen Material (wie z.B. gestiegene Kosten für Zelte und Zaunanlagen sowie Preissteigerungen bei der erforderlichen Veranstaltungstechnik und für die notwendige Ausstattung in den Zelten und die jeweiligen Infobereiche). Des Weiteren waren massive Kostensteigerungen für das erforderliche Fachpersonal zu verzeichnen.					-70.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
27	HDer	01 11	<p>Die Stellenschaffung ist nur durch das Ausufern der</p> <p>B: Anzahl und des Umfangs der gemeinderätlichen Fragezeit nötig.</p> <p>Z: Mit einer Einschränkung der Anzahl und des Umfangs der gemeinderätlichen Fragezeit trägt der Gemeinderat einen Teil zur Ausgabenreduzierung bei.</p> <p>M: Stellenstreichung „Mehrbedarf im Bereich Sitzungsdienste im Sachgebiet Gemeinderat und Ausschüsse“</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: In den vergangenen Jahren ist die Anzahl an Anträgen, Vorlagen und Fragezeiten kontinuierlich gestiegen (Nutzung dieser Instrumente in der Gemeindeordnung rechtlich verankert). Darüber hinaus wurde unter anderem im Jahr 2020 der Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft neu gegründet, zudem sind diverse Digitalisierungsprojekte hinzugekommen. Die Stelle im Bereich Sitzungsdienste soll daher aufgrund von generellen Aufgabenzuwächsen und nicht ausschließlich für die gemeinderätliche Fragezeit eingerichtet werden. Im Vorgriff wurde bereits eine Mitarbeiterin überplanmäßig zur Unterstützung im Bereich Sitzungsdienste eingesetzt, dies hat sich auch bereits bewährt.</p>		-60.000			-60.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
28	HiB	01	Der Migrationsbeirat sollte wie der bmb Heidelberg, bzw. Migrationsbeirat Mannheim eine halbe		10.000			30.000	
			B: Koordinationsstelle haben. Es muss mehr Initiativen geben, wie z.B. Kampagnen oder den Austausch mit verschiedenen Ämter und der Öffentlichkeit.						
			Z: Unterstützung der Migrationspolitik stärken, Wahrnehmung des Migrationsbeirates in der Gesellschaft, Gestaltungsmöglichkeit für politische Teilhabe						
			M: Erstellung halbe Koordinationsstelle für Migrationsbeirat						
			Anmerkung der Verwaltung: Für die Geschäftsstelle des MBR bestehen aktuell Stellenanteile beim Referat 01. Die geforderte Unterstützung für u.a. eine erhöhte Wahrnehmung des MBR in der Gesellschaft und eine verbesserte politische Teilhabe kann hierüber nicht mit abgedeckt werden. Die Mehrkosten für die Schaffung einer halben Stelle beim Referat 01 betragen ca. 15.000 € im Jahr 2023 bzw. 35.000 € im Jahr 2024.						
29	Grüne	01 11	M: 1/2 Stelle Koordination Migrationsbeirat					30.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme zu Antrag Nr. 28						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
30	CDU	Dez. II, III, IV u. V		Einrichtung von je einer Stelle als persönliche B: Referentin/Referent der/des jeweiligen Dezernentin/-Dezernenten		150.000			300.000	
				Anmerkung der Verwaltung: Die Heidelberger Verwaltung zeichnet sich durch die enge Zusammenarbeit der jeweiligen Fachämter mit der zuständigen Dezernentin/dem zuständigen Dezernenten aus. Die inhaltliche und fachliche Vorbereitung erfolgt bisher im Regelfall durch die Fachämter. Im Zuge der weiter zunehmenden und komplexer werdenden Aufgaben erscheint es jedoch hilfreich, eine Unterstützung der Dezernate durch den ergänzenden Einsatz einer Büroleitung zu realisieren. Je Stelle ist dabei mit Personalkosten in Höhe von ca. 90.000€ zu rechnen (E12 TVöD). Ein möglicher Einsatz wäre zum Jahr 2024 realistisch.						
31	Grüne	01 ESB		Weiterentwicklung des Fördertopfs " Mehr junge z: Feierkultur Heidelberg " in Zusammenarbeit mit jungen Menschen und auf Grundlage der Evaluation des Fördertopfes 2023						
				Anmerkung der Verwaltung: Auf Basis der bisherigen Erfahrungen mit dem Fördertopf wird eine Verlängerung über den bisher beschlossenen Zeitraum hinaus empfohlen (DS 0185/2023/BV).						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
32	HDer	11	B: Mehr Unterstützung für die Mitarbeitenden		5.000			10.000	
			Z: Agiles Personalmanagement fördern						
			M: Budget für Anreiz-System						
			Anmerkung der Verwaltung: Im Projekt Personalmanagement des Personalamts werden sukzessive die Themen der Arbeitgeberattraktivität, Mitarbeiterzufriedenheit und Mitarbeiterbindung aufgegriffen. Das Personal- und Organisationsamt, weitere Bereiche wie zum Beispiel das OB-Referat und andere Initiativen arbeiten außerdem daran, die Vernetzung und Kooperation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Bereiche hinweg zu fördern, Teamentwicklungsprozesse zu unterstützen und Raum für die Beteiligung an Innovationsprozessen zu schaffen.						
33	HDer	11	Moderne Unternehmen machen es uns vor: aktive		5.000			10.000	
			B: Einbindung von Mitarbeitenden, um strukturelle Verbesserungen auf den Weg zu bringen						
			Z: Innovationsprogramm für strukturelle Verbesserungen						
			M: Budget für Anreiz-System						
Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme zu Antrag Nr. 32									

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
34	Grüne	11	M: Budget für Dankeschön und individuelle Wertschätzung einführen		10.000			20.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Für Tarifbeschäftigte wird die Leistungsbezahlung nach § 18 TVöD seit vielen Jahren bei der Stadt umgesetzt. Für Beamtinnen und Beamte gibt es eine Dienstanweisung zur leistungsorientierten Bezahlung wonach ca. 17% jährlich eine Prämie erhalten, darüber hinaus ist die Honorierung weiterer Einzelleistungen durch Herrn OB möglich. Weitere Maßnahmen: Stufenvorweggewährung bei Tarifbeschäftigten, großzügige Freistellung im Rahmen des Ehrenamtskonzepts und der Bildungszeit; Durchführung des Sommerfests und Zuschuss zu Gemeinschaftsveranstaltungen als Maßnahmen zur Steigerung der Mitarbeitendenzufriedenheit. Bei Tarifbeschäftigten ist die Maßnahme unter Beachtung steuerrechtlicher Vorgaben möglich, bei Beamtinnen/Beamten ist dies nicht möglich, da keine entsprechende gesetzliche Regelung vorhanden ist. Eine Ausweitung der Maßnahmen wird unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen geprüft.						
35	HDer	11	B: Besonders gute Arbeit sollte auch besonders honoriert werden		5.000			10.000	
			Z: Honorierung von besonderer Leistung						
			M: Budget für Anreiz-System						
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme zu Antrag Nr. 34						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
36	HDer	11	B: Die Wohnungssituation in Heidelberg ist angespannt. Auf diese Weise werden städtische Auszubildende bei der Wohnraumsuche unterstützt.						
			Z: Erhalt der Attraktivität der Stadt Heidelberg als Arbeitgeberin in Zeiten des Fachkräftemangels						
			M: Im 2. Ausbildungshaus soll auch für städtische Auszubildende Wohnraum zur Verfügung stehen						
			Anmerkung der Verwaltung: Auszubildende werden bei der Wohnraumsuche unterstützt und im Rahmen der Bedarfsermittlung von Amt 80 wird Interesse an Räumen im Ausbildungshaus bekundet.						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)			finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
						Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
37	HDer	11	B:	Die Mitarbeitenden sind Botschafter für unsere Stadt. Der Ansatz muss sein, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, statt damit zu beginnen, was aus welchem Grund nicht möglich ist							
			Z:	Zusätzliches Ziel 5, S. 11 „Ermöglichungskultur: Lösungsorientiertes Arbeiten für die Bürgerinnen und Bürger wie auch für Unternehmen“							
			M:	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Service-Dienstleister schulen und Anreize schaffen							
			Anmerkung der Verwaltung: Im Fortbildungsangebot der Stadt Heidelberg sind zahlreiche Seminarangebote zu finden, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit bieten, neue Ansätze und Methoden für Agilität, lösungsorientiertes Denken, Projektmanagement, Design Thinking, Prozess- und Serviceorientierung kennenzulernen (beispielsweise das Seminar zur Prozessoptimierung, agile Moderation, agiles Taschenmesser, kollegiale Beratung und Projektmanagement). Weiter werden Meet-Ups, Lean Coffees, Projektwerkstätten und Workshops angeboten, in denen es um Organisationsentwicklung und lösungsorientiertes Denken geht. Insgesamt werden rund 100 Veranstaltungen angeboten. Zusätzlich werden ab dem Jahr 2023 die digitalen Angebote ausgebaut und ein Moderatorenpool aufgebaut.								

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
38	Linke	11 65	<p>Reinigungskräfte bei der Stadt, den städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben wieder direkt bei der Stadt tariflich beschäftigen</p> <p>Z: Outsourcing beenden</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Eine direkte Beschäftigung der Reinigungskräfte als Angestellte der Stadt Heidelberg würde mit großen Kostensteigerungen einhergehen. Die Personalverwaltung und Aquise der Reinigungskräfte, die Koordination des Reinigungsbetriebs, die Anleitung der Reinigungskräfte wie auch die Beschaffung von Reinigungsmaschinen würden einen erheblichen sowohl personellen als auch finanziellen Aufwand erfordern. Bezüglich der Praxis der Vergabe der Reinigungsleistungen ist anzumerken, dass hierbei auch soziale und umweltbezogene Eigenschaften der Firmen herangezogen werden. In jedem Fall verpflichten sich die Reinigungsfirmen, die von ihnen eingesetzten Mitarbeitenden mindestens nach den geltenden tariflichen Bestimmungen im Gebäudereinigerhandwerk zu entlohnen und die Bestimmungen des geltenden Lohntarif-, Rahmentarif- und Mindestlohntarifvertrages für das Gebäudereinigerhandwerk aufgrund von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen einzuhalten. Demzufolge ist die tarifliche Bezahlung der Reinigungskräfte sichergestellt.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
39	SPD	11, S. 5	B:	Sonstige ordentliche Aufwendungen		-42.200			-34.700	
			Z:	Geschäftsaufwendungen						
			M:	Reduktion des Ansatzes in Orientierung am RE 2019						
			Anmerkung der Verwaltung: Die in der Tabelle zu den "Sonstigen ordentlichen Aufwendungen" ausgewiesenen Geschäftsaufwendungen enthalten neben den Geschäftsaufwendungen auch die Aufwendungen für die Inanspruchnahme Dritter, Honorarkräfte, Leiharbeiter, Rechts- und Beratungskosten und Aufwendungen für Schadensfälle. Eine Reduzierung des Gesamtansatzes hätte Auswirkungen auf die in 2023 und 2024 gesetzten Ziele und Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Mitarbeiterbindung und -gewinnung.							
40	SPD	11	B:	Durch den regelmäßigen Austausch sollen vor allem ein regelmäßiger vertrauensvoller Austausch zwischen den Personalvertretungen gewährleistet sein und mögliche Bedarfe frühzeitig angesprochen werden.						
			Z:	PG 11.14 Ziel 1 NEU Regelmäßiger Austausch zwischen Personalrät*innen und Gemeinderat						
			M:	M1 NEU mindestens 1x im halben Jahr DPRs und GR gemeinsame Sitzung (z.B. Meeting / Workshop) organisiert vom Gesamtpersonalrat						
			Anmerkung der Verwaltung: Ein regelmäßiger Austausch wird angestrebt, u.a. durch: - Treffen des GR mit den Personalvertretungen alle 2 Jahre zu den Haushaltseinbringungen - Weitere Treffen werden nach Themen und Bedarfe organisiert - Der GPR-Vorstand kommt 1-2 Mal/Jahr themen- und bedarfsorientiert zu den Gemeinderatsfraktionen							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024			
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
41	SPD	11, S. 10	B:	Transparente Evaluation der Eingruppierung der Beschäftigten im Vergleich zu solchen mit vergleichbaren Tätigkeiten in den anderen beiden großen Städten der Metropolregion Rhein-Neckar. Durch die resultierenden Maßnahmen soll die Attraktivität der Arbeitgeberin Stadt gesichert werden						
			Z:	PG 11.21 Ziel 1						
			M:	M7 NEU Benchmarkanalyse mit MA und LU über Eingruppierungen , Aufgabenzuschnitte - gerne auch andere Städte wie KA - Bericht im 1. Quartal 2024. Auf Basis dieser Ergebnisse einen Konzept- und Maßnahmenkatalog, der spätestens Mitte 2024 im GR diskutiert wird.						
			Anmerkung der Verwaltung: Es erfolgt ein laufender Austausch zwischen den Kommunen, auch hinsichtlich der Bezahlung. Bei den jeweiligen Vergleichen sind jedoch auch stets die unterschiedlichen Aufgabenzuschnitte und Organisationsstrukturen zu berücksichtigen. Ausschreibungen anderer Kommunen werden aktiv verfolgt und evaluiert. Eine noch darüber hinausgehende Benchmarkanalyse wäre auch davon abhängig, inwieweit andere Kommunen Daten freigeben oder dies nicht wünschen.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
42	SPD	11, S. 10	<p>Langjährige Erfahrung und Know-how von Mitarbeitendengeneration zu Mitarbeitendengeneration weitergeben! Mit einer zeitlich begrenzten Doppelbesetzung bei Personalwechsel soll es ermöglicht werden, dass die ausscheidenden Beschäftigten ihre Nachfolger*innen selbst einlernen, in die Arbeitsprozesse einführen und ihnen damit einen guten Einstand bereiten können. Somit können die Arbeitsprozesse auch bei Personalwechseln möglichst effizient weitergeführt werden.</p> <p>B:</p>					500.000	
			<p>Z: PG 11.21 Ziel 1</p>						
			<p>M: M8 NEU Personalüberschneidungen bei Personalwechsel ab 2024 über 1 Monat ermöglichen, um den Wissenstransfer zu sichern. Angenommen werden 7% Personalfuktuation.</p>						
			<p>Anmerkung der Verwaltung:</p> <p>Mit den seit Jahren vorhandenen Instrumenten der überlappenden Besetzung von Stellen sowie den Honorarverträgen verfügt die Stadtverwaltung über zwei Instrumente, die einen möglichst reibungslosen Übergang von bisherigem/r und nachfolgendem/r Beschäftigtem/r gewährleisten. Diese Instrumente wurden bisher in wenigen, ausgewählten Situationen eingesetzt. Ergänzend wurde im Jahr 2022 der Einsatz des Wissenstransfer-Workshops gestartet, der in relevanten Fällen durchgeführt wird, vor allem auf Ebene der Führungskräfte und Beschäftigten mit Alleinstellungsmerkmal. Auch hier wird es aufgrund der stark steigenden Austritte nur in ausgewählten Fällen gelingen, einen expliziten Wissenstransfer-Prozess durchzuführen. Unabhängig davon wird zur Zeit stadtweit der Einarbeitungsplan als Instrument für das onboarding eingeführt.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
43	SPD	11, S. 10	<p>Die Personalaufwuchsplanung soll sich an den aktuellen Erfordernissen der Stadt Heidelberg orientieren, wie aktuell beispielsweise die Sanierung und Modernisierung von Schulen und anderen Investitionsprojekten. Diese</p> <p>B: Aufwuchsplanung soll in den gemeinderätlichen Gremien einmal im Jahr vorgelegt werden, damit gegebenenfalls mögliche Handlungsbedarfe frühzeitig erkannt und mögliche Maßnahmen ergriffen werden können.</p> <p>Z: PG 11.21 Ziel 1</p> <p>M: M10 NEU: Einführung einer systematischen, transparenten Personalaufwuchsplanung mit Bericht in Q3/2023</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Wird in einigen Bereichen bereits genutzt (Beispiel Feuerwehrbedarfsplan), ist jedoch nicht in allen Bereichen so vorhersehbar (Beispiel kurzfristige Umsetzung Wohngeldreform). Grundsätzlich bedarf der Antrag noch einer Konkretisierung hinsichtlich des Ziels und Inhalts einer solchen Planung.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
44	SPD	11, S. 10	B:	Attraktivität des Arbeitgebers auch für Pendelnde mit sehr schlechter ÖPNV-Anbindung stärken						
			Z:	PG 11.21 Ziel 1						
			M:	M11 NEU: Bedarfsermittlung Mitarbeitendenstellplätze mit gegebenenfalls Erhöhung der Stellplatzanzahl (Vgl. TH 23, S. 8, Kennzahlen K4 und K5) für Beschäftigte mit schlechter ÖPNV-Anbindung (wie z.B. Odenwald), sofern der Bedarf da ist.						
			Anmerkung der Verwaltung:							
			Die Stadt Heidelberg verfügt derzeit über 466 angemietet Stellplätze. Insgesamt befinden sich derzeit 45 Personen auf der Warteliste (teilweise auch Personen mit Wechselwunsch, die lediglich einen näheren Stellplatz anstreben). Vor allem im Bereich der Altstadt um das Rathaus übersteigt die Nachfrage das Angebot. Die Vergabe der Stellplätze erfolgt anhand sozialer Kriterien (pflegebedürftige Angehörige, Kinder, et cetera). Eventuell wäre es eine Option, die ÖPNV-Anbindung stärker als soziales Kriterium zu gewichten, anstatt neue Stellplätze anzumieten (was konträr zu den Klimaschutzbestrebungen der Stadt Heidelberg wäre). Es ist zudem nicht gesichert, dass neue Stellplätze angemietet werden können, da die Eigentümer in der Regel an Kurzparkerinnen und Kurzparkern besser verdienen.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
45	SPD	11 S. 4/7	Gerade in Stadtteilen mit Parkraumbewirtschaftung ist es beispielsweise für Erzieher*innen schwierig, einen Parkplatz zu finden. Mit der Bereitstellung zusätzlicher						
			B: PKW-Stellplätze soll gerade Beschäftigten geholfen werden, die aus Orten mit sehr schlechter ÖPNV-Anbindung nach Heidelberg pendeln und auf das Auto angewiesen sind.						
			Z: PG 11.12. Ziel 2						
			M3 NEU: Bedarfsermittlung und ggf. Bereitstellung städtischer Parkplätze vor allem für die						
			M: systemrelevanten Berufe in der Verwaltung wie Erzieherinnen vor allem in Stadtteilen mit Parkraumbewirtschaftung.						
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 44, Die stärkere Gewichtung der ÖPNV-Anbindung als soziales Kriterium ist eine denkbare Alternative gegenüber zusätzlichen Stellplätzen. Die Vergabepaxis anhand der "Systemrelevanz" einzelner Berufe auszurichten, erscheint hingegen wenig praktikabel (Herabwertung einzelner Berufsgruppen -> Unmut bei den Mitarbeitenden, wenig transparent).						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
46	SPD	11, S.13	B:	Die verstärkte Ausbildung von Fachkräften bei der Stadt birgt ein großes Potential, kompetente Mitarbeiter*innen behutsam aufzubauen und für eine langfristige Beschäftigung zu binden.					11.250	
			Z:	K1 Anzahl der Auszubildenden						
			M:	Fachkräfte selbst ausbilden: Erhöhung von 170 auf 200 Plätze/a						
			Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen unserer personellen Kapazitäten schöpfen wir alle Möglichkeiten aus, junge Menschen für eine Ausbildung bei uns zu gewinnen und auch zu halten. Dennoch gehen die Bewerberzahlen in fast allen Berufsbildern zurück und wir bieten bereits jetzt allen geeigneten Personen einen Ausbildungsplatz an. Wenn es die Bewerberlage hergibt, werden wir auch weiterhin insbesondere in den Mangelberufen unabhängig von den Planzahlen mehr Personen einstellen (Voraussetzung: Qualität der Ausbildung leidet nicht darunter).							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
47	SPD	11, S.13 und ESB	B:	Die verstärkte Ausbildung von Fachkräften bei der Stadt birgt ein großes Potential, kompetente Mitarbeiter*innen behutsam aufzubauen und für eine langfristige Beschäftigung zu binden. Mit den Rücklagen der Heidelberger Dienste gGmbH können mehr Menschen bei der Stadt ausgebildet werden.						
			Z:	K2 Anzahl der zusätzlich finanzierten Ausbildungsplätze über den Azubi-Fonds der HDD gGmbH						
			M:	Erhöhung von 20 auf 30; Finanzierung mit Rücklagen HDD						
			Anmerkung der Verwaltung: Die HDD setzt mit den Mitarbeiter*innen im kommunalen Arbeitsmarktservice alles daran, den Bereich der Ausbildung in Heidelberg zu stärken. Dabei ist es sinnvoll Synergien in Sachen Ausbildungsstätten und Plätzen, auch außerhalb der Verwaltungstellen, mit der Stadt Heidelberg abzustimmen. Für weitere oder zusätzliche Ausbildungsplätze im Azubi-Fonds sind derzeit keine Rücklagen und Mittel bei der Gesellschaft eingestellt. Derzeit gelingt es den HDD viele der Auszubildenden, die für den Azubi-Fonds vorstellig werden, direkt in die Ausbildungsstellen am ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Die aktuell bemessenen Plätze sind aktuell mit 20 Auszubildenden aus Sicht der Gesellschaft ausreichend.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
48	Grüne	11	Z:	Stärken der Vereinbarkeit von Familie und Beruf						
				M1 Einführen von Vaterzeit (2 Monate nach Geburt Arbeitsreduzierung auf 80% ohne Gehaltsverlust)						
			M:	M2 Führungspositionen in Teilzeit anbieten M3 Ausstattung der (Heim)- Arbeitsplätze verbessern M4 Arbeitgeberzuschuss bei Kita Plätzen						
			Anmerkung der Verwaltung:							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
			<p>M1: In Deutschland gibt es bereits weitreichende Erleichterungen, deren Inanspruchnahme städtischen MitarbeiterInnen umfassend ermöglicht wird. Der TVöD und das städtische Selbstverständnis als familienfreundliche Arbeitgeberin bieten zudem flexible Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung. Das Bundesfamilienministerium hat darüber hinaus für 2024 die Umsetzung des Gesetzesvorhabens zur Einführung einer zweiwöchigen bezahlten Freistellung für den zweiten Elternteil nach der Geburt eines Kindes angekündigt, die im Zeit- und Geldwert nach derzeitiger Kenntnis über den Änderungsantrag hinausgehen würde.</p> <p>M2: In der Regel werden alle Stellen - auch Führungspositionen - bereits ausgeschrieben mit dem Zusatz, dass die Stellen grundsätzlich teilbar sind.</p> <p>M3: Geeignete Regelungen wurden bereits in der DV zum hybriden Arbeiten getroffen, mit der die existierenden Arbeitsformen sinnvoll ergänzt werden sollen. In der DV ist die technische Ausstattung des Arbeitsplatzes geregelt. Dem Mitarbeitenden steht ein Basispaket, bestehend aus Laptop, Dockingstation, Tastatur/Maus, Headset und Zugang zum städt. Netz, zur Verfügung. Die Bereitstellung weiterer Ausstattung (z.B. Mobiliar, 2. Bildschirm) ist unter bestimmten Voraussetzungen möglich.</p> <p>M4: Auch städt. Mitarbeitende, die nicht in HD wohnen, können ihre Kinder in den städtischen Kitas betreuen lassen. Es gibt weder eine gesetzliche noch eine tarifliche Grundlage für einen solchen Zuschuss.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
49	SPD	11, S.10	<p>Die Stadt Heidelberg konkurriert mit vielen anderen kommunalen und privaten Arbeitgeber*innen um die besten Fachkräfte. Um auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich um neue Beschäftigte werben zu können, ist neben attraktiven Arbeitsbedingungen auch eine aussagekräftige an den adressierten Zielgruppen orientierte Bewerbung der Stadt als Arbeitgeberin notwendig. Die Verwaltung erstellt hierzu in Kooperation mit dem OB-Referat (Abteilung Markenkommunikation) ein entsprechendes Konzept und stimmt dies mit anderen bestehenden Maßnahmen zur Fachkräfteacquire ab. Vorlage in Q4/2023</p> <p>B:</p>						
			Z: P 11.21 Ziel 1						
			<p>M9 NEU: Im Kampf um die Fachkräfte bestehen! – Schaffung einer aussagekräftigen und authentischen Arbeitgebermarke in Kooperation mit dem OB-Referat</p> <p>M: um Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt gewinnen zu können. An diesem strategischem Instrument sollen die anderen Maßnahmen zur städtischen Fachkräfteacquire ausgerichtet werden. Ein entsprechender Bericht soll</p>						
			Anmerkung der Verwaltung:						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
			<p>Um die Stadt Heidelberg als zukunftsfähige und attraktive Arbeitgeberin im Wettbewerb um Fach-, Führungs- sowie Nachwuchskräfte nachhaltig zu positionieren und zielgruppengerecht zu vermarkten, bedarf es einer strategischen Konzeption einer authentischen Arbeitgebermarke.</p> <p>Diese leitet sich aus der Marke Stadt Heidelberg und einer starken Markenkommunikation des Gesamtportfolios ab, welche in einem umfassenden Prozess entwickelt und kontinuierlich fortgeschrieben wurde. Darauf aufbauend wird das Personal- und Organisationsamt in Zusammenarbeit mit dem OB-Referat und unter Beteiligung des Amtes für Öffentlichkeitsarbeit sich nun der Etablierung einer Arbeitgebermarke und einer EVP (Employer Value Proposition) widmen. Dieser Prozess erfolgt auch unter der aktiven Einbeziehung der Mitarbeitenden der Stadt Heidelberg, bezieht die Vielzahl bereits bestehender Bausteine zur Fachkräftegewinnung ein und berücksichtigt die aktuelle und zukünftige Arbeitsmarktsituation im Wettbewerb um die qualifizierten Kräfte.</p>						
50	Grüne	11	<p>M: Umsetzung einer Marketingkampagne "Heidelberg ist attraktive Arbeitgeber:in"</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme zu Antrag Nr. 49</p>		50.000			250.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
51	Grüne	11	<p>Z: Stadtverwaltung für die Bewältigung der Aufgaben einer wachsenden Stadt stärken</p> <p>M: M: Konzept für Mitarbeitendenwohnungen erstellen M: tarifliche Eingruppierungen optimieren M: Konzept für Know How Transfer entwickeln</p> <p>Anmerkung der Verwaltung:</p> <p>M1: Mitarbeitenden wird bereits Unterstützung bei der Wohnungssuche über die Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH Heidelberg (GGH) angeboten bzw. bei Neueinstellungen wird auf Wunsch ein Kontakt hergestellt.</p> <p>M2: Es werden alle sich im Tarifrecht bietenden Möglichkeiten für eine attraktive Bezahlungsstruktur genutzt. Teilweise werden auch - unter Einbeziehung der gemeinderätlichen Gremien - übertarifliche Lösungen gefunden. Für verschiedene Bereiche wurden kürzlich Maßnahmen für eine attraktivere Bezahlungsstruktur - insbesondere auch in niedriger bezahlten Berufsfeldern - erarbeitet.</p> <p>M3: Mit den seit Jahren vorhandenen Instrumenten der überlappenden Besetzung von Stellen sowie den Honorarverträgen verfügt die Stadtverwaltung über zwei Instrumente, die einen möglichst reibungslosen Übergang von bisherigem/r und nachfolgendem/r Beschäftigtem/r gewährleisten. Diese Instrumente wurden bisher in wenigen, ausgewählten Situationen eingesetzt. Ergänzend wurde im Jahr 2022 der Einsatz des Wissenstransfer-Workshops gestartet, der in relevanten Fällen durchgeführt wird, vor allem auf Ebene der Führungskräfte und Beschäftigten mit Alleinstellungsmerkmal. Unabhängig davon wird zur Zeit stadtweit der Einarbeitungsplan als Instrument für das onboarding eingeführt.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
52	Grüne	11	<p>M: nachhaltige Mobilitätsangebote ausbauen (Duschen, Abstellplätze etc.)</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Die Bereitstellung von Duschen, zum Beispiel für fahrradfahrende Mitarbeitende, sowie von adäquaten Abstellmöglichkeiten für Zweiräder (perspektivisch mit Lademöglichkeiten) tragen zur Arbeitgeberattraktivität bei. Für die Umsetzung in/an stadteigenen Bestandsgebäuden erfolgt dies in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt. Bei Neuanmietungen werden diese Themen bereits in die Mietvertragsverhandlungen eingebracht.</p>		50.000			50.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
53	CDU	12	<p>Erhöhung Personalmittel im Amt 12 für Entwicklung PHV, B: Kinder und Jugendbeteiligung, Koordinierungsstelle für Baugruppen (Personalmittel 2 Stellen)</p> <p>Anmerkung der Verwaltung:</p> <p>Speziell für den Bereich Stadtteilentwicklung PHV wurde eine halbe Stelle befürwortend in den HH-Entwurf eingebracht. Die Entwicklung des Stadtteils PHV stellt eine große Aufgabe dar, die größere personelle Kapazitäten in den Bereichen Stadt- und Regionalentwicklung, Bürgerbeteiligung und Verwaltung bindet.</p> <p>Auf die Informationsvorlage 0078/2023/IV zu dem Ergebnis der 3. Evaluation der Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung wird verwiesen. Die Bürgerbeteiligung in Heidelberg ist im bundesweiten Vergleich von überdurchschnittlicher Qualität. Der Bereich Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung wurde in den letzten Jahren sukzessive ausgebaut. Für die qualitative, strategische und konzeptionelle Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendbeteiligung bei der Stadt wurde zum Haushalt 2019/2020 eine halbe Stelle geschaffen.</p> <p>Die Aufgabe der Koordinierungsstelle für Baugruppen ist Bestandteil der erfolgten Stellenübertragung von Amt 12 auf Referat 02. Darüber hinaus wird zunächst kein Bedarf gesehen.</p> <p>Zur Stellenschaffung bedürfte es je Stelle in 2023 ca. 15.000 € und in 2024 ca. 80.000 € Personalaufwand.</p>		100.000			200.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
54	Grüne	12	<p>M: 1/2 Stelle für Kinder- und Jugendbeteiligung</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Auf die Informationsvorlage 0078/2023/IV zu dem Ergebnis der 3. Evaluation der Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung wird verwiesen. Die Bürgerbeteiligung in Heidelberg ist im bundesweiten Vergleich von überdurchschnittlicher Qualität. Der Bereich Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung wurde in den letzten Jahren sukzessive ausgebaut. Für die qualitative, strategische und konzeptionelle Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendbeteiligung bei der Stadt wurde zum Haushalt 2019/2020 eine halbe Stelle geschaffen. Zur Schaffung einer halben Stelle bedürfte es in 2024 ca. 40.000 € Personalaufwand.</p>					30.000	
55	Grüne	12	<p>Z: Bürgerbeteiligung für Alle</p> <p>M: M1: niedrigschwellige Beteiligungsformate anbieten M2: stärkere Berücksichtigung von Belangen älterer Menschen, Menschen mit Einschränkungen oder besonderen Bedarfe</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Auf die Informationsvorlage 0078/2023/IV zu dem Ergebnis der 3. Evaluation der Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung wird verwiesen. Die Bürgerbeteiligung in Heidelberg ist im bundesweiten Vergleich von überdurchschnittlicher Qualität. Der Bereich Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung wurde in den letzten Jahren sukzessive ausgebaut, zuletzt für den Bereich Bürgerbeteiligung Masterplan INF und STEK. Zur Schaffung einer Stelle bedürfte es in 2024 ca. 80.000 € Personalaufwand.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
56	HDer	12	B:	Die Mitarbeitenden müssen in den Stadtteilen sichtbar sein und aktiv sein.						
			Z:	Stärkung der Stadtteil- und Quartiersentwicklung						
			M:	Mitarbeiter/-innen in der Praxis vor Ort						
			Anmerkung der Verwaltung: Ein Ausbau der Aktivitäten und Ansprechmöglichkeiten in den Stadtteilen ist Teil der vereinbarten Neukonzeption und wird bereits umgesetzt .							
57	HDer	12	B:	Maßnahme kann nach hinten verschoben werden, da sich in 2023 dort noch kein Stadtteilleben entwickeln kann		-40.000				
			Z:	Aufbau von Stadtteilstrukturen auf dem Patrick-Henry-Village						
			M:	Verschiebung der Einrichtung eines Stadtteilmanagements auf PHV						
			Anmerkung der Verwaltung: Die Maßnahmen sind entsprechend der zeitlichen Verzögerung in der Entwicklung von PHV für 2024 eingeplant. Der Start in 2024 ist erforderlich, um den Aufbau des Stadtteils von Beginn an zu begleiten. Im TH 12 sind für die Maßnahmen (ZV Seite 12 Ziel 8) keine HH-Mittel eingeplant. Die Finanzierung erfolgt über Fördermittel (NIS: Nichtinvestive Städtebauförderung). Der erforderliche Eigenanteil wird im TH 23/ Konversion abgebildet.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)			finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
						Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
58	SPD	12	B:	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen							
			Z:	Aufwendungen für EDV							
			M:	Reduktion des Ansatzes orientiert am Ergebnis und Plan 2021/2022							
			Anmerkung der Verwaltung: Der Planansatz enthält u.a. Kosten für die Umstellung auf eine neue Adressverwaltungssoftware (u. a. für Bürgerbeteiligung, Statistik und Stadtteilmanagments) in Höhe von je 30.000 € (Vorschlag von Amt 17 zur Angleichung bereits genutzter Software in anderen Ämtern) und Kostenpositionen, welche vertraglich gebunden und bisher z. B. als Kauflizenz im Finanzhaushalt vorgesehen waren und jetzt als Abo-Lizenz im Ergebnishaushalt abgebildet werden.								
59	SPD	12	B:	Projektkosten							
			Z:	Stadtentwicklung							
			M:	Reduktion um Ansatz Gutachten, da ab Seite 10 keine Gutachten ersichtlich sind.							
			Anmerkung der Verwaltung: Der Ansatz Projektkosten auf Seite 5 unter "Stadtentwicklung" summiert die erforderlichen und kalkulierten Ausgaben für laufende und viele bereits vertraglich gebundene Projekte - wie die Stadtteil- und Quartiersmanagements, das STEK (siehe auch 0118/2023/BV), den Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in 2024 und Gutachten wie z.B. Monitoring zur Entwicklung des Einzelhandels, regionale Kooperation, Stadtteilkonzepte - die nicht alle einzeln als Ziele und Maßnahmen formuliert aber für die laufenden Aufgaben benötigt werden. Der kalkulierte Ansatz für Gutachten beträgt jeweils maximal 50.000 EUR. Eine Mittelkürzung verhindert die Umsetzung der genannten und teilweise vertraglich gebundenen Aufgaben.								

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
60	CDU	12	B:	Weiterführung Zuschuss Caritasverband für das Südstadtbüro		13.000			26.000	
				Anmerkung der Verwaltung: DS 0062/2023/IV und Antrag 0031/2023/AN						
61	Grüne	KW	M:	Fördertopf für die Subventionierung der Anmietung privater Räume (öffentliche Nutzungen im Bereich Kultur, Kultur- und Kreativwirtschaft, Soziales, Gemeinnütziges)					200.000	
				Anmerkung der Verwaltung: Die Nachfrage nach Räumen (Veranstaltungen, Ausstellungen, Arbeitsräume, Workshops usw.) ist kontinuierlich hoch. Wie zuletzt auch die zahlreichen Anfragen zu Zwischennutzungen im alten Karlstorbahnhof gezeigt haben, können in städtischen Gebäuden nur eine geringe Auswahl an Initiativen und Akteuren bedient werden.						
62	FDP	13	B:	Planstellenerhöhung begrenzen um Fixkosten zu minimieren. Alternative: Projektbezogenen Aufgaben an freie Grafiker vergeben						
				Z:	Planstellenerhöhung auf 14					
				M:	Ursprünglich wurden die Planstellen auf 15,5 erhöht					
				Anmerkung der Verwaltung: Das Amt beauftragt bereits regelmäßig externe Dienstleister, nicht nur im Bereich Grafik sondern z.B. auch Fotografie, Video oder Medien-Entwicklung. Eine Verlagerung von Aufgaben an externe Dienstleister über dieses Maß hinaus würde zu überproportional steigenden Sachkosten, einem erhöhten Abstimmungsaufwand für die Beschäftigten des Amtes und zu einer zeitlichen Verzögerung der Prozesse führen. Das Amt müsste mithin sein Leistungsspektrum reduzieren.						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
63	HDer	15	B:	Durch den Ausbau der Habitate breitet sich die Population im Allgemeinen aus.					-46.000	
			M:	Verzicht auf die Errichtung eines Taubenturms						
			Anmerkung der Verwaltung:							
			Durch die Einrichtung eines Taubenturms werden die Habitate nicht weiter ausgebaut , sondern bisherige Tauben-Standorte ersetzt . Im Taubenturm (bzw. Taubenschlag / Taubenhaus) wird eine größere Taubengruppe an- bzw. umgesiedelt, mit adäquatem Futter und Brutplätzen versorgt und die neuen Eier durch Attrappen ausgetauscht. Dadurch wird eine Geburtenregulation erreicht und ein Ausbreiten der Population verhindert .							
64	Bunte Linke	15	B:	Stadttaubenprojekt						
			Z:	Produktgruppe 12.26 Ziel ergänzen: 6: Taubenpopulation senken						
			M:	M1: Bau von Taubenschlägen, M2: Eiertausch, Kennzahl einführen: ausgetauschte Eier						
			Anmerkung der Verwaltung:							
Ziel, Maßnahmen und Kennzahl können in die Zielvereinbarung aufgenommen werden.										
65	Bunte Linke	15	B:	Stadttaubenprojekt		32.850			84.178	
			Z:	Taubenpopulation senken						
			M:	Betreuung Taubenschläge 3 Std. täglich, 365 Tage für jeden (Aufwandsentsch. bzw. Minijob mit Mindestlohn 12€/12,30€)						
			Anmerkung der Verwaltung:							
Im Ergebnishaushalt 2024 ist der Unterhalt für einen Taubenturms berücksichtigt.										

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
66	Bunte Linke	15	B:	Stadttaubenprojekt		40.000			60.000	
			Z:	Taubenpopulation senken						
			M:	Bau von 2 (2023) bzw. 3 (2024) Taubenschlägen in der Innenstadt						
			Anmerkung der Verwaltung: Auf städtischem Gelände (Amt 70) ist ein Taubenschlag errichtet worden. Hier werden Erfahrungen gesammelt und die ermittelten Daten ausgewertet. Im Haushalt sind daher im Jahr 2024 die notwendigen Mittel für den Bau eines Taubenturms eingeplant. Aufgrund der noch fehlenden Erfahrungswerte und der schwierigen Standortsuche ist eine größere Anzahl kurzfristig schwierig umsetzbar.							
67	Bunte Linke	15	B:	Stadttaubenprojekt						
			Z:	Taubenpopulation senken						
			M:	Futter						
			Anmerkung der Verwaltung: Im Ergebnishaushalt 2024 ist der Unterhalt für einen Taubenturms berücksichtigt.							
68	Bunte Linke	15	B:	Stadttaubenprojekt	50.000			50.000		
			M:	Bau-, Futter- und Betreuungsspenden einwerben, Fördermittel						
			Anmerkung der Verwaltung: Beim Land sind Fördermöglichkeiten geplant. Die Förderrichtlinien ist noch nicht verabschiedet und die Fördervoraussetzungen noch nicht bekannt.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
69	Bunte Linke	15	B:	Katzenschutzverordnung						
			Z:	Produktgruppe 12.26: Ziel Ergänzen 6: Straßenkatzenpopulation senken						
			M:	Streunende Katzen einfangen und kastrieren lassen mit Hilfe von ehrenamtlichen/ Minijobbern. Kennzahlen: Anzahl Kastrationen						
			Anmerkung der Verwaltung: Es wurden bereits Anträge auf Landesmittel gestellt, um mit Untersützung von Ehrenamtlichen streunende Katzen einfangen und kastrieren zu lassen sowie die entsprechen Kennzahlen zu erheben.							
70	Bunte Linke	15	B:	Katzenschutzverordnung	mind. Hälfte der Kosten			mind. Hälfte der Kosten		
			M:	Spendenmittel einwerben						
			Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 69							
71	Linke	15	B:	Imagekampagne zu Bekanntmachung des HD-Passes und HD-Passes+		15.000			30.000	
			Z:	Armut bekämpfen, Teilhabe ermöglichen						
			M:	Stadt startet Plakatkampagne über HD-Marketing						
			Anmerkung der Verwaltung: Ob eine Imagekampagne eine Steigerung der Antrags- und Verlängerungszahlen mit sich bringt, kann schlecht prognostiziert werden. Die jeweiligen Institutionen und städtischen Ämter (unter anderem Amt für Soziales und Senioren/Wohngeldstelle) weisen bereits jetzt explizit auf die Möglichkeit hin. Sollten im Zuge einer möglichen Imagekampagne die Antrags- und Verlängerungszahlen steigen, kann evtl. ein zusätzlicher Personalbedarf entstehen.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
71 a	SPD	15	B:	Durch die Anhebung des Heidelberg-Passes sollen mehr Senior*innen Zugang u.a. zum vergünstigten Angeboten erhalten. Hier soll auch der gestiegenen Inflation Rechnung getragen werden. Anhebung der Grenzen liegt bereits lange zurück.						
			Z:	PG 12.22, hier: 12.22.04						
			M:	Erhöhung der Grenzen des Heidelberg-Passes für Senior*innen um 5000 €						
			Anmerkung der Verwaltung:							
72	SPD	15, S. 15	B:	Mit Hilfe der Stromkästen kann der Festplatz mit Strom versorgt werden (z.B. Schausteller)		20.000				
			Z:	Transferaufwendungen, hier: Zuschuss Volksfeste						
			M:	Erhöhung Zuschuss Volksfeste für Ertüchtigung Festplatz Pfaffengrund am Gesellschaftshaus - Stromkästen						
			Anmerkung der Verwaltung: Falls ein Stromanschluss gewünscht wird, kann dieser von der Stadt in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken installiert werden. Buchung als Sachmittel.							
73	Grüne	15	M:	zwei Workshops pro Jahr für den KOD und die Night Coaches im Bereich Antidiskriminierung		5.000			10.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Die Night Coaches wurden am 17.05.2023 bereits durch das Amt für Chancengleichheit im Bereich Antidiskriminierung geschult. Der KOD nimmt neben den Schulungen im Bereich Antidiskriminierung auch an Workshops mit dem Frauennotruf teil.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
74	HiB	15	B:	Die Ausländerbehörde ist personell extrem unterbesetzt, trotz unbefristeter Stellenausschreibung keine Neueinstellungen wegen Fachkräftemangels, das Amt soll gemeinsam mit dem Arbeitsamt Qualifizierungsmaßnahmen für Quereinsteiger entwickeln.		40.000			50.000	
			Z:	Prozessoptimierung, digitale Fortbildungsprogramme						
			M:	Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen für Quereinsteiger:innen						
			Anmerkung der Verwaltung:							
			Vor dem Hintergrund des akuten Fachkräftemangels bestehen bereits intensive Bemühungen -unter anderem gemeinsam mit der Agentur für Arbeit- entsprechende Qualifizierungsprogramme für Quereinsteigende umzusetzen. Die allgemeine Qualifizierung für den Verwaltungsbereich erfolgt zentral durch die Querschnittsverwaltung, unter anderem auch unterstützt durch digitale Fortbildungsangebote (Mitgliedschaft im KommunalCampus seit 2023; Einführung eines Lern-Managementsystems). Ergänzend hierzu sind fachspezifische Qualifizierungsmaßnahmen, z.B. Ausländerrecht, unerlässlich und wären über den Teilhaushalt 15 zu finanzieren.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
75	AfD	16	<p>Wir wollen keine Förderung der Spaltung der Gesellschaft durch Steuergeld für „woke“ Projekte. In Heidelberg werden neben dem Queer Festival insbesondere auch im Einklang mit dem woken Zeitgeist Angriffe auf die seelische Gesundheit von Jugendlichen finanziert. Queer Youth und Fachstellen für Rainbow City Kids dürfen auf keinen Fall staatliche Gelder erhalten. Sollte eine komplette Abwicklung im laufenden Doppelhaushalt nicht möglich sein, werden die notwendigen Vorbereitungen getroffen dies so schnell wie möglich zu erreichen. Etwaige Bundeszuschüsse werden nicht mehr beantragt.</p> <p>B:</p> <p>Streichung von Ziel 4 „Stärkung der Akzeptanz, Sichtbarkeit und Partizipation von LSBTIQ+ Menschen“ und aller enthaltenen Maßnahmen</p> <p>Z:</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: 2023 sind im Bereich "Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe" 303.945 € für Queer Youth, Queer Festival, Beratungsangebot PLUS e.V. und Mosaik e.V. vorläufig bewilligt, entsprechende Projekte laufen. Zusätzlich sind 70.065 € einmalig für Youth Think Tank und 186.266 € für "Demokratie leben!" endgültig bewilligt, darin enthalten sind 160.000 € Weiterleitung des Bundeszuschusses. Mittel für Demokratie leben! sind durch den Bund bereits für 2023 und 2024 bewilligt. Ebenso wie der Bund halten wir die Förderung eines lebendigen, demokratischen Miteinanders für besonders wichtig.</p>		-560.276			-640.972	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
76	FDP	16	<p>Keine doppelten Strukturen; Jugendgemeinderat, Büro B: Junges Heidelberg, und Ring Politischer Jugend beim Sjr decken bereits die gleiche Felder ab.</p> <p>Z: Einsparung Gelder für Youth Think Tank</p> <p>M: Streichung Zuschuss Youth Think Tank 2023</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Die Mittel für Youth Think Tank sind bereits endgültig bewilligt worden (0141/2022/BV). Für 2023 wurden dabei einmalig 70.065 € bereitgestellt. Eine Verlängerung des Projektes über 2023 hinaus ist nicht vorgesehen.</p>		-70.065		0	0	0
77	HiB	16	<p>Gleichberechtigte Sichtbarkeit auf Augenhöhe und partizipative Kultur - Die queere Szene in Heidelberg braucht finanzielle Investitionen, um weiterhin eine positive Botschaft in der Stadt verbreiten zu können. Zum einen braucht das Queer Festival, das bisher keine B: Sponsoren hat, mehr Geld, um mit allen Initiativen, die mit dem Festival zusammenarbeiten wollen, kooperieren zu können, zum anderen braucht das Amt für Chancengleichheit eine halbe Stelle, um alle LGBTQI+ spezifischen Beratungsanfragen, die in letzter Zeit zunehmen, bearbeiten und verwalten zu können.</p> <p>Z: Stärkung Heidelbergs als Rainbow City</p> <p>M: 1. Erweiterung Koordinationsstelle für Thema LGBTQI+ beim Amt für Chancengleichheit, 2. Zuschussanpassung für das Queerfestival, 3. Zuschussanpassung für PLUS e.V.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung:</p>		75.000			75.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
			<p>Für die Umsetzung des Antrags ist die Angabe des für den einzelnen Zweck jeweils vorgesehenen konkreten Betrags erforderlich.</p> <p>Koordinationsstelle: aktuell sind auf der vorhandenen 0,5 Planstelle befristet 1,0 VZW eingesetzt. Eine Erweiterung der Planstelle könnte somit eine Verstetigung des befristeten üpl. Personaleinsatzes ermöglichen, keine Ausweitung. Dafür wären eine zusätzliche 0,5 Planstelle sowie zusätzliche Personalmittel in Höhe von ca. 35.000 €/Jahr erforderlich.</p> <p>Queer-Festival: Projekt wird aktuell zu großem Teil noch im Ehrenamt kuratiert und koordiniert. Aufgrund des kontinuierlich wachsenden Publikumsinteresses (>10.000 Besucher*innen 2023) und gesellschaftspolit. Relevanz des Festivals steigen Erwartungshaltung an Programm, Professionalität und Kooperationen. Mittelerhöhung kann Projekt nachhaltig personell sichern und stabilisieren.</p> <p>Zuschussanpassung PLUS e.V.: in 2023 aufgrund des späten HH-Beschlusses vorauss. für Träger nicht mehr umsetzbar, da zunächst Personal rekrutiert werden müsste. 2024 wäre mit Zuschusserhöhung der Ausbau der Fachstelle zu LSBTIQ+ & Flucht möglich.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
78	Linke	16	B: Mittelerhöhung Queer Festival Z: Heidelberg als Rainbow-City stärken Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 77 "Queer-Festival"		28.000			69.050	
79	Grüne	16	M: Queerfestival Erhöhung Zuschuss Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 77 "Queer-Festival"		18.000			51.000	
80	Grüne	16	M: PLUS e.V. Erhöhung Zuschuss Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 77 "Zuschusserhöhung "PLUS e.V."		52.000			27.000	
81	Grüne	16	M: 1/2 Stelle Koordination Projekte LGBTQI+ Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 77 "Koordinationsstelle"					30.000	
81 a	SPD	16, S. 11	B: Kompensation des Wegfalls von Bundes- und Landesfördermitteln ab 2024 Z: P 11.14.00, hier: Transferaufwendungen M: Erhöhung Zuschuss Mosaik e.V. Anmerkung der Verwaltung:					80.000	
82	SPD	16, S. 9/10	B: Zur Wissensvermittlung und zur respektvollen Vermittlung von queeren Lebensrealitäten sollen in den Heidelberger Bildungseinrichtungen queere Bücherkoffer eingesetzt werden. Z: P 11.14.00 Ziel 4 M: M7 NEU: Anschaffung queere Kinderbuchkoffer für Kitas und Grundschulen Anmerkung der Verwaltung: Umsetzung möglich, mögliche beratende Kooperationspartner*innen Fachstelle Rainbow City Kids & Initiative queerer Eltern (ILSE) Rhein-Neckar		2.500			2.500	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
83	Linke	16	B:	Stellenaufstockung des Frauennotruf Heidelberg um 1/4-Stelle Prävention und ½-Stelle Fortbildung						
			Z:	Gewaltschutz und Prävention für Frauen						
<p>Anmerkung der Verwaltung:</p> <p>Für den Frauennotruf sind 2023 insg. 314.946 € und 2024 insg. 319.970 € an Zuschüssen im Haushaltsplanentwurf vorgesehen. Darin enthalten sind für Beratungsangebote 200.926 € in 2023 und 205.950 € in 2024 sowie für Gewaltpräventionsprojekte jeweils 114.020 €. Für Frauen mit Behinderungen sind hier keine Mittel vorgesehen. Bei Frauen mit Behinderungen besteht eine besondere Lücke in Heidelberg. Der Frauennotruf hat hierfür in Abstimmung mit dem BiBeZ e.V. Mittel in Höhe von 47.939 € für 2023 und 58.126 € für 2024 beantragt. Für Beratungsangebote hat der Frauennotruf mehr Mittel beantragt als im Haushaltsplanentwurf vorgesehen, nämlich ca. 35.000 € mehr für 2023 und ca. 36.000 € mehr für 2024. Für Gewaltpräventionsprojekte wurden ebenfalls 2023 und 2024 jeweils ca. 46.000 € mehr Mittel beantragt als im Planentwurf vorgesehen.</p> <p>Hinsichtlich des gesamten Gewaltschutzsystems und dessen Bedarfen nach der Istanbul Konvention (besonders auch nach der Pandemie und deren Auswirkungen) muss das Hilfesystem, auch über den Frauennotruf hinaus, mit in den Blick genommen werden.</p> <p>Ein durch die Ausweitung der Zuschüsse im Fachamt ggf entstehender personeller Mehraufwand ist im Vollzug zu bewerten.</p>										

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
84	Bunte Linke	16	<p>B: Umstellung alle Projekte Frauennotruf auf institutionelle Förderung + Erhöhungen wie beantragt (Beratung: 35.268€, Prävention 43.127€)</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 83</p>		78.395			83.205	
85	SPD	16, S. 15	<p>B: Erhöhte Beratungsbedarfe</p> <p>Z: P 11.14.02., hier: Transferaufwendungen</p> <p>M: Erhöhung Zuschuss Frauennotruf für Institutionelle Förderung und Mädchensprechstunden</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 83</p>		54.000			54.000	
86	GAL FW	16	<p>B: Frauennotruf</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 83</p>		36.000			36.000	
87	Linke	16	<p>B: Aufstockung der institutionellen Förderung des Frauennotruf Heidelberg</p> <p>Z: Gewaltschutz und Prävention für Frauen</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 83</p>		35.268			35.268	
88	Grüne	16	<p>M: Frauennotruf Zuschuss allgemeine Bedarfe</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 83</p>		35.000			35.000	
89	CDU	16	<p>B: Frauennotruf e.V. Anpassung Zuschuss</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 83</p>		18.000			25.000	
90	Bunte Linke	16	<p>B: Frauennotruf - zurückgeforderte Mittel aus 2020-2022 (Haushaltsreste) wieder zur Verfügung stellen</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Für eine höhere Förderung müssten 2023 zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Sh auch Stellungnahme zu Antrag 83</p>		61.071				

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
91	Bunte Linke	16	B:	Frauennotruf - neue Sparte Beratungen: Frauen mit Behinderungen		23.969			49.138	
			Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 83							
92	CDU	16	B:	Frauennotruf e.V. Projektmittel Frauen mit Behinderung		23.000			24.000	
			Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 83							
93	Grüne	16	M:	Projekt "sexualisierte Gewalt bei Frauen mit Behinderung"					13.000	
			Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 83							
94	HiB	16	B:	Istanbul Konvention - Beratungszahlen wachsen, Beratungseinrichtungen gegen Gewalt gegen Frauen müssen dementsprechend unterstützt werden und alle Initiativen sollen davon profitieren		50.000			50.000	
			Z:	Umsetzung Beratungsprojekt für Frauen mit Behinderungen						
			M:	Zuschusserhöhung Frauen helfen Frauen e.V.						
			Anmerkung der Verwaltung: Für Frauen mit Behinderungen besteht eine besondere Lücke im Gewaltschutzsystem in Heidelberg. Ein Zuschuss für das Projekt wurde durch den Frauennotruf in Abstimmung mit dem BiBeZ e.V. in Höhe von 47.939 € für 2023 und 58.126 € für 2024 beantragt . Sh auch Stellungnahme zu Antrag 83							
95	Grüne	16	M:	Zuschuss Frauengesundheitszentrum		6.000			6.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Mit einer Erhöhung ist der Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit des FGZs möglich.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
96	Grüne	16	M: Frauenhäuser Stellenerhöhung Notwohnungen Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag zu den Notaufnahmen des Frauenhauses ist im Haushaltsplanentwurf bereits mit einem 30h/Woche-Modell (57.745 €) vorgesehen . Durch den beantragten Betrag könnte auf ein 47h/Woche-Modell erhöht werden .		28.000			30.000	
97	Grüne	16	M: 1/2 Stelle Umsetzung Istanbul Konventionen Anmerkung der Verwaltung: Für die Umsetzung der Istanbul Konvention ist die Schaffung einer 0,5 Koordinierungsstelle im Haushaltsplanentwurf vorgesehen . Der Umfang der Umsetzung der Istanbul Konvention ist abhängig von den bereitgestellten Personalkapazitäten. Für einen Ausbau der 0,5 Koordinierungsstelle auf Vollzeit wären eine zusätzliche 0,5 Planstelle sowie zusätzliche Personalmittel in Höhe von ca. 35.000 € erforderlich.					30.000	
98	HiB	16	B: Halbe Stelle beim Amt für Chancengleichheit Z: Umsetzung Istanbul Konvention M: Mittel zu Verfügung stellen Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 97					30.000	
99	DIE LINKE	16	B: Ausbau der Koordinierungsstelle Istanbul-Konvention auf 100% Z: geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 97						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
99 a	SPD	16, S. 14	B:	Aufstockung der Koordinierungsstelle Istanbul-Konvention auf 100 % u.a. zur Konzeption einer		41.000			41.000	
				Gesamtbedarfsanalyse, Koordination der bereits bestehenden Netzwerke und Abstimmung zwischen den relevanten Fachstellen						
				Z: Transferaufwendungen						
				M: Zuschusserhöhung Lotsin Uniklinik HD						
Anmerkung der Verwaltung:										
100	SPD	16, S. 11	B:	Weitere Förderung von Projekten vor allem mit dem Schwerpunkt allgemeine Frauenarbeit sicherstellen. Die Einstellung der Mittel erfolgt auf Basis des Planansatzes aus dem Jahr 2020.		30.000			30.000	
				Z: Transferaufwendungen						
				M: Wiedereinstellung Förderung von Projekten für Chancengleichheit und allgemeiner Frauenarbeit						
				Anmerkung der Verwaltung: Eine Wiedereinstellung der Förderung ermöglicht es, innovative feministische Projekte im Bereich Frauenarbeit flexibler und in größerem Maße zu unterstützen. Die Umsetzung ist personalintensiv. Ein durch die Ausweitung der Zuschüsse im Fachamt ggf entstehender personeller Mehraufwand ist im Vollzug zu bewerten.						
101	CDU	16	B:	Unterstützungstelle Beirat Menschen mit Behinderungen, Aufstockung der Personalstelle		5.000			10.000	
				Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen des Antrages wäre eine Aufstockung um 5 - 6 Wochenstunden möglich.						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
103	Linke	16	B:	Schaffung eines Sonderbudgets zwecks Ausrichtung für inklusive Veranstaltungen.		50.000			50.000	
			Z:	Inklusion ermöglichen						
Anmerkung der Verwaltung:										
Grundsätzlich sollten bei Budgetplanungen der Träger und einer Zuschussgewährung durch die Fachämter die Kosten für Barrierefreiheit bereits berücksichtigt werden. Für kleinere freie Kulturinitiativen könnte als Impuls ein solches Budget dennoch sinnvoll sein. In diesem Fall müsste geklärt werden, welches Fachamt hierfür zuständig wäre und welche Personalbedarfe damit verbunden wären.										
104	SPD	16, S. 19	B:	Mit der Einstellung dieses Budgets soll Teilhabe an kulturellen und oder politischen Veranstaltungen geschaffen werden.		20.000			20.000	
			Z:	P 11.14.14 Ziel 3						
			M:	M3 NEU: Sonderbudget für Veranstalter*innen für barrierefreie Veranstaltungen für die Buchung von Gebärdens- und Schriftdolmetscher*innen						
			Anmerkung der Verwaltung:							
sh. Stellungnahme zu Antrag 103										
105	CDU	16	B:	Sonderbudget für Inklusive Veranstaltungen freier Träger		10.000			20.000	
			Anmerkung der Verwaltung:							
sh. Stellungnahme zu Antrag 103										

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
106	Linke	16	B:	Statistische Befragung von Menschen mit Rassismuserfahrungen/ Migrationshintergrund						
			Z:	Verbesserung der Situation/Lage von Menschen mit Migrationshintergrund						
			M:	Konzepterstellung durch die Stadt						
			Anmerkung der Verwaltung: Eine erste explorative Online-Befragung könnte in Zusammenarbeit mit dem Heidelberger Antidiskriminierungsbüro (Mosaik Deutschland e.V.) im Rahmen des Runden Tisches gegen Rassismus entwickelt und z.B. aus den dort für den Runden Tisch beantragten Mitteln bereitgestellt werden. Mittelbedarf für eine erste Kurzbefragung: ca. 25.000 € .							
107	HiB	16	B:	Anschlussfinanzierung für Café Talk e.V.		40.000			50.000	
			Z:	Teilhabe, Empowerment, Sprachförderung von Geflüchteten						
			M:	Mittelerhöhung						
			Anmerkung der Verwaltung: Das Projekt wurde bisher aus Landesmitteln für die Flüchtlingsarbeit finanziert. Da das Projekt auch von Menschen aus der Umgebung genutzt wird sollte eine Kostenbeteiligung des Rhein-Neckar-Kreises angestrebt werden.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
108	SPD	16, S. 16	B:	Das Café Talk ist ein wichtiger Begegnungsort für Menschen aus verschiedenen Kulturen sowie mit und ohne Fluchterfahrung. Zudem wird durch Gesprächs-Hilfe- und Lerngruppen Teilhabe und Empowerment dieser Gruppen insbesondere in der Sprachförderung geschaffen.		34.000			38.000	
			Z:	P 11.14.00, hier: Transferaufwendungen						
			M:	Café Talk						
			Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 107							
109	Grüne	16	M:	Weiterfinanzierung Cafe Talk				35.000		
			Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 107							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
110	HiB	16	B: In Heidelberg gibt es keinen Runden Tisch zum Thema Rassismus, so dass es nicht möglich ist, die Impulse der internationalen Wochen gegen Rassismus weiterzuführen und konkrete Ziele zu erreichen. Mit einem Runden Tisch würde ein Gremium geschaffen, das sich mit dem 10-Punkte-Koalitionsplan gegen Rassismus befasst, und in jeder Sitzung würden verschiedene Themen behandelt, wie z.B. Racial Profiling.		10.000			30.000	
			Z: Entwicklung gemeinsamer Konzepte gegen Rassismen verschiedener Art (z.B. Antisemitismus, Ziganismus, ...)						
			M: Gründung eines runden Tisches zu Antirassismus						
			Anmerkung der Verwaltung: Ein Runder Tisch gegen Rassismus und Diskriminierung ist im Rahmen der aktuellen Personalausstattung umsetzbar und bietet die Möglichkeit eines strukturierten Vorgehens gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus sowie einer intensiveren Abstimmung der zahlreichen, von der Stadt Heidelberg initiierten Maßnahmen im Themenfeld. Perspektivisch könnten daraus Ressourcenbedarfe für Projekte erwachsen.-Ein durch eine Ausweitung der Zuschüsse im Fachamt ggf entstehender personeller Mehraufwand ist im Vollzug zu bewerten.						
111	Grüne	16	M: Gründung und Fond für Runden Tisch gegen Rassismus und Diskriminierung					30.000	
			Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 110						
112	Grüne	16	M: Einrichtung eines Fonds für die Sichtbarkeit von Antirassismus und den Kampf gegen koloniale Kontinuitäten in Heidelberg						
			Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 110						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
113	HiB	16	B:	Muslimische Akademie, Jüdisch-Muslimischen Kulturtage					100.000	
			Z:	Aufklärung zu Jüdisches und Muslimisches Leben, interreligiöser Dialog fördern						
			M:	Mittelerhöhung						
Anmerkung der Verwaltung:										
2023 wurde die Koordination der Jüdisch Muslimischen Kulturtage aus Restmitteln in Höhe von 35.000 € finanziert und bewilligt. Daneben standen dem Projekt Sachmittel von Land und Bund in Höhe von 39.641,23 € (davon 29.641.23 € Land / 10.000 € Bund) zu Verfügung, die Ende 2023 ebenfalls auslaufen. Für 2024 ist im Haushaltsplanentwurf keine Förderung vorgesehen .										
Mit einer zusätzlichen Erhöhung der Förderung könnten die entfallenden Landes- und Bundesmittel kompensiert, mehr Bildungsangebote an Schulen initiiert und somit das Angebot erhalten werden.										
114	Grüne	16	M:	Förderung Muslimische Akademie JMKT					80.000	
			Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 113							
115	Grüne	16	B:	Kinderbetreuung bei Sprachkursen für Geflüchtete		9.000			36.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Das Projekt wurde 2022 im Rahmen einer Maguerre-Spende in Kooperation mit der vhs Heidelberg initiiert und füllt eine dringende Bedarfslücke.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
116	AfD	IZ	<p>Yascha Mounk hat es in den Tagesthemen am 20.2.2018 wie folgt ausgedrückt, „... dass wir hier ein historisch einzigartiges Experiment wagen und zwar eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln ...“. Die Durchführung dieses Experiments ist aus unserer Sicht nicht erstrebenswert. Das Interkulturelle Zentrum wird mit Steuermitteln ausgestattet, um dieses Ziel zu erreichen. Daher sollen alle Geld- und Sachmittel für das IZ gestrichen werden. Sollte eine komplette Abwicklung im laufenden Doppelhaushalt nicht möglich sein, werden die notwendigen Vorbereitungen getroffen dies so schnell wie möglich zu erreichen.</p> <p>B: erstrebenswert. Das Interkulturelle Zentrum wird mit Steuermitteln ausgestattet, um dieses Ziel zu erreichen. Daher sollen alle Geld- und Sachmittel für das IZ gestrichen werden. Sollte eine komplette Abwicklung im laufenden Doppelhaushalt nicht möglich sein, werden die notwendigen Vorbereitungen getroffen dies so schnell wie möglich zu erreichen.</p> <p>Z: Komplette Abwicklung/ Streichung des Teilhaushalts IZ</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Das Interkulturelle Zentrum verfolgt in seiner interkulturellen Arbeit einen Ansatz, der auf gesellschaftlichen Zusammenhalt und Kooperation basiert. Im Interkulturellen Zentrum arbeiten unterschiedliche Vereine gemeinsam an einer lebendigen Stadtgesellschaft.</p>		-712.050			-725.350	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
117	SPD	17 S. 8	<p>Mit den vorgeschlagenen Erweiterungen soll die App vor allem hinsichtlich ihrer Meldefunktionen sowie</p> <p>B: Informationsgehalt ausgebaut werden. Eine Mehrsprachigkeit der App erweitert den Nutzerkreis für Menschen, die wenig oder kein Deutsch sprechen.</p>						
			<p>Z: PG 11.12 Ziel 2</p>						
			<p>M3 ergänzen (Änderungen fett): Weiterentwicklung der neuen MeinHeidelberg-App. Die bestehenden Funktionen der Heidelberg App werden fortwährend ausgebaut und erweitert sowie durch neue Funktionen ergänzt (u.a. Erweiterung um Sportstättenguide, Übersicht über Sozialangebote, Meldung von queerfreundlichen Räumen / Angeboten und Meldung von Angsträumen sowie Mehrsprachigkeit der App)</p>						
			<p>Anmerkung der Verwaltung:</p> <p>Contenterweiterungen sind wie beschrieben grundsätzlich möglich. Der damit verbundene Aufwand (personell und monetär) variiert je nach Anforderungsprofil der Maßnahmen.</p> <p>Mehrsprachigkeit erfordert zusätzliche neue App-Instanzen für iOS und Android. Mehrsprachigkeit ist in der App (primäre Zielgruppe Heidelbergerinnen und Heidelberger) konzeptionell bisher nicht vorgesehen und muss vom Anbieter komplett neu entwickelt werden. Kostenschätzung des Anbieters 250.000 €.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
118	SPD	17 S. 8	<p>B: Über den Heidelberg Account soll jede*r Bürger*in seine Verwaltungsvorgänge online tätigen und auch deren Historien mit Hilfe einer Übersicht auch verwalten können. Hierdurch soll ein Beitrag zur Entwicklung Heidelbergs in Richtung Smart City geleistet werden.</p> <p>Z: PG 11.12 Ziel 2</p> <p>M: M5 NEU: Einführung eines Heidelberg Accounts über welchen sämtliche Verwaltungsvorgänge ...</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Als strategische Kommunikations- und Prozessplattform nutzt die Stadt Heidelberg u.a. das gemeinsame Landes- und Kommunalportal Service-BW (www.service-bw.de). Über diese Plattform können die Heidelberger Bürger*innen und Unternehmen mit einem persönlichen Servicekonto sicher mit der Stadtverwaltung kommunizieren. Sie können Online-Anträge einreichen und Rückmeldungen sicher digital erhalten. Häufig genutzte Dokumente können in einem Dokumentensafe hinterlegt und sicher von überall abgerufen werden. Es werden im Laufe des Jahres 2023 bis zu 233 Online-Bürgerservices direkt über Service-BW oder über eine Verlinkung aus dem Heidelberger Web (heidelberg.de) abrufbar sein. Aktuell plant die Bundesregierung mit entsprechenden Gesetzesinitiativen - unter anderem OZG 2.0 - die Einführung eines Digitalen Bürgerkonto (BundID). Die BundID soll das zentrale, digitale Bürgerkonto für alle werden und verbindlich mit den Plattformen der Länder (in BW SERVICE-BW) interoperabel sein. Der Aufbau einer parallelen „HD-Bürgerkonto“-Infrastruktur neben der sich immer stärker etablierenden Service-BW-Infrastruktur und den Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene halten wir daher nicht für zielführend.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
119	Grüne	17	Z: Ausbau der IT Betreuung M: eine Stelle pro Schule Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen des Digitalpaktes und dem damit verbundenen verstärkten Ausbau der IT-Infrastruktur und der IT-Ausstattung der 35 HD-Schulen wurde im Jahr 2021 ein IT-Supportkonzept entwickelt (siehe Drucksache 0107/2021/IV). Dieses Konzept wird kontinuierlich fortgeschrieben und an die aktuellen Entwicklungen angepasst. Sollten sich die aktuellen Rahmenbedingungen nicht ändern, insbesondere die landesseitigen Deputatsermäßigungen für die schulischen Multimediaberater und Netzbetreuer und keine weiteren IT-Infrastruktur-/IT-Ausstattungs-Förderprogramme aufgelegt werden, halten wir die aktuelle Personalausstattung für ausreichend. Aktuell existieren beim Amt für Digitales und Informationsverarbeitung 12 Stellen für die Betreuung der HD-Schulen.		30.000			60.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
120	Grüne	17	<p>M: PG 11.12, Z2, M2 Erweiterung des kostenlosen WLAN auf alle städtischen öffentlichen Einrichtungen und Plätze PG 11.12, Z2, M4 Ergänzung: aktive Ermittlung grauer Flecken und Erstellung von Konzepten zum Schließen der Lücken</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Um ein den Nutzererwartungen angemessenes Leistungsniveau erreichen zu können, müssen insbesondere technische Anforderungen erfüllt sein. Sinnvollerweise können daher nur Standorte berücksichtigt werden, die entweder infrastrukturell bereits erschlossen sind oder im Rahmen anderweitig geplanter Erschließungsmaßnahmen (z.B. Europa-Platz) erschlossen werden. Erschließungskosten für weitere Plätze stehen in keinem Verhältnis zum hierfür erbrachten Nutzen. Eine Studie zur Ermittlung der grauen Flecken kann erstellt werden. Kosten hierfür 50.000 €.</p>						
121	SPD	20	<p>B: NEU: Fördertopf Kostensteigerungen Zuschussempfänger*innen zur Absicherung der hohen Kostensteigerungen inklusive der Lohnkostensteigerung bei allen Empfänger*innen städtischer Zuschüsse. Mit diesem Fördertopf soll eine niederschwellige Unterstützung aller Organisationen, die städtische Zuschüsse erhalten, bei den inflationsbedingten Kostensteigerungen (insbesondere durch Tarifabschlüsse und Energiepreise) ermöglicht werden. Mit diesem Antrag wird die vom Oberbürgermeister in dessen Haushaltsrede getätigte Zusage schriftlich im Haushalt fixiert.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Im Änderungsblatt der Verwaltung zum Haushaltsentwurf 2023/2024 sind entsprechende Ansätze enthalten.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
122	Grüne	20	Ausgleich Personal- und Energiekostensteigerungen B: der sozialen Träger (Zusage durch den Oberbürgermeister)						
			Anmerkung der Verwaltung: siehe Stellungnahme Antrag Nr. 121						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
122 a	SPD	20, S. 10	<p>Die öffentlichen Flächen in Heidelberg werden durch weggeworfene Plastik-Einwegverpackungen im Gastro-Bereich zunehmend belastet. Getränke-Becher, Salad-Bowls, Asia-Food-Behältnisse, Smoothie-Becher etc. müssen von den Heidelberger Diensten eingesammelt werden.</p> <p>Dadurch entstehen der Stadt zusätzliche Kosten, überdies ist die Umweltbelastung erheblich, ebenso wie bei Coffee-to-go-Bechern. Wir bitten vor diesem Hintergrund die Verwaltung, eine entsprechende Satzung in Anlehnung an die seit Januar 2022 bestehende Verpackungssteuer in</p> <p>B: Tübingen zu erarbeiten.</p> <p>Wir hatten bereits im Jahr 2019 und 2022 jeweils einen Antrag zur Erarbeitung einer Verpackungssteuer-Satzung gestellt – damals hat uns die Verwaltung empfohlen den Antrag zurückzustellen bis die neue EU-Einwegkunststoff-Richtlinie bis zum 03.07.2021 in Kraft tritt und die Rechtmäßigkeit der Verpackungssteuer in Tübingen gesichert ist. (Vgl. DS 0173/2019/IV sowie DS 0037/2022/AN) Beide Fälle sind nun eingetreten und vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung erneut, eine Satzung für eine Verpackungssteuer in Anlehnung an das Tübinger Modell zu erarbeiten.</p> <p>Z: PG 11.32 Ziel 2 NEU Einführung einer Verpackungssteuer in Heidelberg</p> <p>M: M1 NEU Erarbeitung eines Satzungsentwurfes zur Erhebung einer kommunalen Steuer auf Einwegverpackungen von Speisen und Getränken, die zum sofortigen Verzehr abgegeben werden ("Verpackungssteuer"). Hierbei soll das seit dem 01.01.2022 in Kraft getretene Tübinger Modell</p> <p>Anmerkung der Verwaltung:</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
123	Die PARTEI	20	<p>Zuschuss an den Eigenbetrieb Theater und Orchester Heidelberg kürzen.Schaffung 50 Plätze der Kategorie "Burgoise exklusiv deluxe" für 500 Euro pro Platz und Vorstellung inkl. 1 Glas Champagner und Meet&Greet mit dem Intendanten (ersatzweise OB). Einnahmen im Vollbetrieb ca. 7 Mio. Euro (Elitenförderung).</p> <p>Anmerkung der Verwaltung:</p>		-2.500.000			-7.000.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
124	SPD	20	<p>Zahlungen des ESB an die Heidelberg Kultur- und Kongressgesellschaft mbH: Kürzung der Ansätze für 2023 und 2024 entsprechend dem Erfolgsplan ESB (S. 176/177) und vor dem Hintergrund der Verschiebung der Eröffnung nach März 2024. Da sich die Eröffnung des B: Heidelberger Kongresszentrum auf März 2024 verzögert, verschiebt sich auch der Bedarf an finanziellen Mitteln entsprechend nach hinten. Der Ansatz 2023 wird auf dem Ansatz 2022 fortgeschrieben, da dieser unter Prämisse bereits erhöht war, dass das Konferenzzentrums im Herbst 2023 öffnet.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Die Stadt fördert die HKK seit deren Gründung mit einem institutionellen Zuschuss, damit sie tätig werden und ihre Aufgaben nach dem Gesellschaftszweck erfüllen kann. Im Haushalt wurde bereits - wie im Antrag gefordert - der verminderte Bedarf aufgrund des späteren Eröffnungstermins (01.03.2024) ggü. den Ansätzen ESB (S. 176/177) berücksichtigt. Der ursprüngliche Ansatz für 2023 i.H.v. 3,4 Mio. € wurde auf 1,7 Mio.€ gekürzt. (2024: Kürzung von 5,5 Mio.€ auf 5,1 Mio.€). Die verbleibenden Mittel sind für den Personalaufbau notwendig und um den Vollbetrieb zum 01.03.2024 vorzubereiten. Da die HKK beihilferechtlich betraut ist, ist ausgeschlossen, dass eine Überkompensation durch Zuschussmittel erfolgt. Bilanzielle Gewinne können daher bei der HKK nicht entstehen. Aus Vorjahren bestehen bereits Verlustvorträge in Höhe von rd. 270.000 €. Jede weitere Kürzung würde den künftigen Betrieb der Einrichtung durch die HKK und die Refinanzierung der Baumaßnahme der BSG als Eigentümerin des Gebäudes gefährden.</p>		-800.000			-1.700.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
125	HDer	20	<p>B: Reduktion der Zahlungen an Heidelberg Marketing GmbH: Verzicht auf eine Drohnenshow zusätzlich zur Schlossbeleuchtung. Kosten und Nutzen stehen nicht im Verhältnis.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: In 2023 soll erstmalig eine Drohnenshow als Testveranstaltung im Rahmen des „Sommer am Fluss“ stattfinden als eigenständige, neue Veranstaltung ohne Zusammenhang mit den drei stattfindenden Schlossbeleuchtungen. Im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität wurde am 16.02.2022 beschlossen, dass ergänzend zu den geplanten Schlossbeleuchtungen eine zusätzliche Laser- und Drohnenshow durchgeführt werden soll. Danach sollte evaluiert werden, ob nach dem Auslaufen bestehender Verträge für die Schlossbeleuchtungen bis 2024 (Verschiebung der Laufzeit aufgrund Corona), eine Schlossbeleuchtung durch eine Laser- und Drohnenshow ersetzt werden kann. Da man erst die Evaluation der Drohnenshow 2023 abwarten wollte, wurde für 2024 noch keine Drohnenshow geplant.</p>		-65.000			-65.000	
126	Grüne	20	<p>Z: Sicherstellen der Finanzierung der Sanierung/Ausbau der Gorilla Gehege im Zoo Heidelberg</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Eine Sicherstellung ist bereits erfolgt. Mit der Tiergarten gGmbH wurde intern abgestimmt, dass die in diesem Zusammenhang jährlich anfallenden Finanzierungsaufwendungen aus Kreditaufnahmen durch städtische Zuschüssen ausgeglichen werden. Flankierend sollen für die Kreditaufnahmen städtische Bürgschaften gestellt werden.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
127	Grüne	20	B:	Erhöhung des Stadtwerke-Eigenkapitals in der mittelfristigen Finanzplanung für Beschleunigung des Fernwärmeausbaus						
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anlage Nr. 01							
128	SPD	20	B:	BSG wurde explizit für die Realisation von Schulprojekten gegründet. In anderen Städten bereits gang und gäbe, dass Projekte mit derartigen Investitionsvolumina außerhalb des städtischen Kernhaushaltes finanziert und realisiert wird (z.B. Nürnberg und Berlin).						
			Z:	Übertragung aller Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen an Grundschulen und CAMPUS MITTE an die BSG mit Perspektive Übertragung aller Schulen an die BSG.						
			M:	ÖPP oder adäquates Konzept entwickeln , damit die Übergabe so schnell als möglich erfolgt. Größenordnung des Invests ca. 140 Mio (mit mittelfristiger Finanzplanung). Berücksichtigung folgender Maßnahmen: Generalsanierung Kurpfalzschule, Betreuungs- und Essenssituation Mönchhofschule und Albert-Schweitzer-Schule, CAMPUS MITTE mit Pestalozzischule und Willy-Hellpach-Schule.						
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anlage Nr. 02							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
129	SPD	20	<p>Eigenkapitalstärkung der GGH / BSG, um kommende Projekte für Schulsanierungen realisieren zu können. BSG wurde explizit für die Realisation von Schulprojekten gegründet. In anderen Städten bereits gang und gäbe, dass Projekte mit derartigen Investitionsvolumina außerhalb des städtischen Kernhaushaltes finanziert und realisiert wird (z.B. Nürnberg und Berlin).</p> <p>B: Berücksichtigung folgender Maßnahmen: Generalsanierung Kurpfalzschule, Betreuungs- und Essenssituation Mönchhofschule und Albert-Schweitzer-Schule, CAMPUS MITTE mit Pestalozzischule und Willy-Hellpach-Schule</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anlage Nr. 02</p>		1.000.000			3.000.000	
130	Grüne	20	<p>Massive und langfristige Stärkung des Eigenkapitals der GGH zur Umsetzung der Strategie 2035, damit Grundstücke gekauft und bezahlbare Wohnungen (insbesondere für Auszubildende und Menschen mit niedrigem Einkommen oder Betriebswohnunen) saniert oder gebaut werden können. Dabei sollen weitere 6 Mio Euro in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen werden.</p> <p>Z:</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anlage Nr. 02</p>		1.000.000			3.000.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
131	SPD	02	B:	Durch die Umbenennung soll der wohnungspolitische Schwerpunkt des Referates, nämlich der zentralen Versorgung der Heidelberger Bürger*innen mit preiswertem Wohnraum hervorgehoben werden.						
			Z:	Referat für Finanzen, Wohnen, Liegenschaften und Konversion						
			M:	Umbenennen in: Referat für Wohnen und aktive Bodenpolitik						
			Anmerkung der Verwaltung: Aus Sicht der Verwaltung ist es wichtig, dass sich die wesentlichen thematischen Schwerpunkte auch im Namen des neu eingerichteten Referates 02 wiederfinden. Eine Umbenennung entsprechend des o.g. Änderungsantrages in Referat für "Wohnen und aktive Bodenpolitik" ist daher nicht vorgesehen.							
132 Neu	SPD	02	B:	siehe Anlage 04						
			Z:	siehe Anlage 04						
			M:	siehe Anlage 04						
			Anmerkung der Verwaltung: Der Aufgabenbereich "Wohnen" wurde zentral dem kürzlich eingerichteten Referat 02 "Finanzen, Wohnen, Liegenschaften und Konversion" zugeordnet mit dem Ziel, die in der Verwaltung - bisher in einzelnen Fachämtern - vorhandenen Kompetenzen im Sinne einer schlagkräftigen Wohnungspolitik zu bündeln und strategische Schwerpunktthemen künftig effizienter verfolgen zu können. Die konkrete inhaltliche und strategische Ausrichtung wird derzeit konkretisiert.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
133	Linke	23	<p>B: Deutliche Aufstockung des Grundstücksfonds</p> <p>Z: strategische und aktive Bodenpolitik für Schaffung von bezahlbarem Wohnraum</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Bei den Einnahmen- und Ausgabenansätze im Grundstücksfond handelt es sich um strategische Ansätze, die sich langjährig bewährt haben und entsprechend eingesetzt werden. Die Ansatzbildung erfolgt unter Berücksichtigung von möglichen Haushaltsresten und wird als ausreichend angesehen.</p>		2.000.000			3.500.000	
134	Die PARTEI	23; S.10	<p>B: Grundstücksmanagement</p> <p>Z: Verkauf für Wohnbau und Stadtentwicklung streichen</p> <p>M: Erbbau oder selbst bebauen</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Bei den Einnahmen- und Ausgabenansätzen des Grundstücksfond handelt es sich um strategische Ansätze. Sie beinhalten auch mögliche Übertragungen an die GGH zur Eigenkapitalstärkung.</p>	-1.900.000			-1.900.000		
135	Die PARTEI	23; S.12	<p>B: Grundstücksmanagement</p> <p>Z: Erwerb von Entwicklungsflächen</p> <p>M: Ankauf auf PHV</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Die Flächen auf PHV sollen größtenteils von der Entwicklungsgesellschaft erworben werden. Für den vorgesehenen städtischen Flächenanteil (Weitergabe von Grundstücken in Erbpacht) sind bereits Mittel im Grundstücksfonds bzw. über Haushaltsreste eingeplant.</p>		2.500.000			2.500.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
136	Die PARTEI	23; S12	B:	Kosten für Notar, Grunderwerbsteuer etc		175.000			175.000	
			Z:	Entsprechend Erhöhung für Kauf auf PHV						
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme zu Antrag Nr. 135							
137	Grüne	23 FH	B:	Reduzierung Grundstücksfonds (Ausgaben) Verwendung zur Deckung zusätzlicher Ausgaben aus den Änderungsanträgen		-4.000.000			-4.000.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Die Mittel im Grundstücksfond werden u.a. zum Ankauf des städtischen Flächenanteils im Rahmen des Ankaufsmodells PHV benötigt. Bei den Einnahmen- und Ausgabenansätze im Grundstücksfonds handelt es sich zudem um strategische Ansätze, die sich langjährig bewährt haben. Eine Reduzierung würde die Zielerreichung in Frage stellen bzw. schmälert die Handlungsoptionen.							
138	Linke	23	B:	Zusätzliche Stelle zur Unterstützung und Koordination selbstverwalteter gemeinschaftlicher Wohnprojekte		60.000			60.000	
			Z:	Selbstverwaltete, gemeinnützige Wohnprojekte unterstützen und bezahlbares Wohnen ausbauen.						
			Anmerkung der Verwaltung: Die Aufgabe der Koordination selbstverwalteter gemeinschaftlicher Wohnprojekte ist Bestandteil der erfolgten Stellenübertragung von Amt 12 auf Referat 02. Darüber hinaus wird zunächst kein Bedarf gesehen.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
139	HDer	23	B:	Eine bereits bebaute Fläche kann zusätzlich genutzt werden, wenn Garagendächer, Discounter-Märkte, Büro- und Verwaltungsgebäude oder Parkhäuser etc. mit der Funktion Wohnen aufgestockt werden.						
			Z:	Zusätzlichen Wohnraum generieren						
			M:	Mehrfachnutzung von Flächen						
			Anmerkung der Verwaltung: Die Nachhaltigkeitsziele der Stadt Heidelberg Bauland sparsam verwenden, Innen- vor Außenentwicklung, Flächenverbrauch senken und Flächen effektiv nutzen werden im Entscheidungsprozess geprüft.							
140	Grüne	23	B:	Beratungsstelle für Baugruppen/solidarische Wohnprojekte, Wohnungsumbauten, Wohnungstausch, Nachverdichtungen und energetische Sanierungen		100.000			200.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Die Aufgabe ist Bestandteil der erfolgten Stellenübertragung von Amt 12 auf Referat 02. Darüber hinaus wird zunächst kein Bedarf gesehen.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
141	Grüne	23	Z:	Ziel: mehr auf Dauer bezahlbare Wohnungen im gesellschaftlichen Eigentum						
			M:	M: Förderkonzepte zum Ausbau/Umbau von Dachgeschossen M: Entwicklung PHV dynamisieren: Zahl der BewohnerInnen soll jährlich verdoppelt werden bis 2028 (wären dann ca. 3000 BewohnerInnen bei Annahme 90 heute)						
				Anmerkung der Verwaltung: Im Sommer 2023 startet die Entwicklung von PHV mit der Ausschreibung der BImA für die Aufstockung bzw. Sanierung der ersten Gebäude in B3/B4. Insgesamt entstehen dort 500-600 Wohneinheiten für ca. 1.500 Bewohner. Die Entwicklung des weiteren Entwicklungsabschnitts Süd startet mit Abschluss der Ankaufsverhandlungen und Übergabe der Flächen. Als erster Abschnitt wird dabei A5 in die Entwicklung gehen. Mit geplant ca. 1.000 Wohneinheiten, sollte daher, bei gutem Verlauf, Ende der 2020er-Jahre Wohnraum für zumindest weitere 1.500 – 2.000 Bewohner geschaffen werden können.						
142	CDU	23	B:	Feuerwehrgerätehaus Weststadt; Renovierung, Anbau für Toilette, Abstellraum.		10.000			200.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Für die weiteren Planungen stehen Haushaltsreste in Höhe von 50.000 € zur Verfügung. Der Umfang der notwendigen Maßnahmen ist abhängig von den nutzerspezifischen Anforderungen. Siehe auch Anlage Nr. 03							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
143	HDer	23	B:	In der Weststadt gibt es für bürgerschaftliches Engagement keine geeigneten öffentlichen Räume.					100.000	
			Z:	In jedem Stadtteil sollte ein Bürgerhaus zur Verfügung stehen						
			M:	Ausführungsplanung Bürgerhaus Altes Feuerwehrhaus Weststadt						
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme zu Antrag Nr. 142 Siehe auch Anlage Nr. 03							
144	SPD	23, FH	B:	Die Sanierung des Feuerwehrhauses sowie die Umwandlung in ein Bürgerhaus soll nun zügig angegangen werden.					100.000	
			Z:	Investitionsprogramm						
			M:	Sanierung Weststadt Feuerwehrhaus und Umwandlung in ein Bürgerhaus						
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme zu Antrag Nr. 142 Siehe auch Anlage Nr. 03							
145	HiB	23	B:	Die Weststadt ist der einzige Stadtteil, der keinen Stadtteilraum hat: die Bezirksbeirat:innen können sich nicht in der Weststadt treffen, weil sie keine Räumlichkeiten haben		40.000			80.000	
			Z:	Entstehung eines Bürgerzentrums in der Weststadt						
			M:	Planungsmittel für die Sanierung des alten Feuerwehrhauses als Begegnungsstätte						
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme zu Antrag Nr. 142 Siehe auch Anlage Nr. 03							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
146	SPD	23, FH	B:	Finanzierung über Haushaltsrest 70.000 € aus 2022						
			Z:	Investitionsprogramm						
			M:	Aufnahme Sanierung Weststadt Feuerwehrhaus und Umwandlung in ein Bürgerhaus in "Bauliche und technische Verbesserung"						
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme zu Antrag Nr. 142 Siehe auch Anlage Nr. 03							
147	SPD	23, s. 7	B:							
			Z:	PG 11.24.Ziel 1 Neu Ertüchtigung Wilson Theater						
			M:	M 1 Neu Wilson-Theater: Ertüchtigung für Zwischennutzung durch den STV Rohrbach (Ertüchtigung der oberen Räume, damit Verwaltungsarbeit möglich ist sowie Umkleiden für Künstler*innen, später Umbau in ein Bürgerhaus Die Finanzierung erfolgt über Mittel aus dem Treuhandvermögen.						
			Anmerkung der Verwaltung: Erste Maßnahmen wurden bereits eingeleitet, um den Betrieb durch den Stadtteil zu ermöglichen. Im ersten Schritt werden Räume im Erdgeschoss (Technikausstattung, Küche, Foyer, Toilette und Saal) hergerichtet. Im Juli ist eine Vorlage an den KOVA und GR dazu vorgesehen. Im zweiten Schritt ist die Herrichtung der Räume im 1. OG vom STV gewünscht. Die Finanzierung erfolgt über Mittel aus dem Treuhandvermögen , die derzeit mit ca. 850.000 € angenommen werden.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
148	CDU	23	<p>B: Planungsmittel Veranstaltungsraum Rohrbach</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Sofern der Antrag auf das Wilson-Theater gerichtet ist, ist anzumerken, dass bereits erste Maßnahmen eingeleitet wurden, um den Betrieb durch den Stadtteil zu ermöglichen. Im ersten Schritt werden Räume im Erdgeschoss (Technikausstattung, Küche, Foyer, Toilette und Saal) hergerichtet. Im Juli ist eine Vorlage an den KOVA und GR dazu vorgesehen. Im zweiten Schritt ist die Herrichtung der Räume im 1. OG vom STV gewünscht. Die Finanzierung erfolgt über Mittel aus dem Treuhandvermögen, die derzeit mit ca. 850.000 € angenommen werden.</p>		30.000			60.000	
149	SPD	23, FH	<p>B: Einstellung eines Planungsansatzes</p> <p>Z: Investitionsprogramm</p> <p>M: Sanierung / Modernisierung altes Rathaus Ziegelhausen inklusive barrierefreier Ertüchtigung</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Nach Umzug der Feuerwehr in das neue Gebäude ist im Rahmen einer Machbarkeitsstudie die Prüfung der weiteren Nutzung zu entscheiden. Planungsmittel stehen im Bauunterhalt zur Verfügung. Siehe auch Anlage Nr. 03</p>					100.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
150	Grüne	23, FH	B:	Planungsrate für den Ausbau der DLRG-Rettungswache auf der Neckarwiese und Umstellung auf digitalen Funkbetrieb		30.000				
			<p>Anmerkung der Verwaltung: Zunächst sollte der von der DLRG aufgeführte Raumbedarf bewertet und der genannte Flächenbedarf überprüft werden. In zwei Ortsterminen stellte sich heraus, dass im Bestandsbau zwar die Raumorganisation verbessert werden könnte, eine Erweiterung des Baus allerdings deutlich zu aufwändig und zu teuer wäre. Es wird empfohlen, über eine Machbarkeitsstudie zu klären, ob der von der DLRG zusammengestellte Raumbedarf wesentlich besser in einer separat anzuordnenden mobilen Sanitätsbox untergebracht werden könnte. Im Rahmen der Gebäudeunterhaltung sind Mittel für eine Machbarkeitsstudie vorgesehen. Die Durchführung der Maßnahme ist abhängig von den gesetzten Prioritäten. Siehe auch Anlage Nr. 03</p>							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
151	SPD	30	<p>Präventive Maßnahmen zur Verkehrssicherheit.</p> <p>B: Sicherheit unserer Kinder und unserer Senioren gerade an Gefahrenstellen erhöhen</p> <p>Z: Ordentliche Erträge - Bußgelder</p> <p>M: Stationäre Blitzer an relevanten Stellen aufstellen</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Da der Antrag ausdrücklich von "stationären" Anlagen spricht, gehen wir davon aus, dass zwei neue Anlagen angeschafft werden sollen. Abgesehen davon, dass geeignete zusätzliche Standorte bei der bisherigen Recherche nicht festgestellt werden konnten, lässt der Änderungsantrag die bei einer Neuerrichtung entstehenden Investitions- und zusätzlichen Personalkosten außer Betracht. Hier fallen <u>zusätzlich</u> an: jährlich 100.000 € Personalkosten für 2 Stellen einmalig 5.000 € für 2 Büroarbeitsplätze einmalig 40.000 € für Herstellungskosten Dem gegenüber stehen jährliche Mehreinnahmen von rund 280.000 €. Umsetzung erst in 2024 möglich.</p>	200.000					

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
152	Bunte Linke	31	B: Der Klimawandel ist das drängendste Problem unserer Zeit. OB Würzner hat bereits 2019 den Klimanotstand ausgerufen, die entsprechende Priorisierung von Projekten und deren Umsetzung kommt nur mühsam voran. Bei der weiteren Beachtung des STEK wird dafür gesorgt, dass alle Maßnahmen mit messbaren Kennzahlen hinterlegt, die sich anhand der unter Z: benannten Ziele priorisiert werden						
			Z: Priorisierung aller städtischen Ziele und Maßnahmen: 1. Dem Klimawandel entgegen wirken, 2. Erreichen der Sustainable Development Goals, 3. Daseinsvorsorge						
			M: Kennzahlen für Investitionsvorhaben (auch der städtischen Gesellschaften) > 5.000.000 €: CO2-Bilanz (grauen beim Bau und laufende im Betrieb). Gemeinwohlbilanz, Verbrauch bisher unversiegelter Flächen, Übereinstimmung mit den Planungsempfehlungen des Klimaberichts, ... (weitere je nach Bedarf)						
			Anmerkung der Verwaltung: Für das STEK ist vorgesehen, Ziele mit konkreten Maßnahmen und Kennzahlen zu entwickeln. Bei der Bewertung der Zielerreichung wird auf die "SDG-Indikatoren für Kommunen" der Bertelsmann-Stiftung zurückgegriffen, welche nach den Kriterien Validität, Datenverfügbarkeit, Datenqualität und Funktion ausgewählt wurden. Es sollen auf lokaler Ebene für Heidelberg eigene Zielindikatoren mit Bezug auf die 17 SDGs ergänzt werden. Bei der Vorlagenerstellung soll verbindlich eine Klimaschutzprüfung erfolgen.						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
153	Bunte Linke	31	B:	Erstellung von CO2-Bilanzen für alle Investitionen (inkl. städtische Gesellschaften) über 5.000.000 €.						
			Z:	verbindliche jährliche Senkung des CO2-Ausstoßes						
			Anmerkung der Verwaltung: Die GGH hat in ihrer Strategie 2035 klare Aussagen zum Klimapfad der Gesellschaft gemacht. Dort werden CO2-Bilanzen erstellt werden, sobald es möglich ist, objektiv alle relevanten Faktoren seriös in CO2-Äquivalente umzurechnen.							
154	Bunte Linke	31	B:	Grundsatzbeschluss: Klimaschutz und Senkung der CO2-Emissionen hat in allen investiven Ausgaben Vorrang. Es werden keine Maßnahmen durchgeführt, die die CO2-Emissionen erhöhen ohne gleichzeitig andere Klimaschutz- und Umweltschutzwirkungen zu verbessern.						
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme Antrag Nr. 153							
155	AfD	31	B:	Eine Gesamtübersicht der Ausgaben für den sogenannten Klimaschutzaktionsplan gibt es nicht. Der Antrag stellt daher nur unsere grundsätzliche Richtung bei den Kürzungen vor. Generell wäre es unsere Position alle Mittel zu streichen, die lediglich mit der Klimareligion begründet sind und keine andere positiven Auswirkungen auf das Lebensgefühl und den Wohlstand der Heidelberger Bürger haben. Die Kürzung ist dabei nur ein grober Überschlag der unter Teilhaushalt 31 gelisteten Klimamaßnahmen.		-40.000.000			-40.000.000	
			Z:	Keine Steuermittel in Heidelberg mehr ausgeben, die rein der Klimareligion dienen.						
			Anmerkung der Verwaltung:							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
156	SPD	31	B:	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		-300.000			-300.000	
			Z:	Besondere Verwaltungs- und Betriebskosten						
			M:	Realistischer Planansatz im Sinne der Haushaltsehrlichkeit						
			Anmerkung der Verwaltung: Eine Erhöhung der Sach- und Dienstleistungen für die Jahre 2023 und 2024 ist wegen verstärkter Aktivitäten im Klimaschutz erforderlich. Der Jahresübertrag von 2022 nach 2023 wird komplett angerechnet (300T/a). Somit hat sich der geplante Mittelbedarf im Haushalt 2023/2024 entsprechend reduziert.							
157	FDP	31	B:	Um diesen Punkt zu klären bitten wir um eine besondere Erklärung der Besonderen Verwaltungs- und Betriebskosten, der weiteren Aufwendungen und der jeweiligen Höhen						
			Anmerkung der Verwaltung: Der erste Teil der Frage kann aus den Antworten zur Haushaltsklausur entnommen werden. Die weiteren Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen: Lärminderungsmaßnahmen (Lärmkartierung, Lärmaktionsplanung: 30T/15T, Messstation Berliner Straße, meteorologische Messstationen, Datenbereitstellung: 10T/10T, Biotopverbundplanung, Urban NBS, Amphibienschutz: 78T/66T, Prüfung Anträge zum Förderprogramm rationelle Energieverwendung und zum Qualitätsmanagement Bahnstadt: 40T/40T, Durchführung von Handwerkerseminaren: 20T/20T, Öffentlichkeitsarbeit, die nicht in Projekten abgebildet ist: 11T/11T							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
158	AfD	31		Das Land Baden-Württemberg plant, dass in dem FFH-Gebiet Lammerskopf riesige Windindustrieanlagen errichtet werden sollen. Die Stadt Heidelberg soll mit B: Kampagnen die Bürger über die dramatischen negativen Auswirkungen auf Umwelt und Lebensqualität dieser Industrie aufklären. Finanzielle Deckung über Kürzung Klimareligion. Z: Verhinderung der Errichtung von Windindustrieanlagen auf Heidelberger Gemarkung Anmerkung der Verwaltung: Beim Bau von Windenergieanlagen müssen die immissionsschutz- und naturschutzrechtlichen Auswirkungen vom Vorhabenträger gutachterlich ermittelt werden. Es sind ggf. Vermeidungs-, Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahmen zu treffen oder Ersatzzahlungen zu leisten. Die Gutachten müssen von der Umweltbehörde überprüft und die Kompensationsmaßnahmen überwacht werden. Es muss eine Abwägung zwischen nachhaltiger und regenerativer Energieversorgung und deren negativer Auswirkungen erfolgen.		30.000			30.000	
159	Linke	31		B: Durchführung eines Fachtags zum Thema graue Energie Z: Berücksichtigung der grauen Energie in der Stadtplanung und im Klimaschutzaktionsplan Anmerkung der Verwaltung: Die Verwaltung arbeitet daran, neben den Energieverbräuchen aus dem Betrieb von Gebäuden auch die "Graue Energie" für die Herstellung von Gebäuden und Infrastrukturen sowie die hierdurch verursachten klimarelevanten Emissionen stärker zu berücksichtigen. Im nächsten Jahr wird eine Exkursion nach Bad Aibling für die Mitglieder des SEBA's und AKUM's angeboten, bei der es auch um das Thema "Graue Energie" gehen wird.		10.000				

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
160	HiB	31	B:	Faire Wochen 2024		14.000			28.700	
				Die zukünftige Arbeit des Eine-Welt-Zentrums						
			Z:	unterstützen, Heidelberg als Stadt des Fairen Handels fördern						
			M:	Finanzierung von Personal- und Sachkosten aus Restmitteln des Umweltamtes						
Anmerkung der Verwaltung:										
Das EWZ erhält bereits einen Mietkostenzuschuss für das Welthaus sowie Zuschüsse für die Faire Woche und diverse Bildungsangebote, die auch das Thema "Fairer Handel" umfassen.										
161	Bunte Linke	31	B:	"Umweltzentrum zum Mitmachen" im Kurpfalzring						
				2023 Konzeptprüfung und Kalkulation unter Einbeziehung der Initiative; 2024 Planungskosten soweit erforderlich aus städtischen Mitteln, Fremdmittel suchen; 2025ff Umsetzung ohne städtische Mittel						
			Z:							
Anmerkung der Verwaltung:										
Grundsätzlich begrüßt die Verwaltung ein Umweltzentrum der Umweltverbände. Der NABU könnte aus unsere Sicht auch ins Welthaus am Hauptbahnhof ziehen. Der BUND verfügt dort bereits über Räumlichkeiten. Eine Notwendigkeit für eine Verortung am Kurpfalzring sehen wir nicht.										

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
162	Bunte Linke	31	B:	Biodiversität = Antrag 104 aus dem letzten Haushalt: die Kennzahlen sind nicht zu finden und Zielwerte sind nicht festgelegt (oder wir haben sie nur nicht gefunden)						
			Z:	Biotopvernetzung und Erhöhung der Biodiversität						
			M:	Erhöhung der Zahl der landwirtschaftlich genutzten Flächen (Ackerrandstreifen), die zur Biotopvernetzung genutzt werden um 5% jährlich, Kennzahl: Ackerrandstreifen in m², gfls weitere Kennzahlen						
			Anmerkung der Verwaltung: Die Fläche der Biotopvernetzungsmaßnahmen beträgt aktuell 54,3 ha; in den letzten beiden Jahren war der Zuwachs an Vernetzungsflächen rund 4,5 ha. Zusätzlich wurden rund 10,2 ha Blühbrachenflächen entwickelt. Insgesamt sind damit rund 2,3% der Landwirtschaftsfläche als ökologisch hochwertige Flächen entwickelt. Zusätzlich werden Flächen über Förderprogramme der Landwirtschaftsverwaltung und Selbstverpflichtungen der Anbauverbände (Bio, Kraichgaukorn etc.) ökologisch aufgewertet.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
163	FDP	31	B:	Für diese Aufgabe sollte es keiner externen Dienstleister bedürfen, das Amt für für Umweltschutz sollte dies intern leisten können.		-97.100			-79.100	
			Z:	Einsparung Gelder						
			M:	Streichung Umweltberatung durch Dritte und Projektförderung BUND/NABU						
			Anmerkung der Verwaltung: Die Aufgaben der Umweltverbände setzen sich aus Beratungsleistungen oder Vor-Ort-Beratungen, Umweltschutzprojekten sowie Kinder- und Jugendarbeit zusammen. Die Arbeiten werden von Ehrenamtlichen sowie zwei angestellten Teilzeitkräften für die Umweltberatung geleistet. Die Finanzierung für die beiden Teilzeitstellen, für die Räumlichkeiten sowie Arbeits- und Sachmittel werden zu einem Großteil durch die Stadt gefördert. Eine Übernahme der Leistung durch das Umweltamt ist nur mit entsprechender personeller Mehrausstattung möglich. Somit kann nicht von einer finanziellen Einsparung ausgegangen werden.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
164	Grüne	31	Z:	Photovoltaik-Ausbau und energetische Sanierung beschleunigen		100.000			200.000	
			M:	1) städtische Dächer schneller mit PV bestücken 2) energetische Sanierung städtischer Immobilien und der GGH beschleunigen 3) geeignete Sportanlagen mit PV teilüberdachen 4) Kooperation mit Handwerk und Gewerbe als Partner*nnen der Energiewende ausbauen und fördern						
			Anmerkung der Verwaltung: Die Installation von Photovoltaikanlagen auf kommunalen Gebäude ist ein zentraler Beitrag zum Ziel der klimaneutralen Verwaltung. Hemmnisse im Ausbau sind in vielen Fällen fehlende Informationen über die Statik und Sanierungsbedarf von Dächern. Die vorgeschlagene Mittelerhöhung kann für die Prüfung eingesetzt werden. In Zusammenarbeit mit dem Sportamt wird aktuell geprüft, wo und wie auf städtischen Sportanlagen PV-Anlagen geschaffen werden können. Dies Beschleunigung der energetischen Sanierung ist ein inhärenter Bestandteil der GGh Strategie 2035. Die Aufwendungen wurden in den Planungen der GGH berücksichtigt.							
165	SPD	37	B:	Aufstockung auf Basis Rechnungsergebnis 2019		5.000			5.000	
			Z:	Transferaufwendungen						
			M:	Aufstockung Feuerwehrrkasse						
			Anmerkung der Verwaltung:							
166	Grüne	37	M:	Aufstockung des Ausbildungsbudgets der Freiwilligen Feuerwehr für Führerscheine, externe Ausbildungen (im Brandcontainer, Türöffnungen, etc.)						
			Anmerkung der Verwaltung: Erhöhung ermöglicht weitere bzw. frühere Ausbildungsmöglichkeiten.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
167	Grüne	37	M:	Umstellung auf digitalen Funkbetrieb bei der DLRG		15.000				
			Anmerkung der Verwaltung: Umstellung auf Digitalfunk ist angebracht und sinnvoll, damit im Einsatz auch zukünftig mit u. a. der Feuerwehr über Funk kommuniziert werden kann.							
168	SPD	37	B:	In diesem Container sollen historische Fahrzeuge und Gerätschaften der Feuerwehr im Pfaffengrund untergebracht werden.		10.000				
			Z:	NEU: Anschaffung eines Containers zum Erhalt historischer Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr Pfaffengrund						
			M:	Zuschuss Anschaffung Container						
			Anmerkung der Verwaltung: Sinnvoll, aber nicht einsatzdienstrelevant. Es gibt auch weitere Objekte in anderen Einsatzabteilungen, die ebenfalls ausgestellt werden könnten.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
169	HDer	40	B:	Sanierungsmaßnahmen an Schulen müssen zügiger umgesetzt werden. Die Priorisierung muss für Gemeinderat, geschäftsführende Schulleitungen und den Gesamtelternbeirat transparent dargestellt werden.						
			Z:	Zusätzliche Zielvereinbarung ämterübergreifend für Amt 40 + 65: Transparente Priorisierung und Koordinierung der Sanierungsmaßnahmen an Schulen						
			M:	<p>Einrichtung einer Arbeitsgruppe mit folgenden TN: Verwaltung (Ämter 20, 65 und 40), Vertreter aus dem Gemeinderat, geschäftsführende Schulleitungen und der Gesamtelternbeirat</p> <p>Sitzungen der Arbeitsgruppe: 1. Treffen bis Ende 2023, 2. Treffen im ersten Halbjahr 2023, 3. Treffen nach der Sommerpause 2024</p> <p>Zu folgenden Themen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kriterienkatalog Priorisierung Schulbau (Vorlage des Kriterienkatalogs durch die Verwaltung, Verabschiedung durch die Arbeitsgruppe) - Priorisierung aller 35 Schulstandorte (Kriterien anhand des vereinbarten Kriterienkatalogs) - Aktueller Sachstandsbericht zu den im Haushalt 2023/2024 hinterlegten Baumaßnahmen an Schulen - Bericht zu den Planungen zur Umsetzung des Förderprogramms zum Rechtsanspruch Ganztagesbetreuung an Grundschulen (Basis-/Bonusprogramm) 						
Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03										

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
170	SPD	40	B: Der Sanierungs- und Modernisierungsstau an unseren Schulen resultierte unter anderem auch aus außerplanmäßigen Verzögerungen bei Planung und Durchführung der Bauprojekte. Um dem künftig vorzubeugen, möchten wir eine entsprechende verbindliche Richtgröße für die Dauer von Sanierungs- und Modernisierungsprojekten an Schulen vorgeben.						
			Z: TH_40 PG 21.10-21.30/ Ziel 2 S.11						
			M: M 1 ergänzen: Zielgröße für Schulsanierungen festlegen: Alle HOAI-Phasen dürfen nicht länger als drei Doppelhaushaltsperioden andauern						
			Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03						
171	Grüne	40	B: Schulgebäude auf neuesten Stand bringen						
			Bereitstellung von geeigneten Schulräumen,						
			Z: Schulsportstätten und Schulhöfen als Voraussetzung für eine gute Bildung der Schüler/-innen.						
			M: transparente Priorisierung der Maßnahmen und Schulsanierungen nach bestimmten Kriterien (Angebot Ganztage, Inklusion, Zustand o.ä.)						
Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03									

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
172	AfD	40	<p>Modernisierungen/ Strukturelle Verbesserungen sowie Gebäudeunterhaltung an Schulen Priorität und Umsetzung der Baumaßnahmen in Schulen erhöhen und beschleunigen. Die Haushaltsberatungen haben klar gezeigt, dass es einen Mittelhochlauf im Bereich der Schulsanierung benötigt. Die Bildung unserer Kinder muss uns mehr wert sein. Hierzu sollen die Mittel für Gebäudeunterhaltung und Investitionen im Bereich Schulen erhöht werden. Die Mittelerhöhung soll dabei zwischen Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt derart aufgeteilt werden, dass nachhaltig ein höheres Bauvolumen an Sanierungen über die nächsten Doppelhaushalte umgesetzt werden kann. Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt aus den Streichungen bei der Klimareligion (Klimaschutz-Aktionsplan).</p> <p>B:</p>		2.000.000			2.500.000	
<p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>									
173	SPD	40	<p>Modernisierungen/ Strukturelle Verbesserungen an Schulen <i>Falls der Antrag BSG nicht im Haushalt beschlossen wird, Erhöhung des Ansatzes auf 2,1 Mio. € und 2,5 Mio. €</i> B: Mit der Erhöhung des Topfes für 2023 und 2024 soll dem Sanierungs- und Modernisierungsstau an Schulen entgegengewirkt werden.</p>		1.100.000			1.500.000	
<p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>									

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
174	HDer	40	<p>Modernisierungen/ Strukturelle Verbesserungen an Schulen Der Sanierungsstau an Heidelberger Schulen ist groß. Kontinuierliche Instandsetzungsmaßnahmen sind günstiger als Kernsanierungen und dienen dem Erhalt des Gebäudebestandes. B: Bewirtschaftung des kompletten Budgets "Zentralansatz Schulen: Modernisierungen/ strukturelle Verbesserungen".</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>						
175	CDU	40	<p>Gebäudeunterhalt Schulen B: Sofortmaßnahmen, Fenstererneuerungsprogramm Schulen</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>		1.000.000			1.000.000	
176	HDer	40	<p>Fenstersanierungen In zahlreichen Heidelberger Schulen und anderen städtischen Gebäuden sind die Fenster in einem untragbaren Zustand. Austausch respektive Instandsetzung der Fenster nach Prioritätenliste (z.B. in Carl-Bosch-Schule und Kurpfalzschule). Fenstererneuerungsprogramm über Rahmenvertrag.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>					200.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
177	HDer	40	<p>Stellenschaffung Sanierungs-Koordinator/-in Schulen Schnittstelle von GEB, Schulamt und Hochbauamt</p> <p>B: Für die kontinuierlichen Instandsetzungsmaßnahmen an Schulen bedarf es einer besseren Koordination und transparenten Priorisierung.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Aufgabe der Stabstelle Dezernat II/Bauinvestitionscontrolling (Dez. II/BIC). Zusätzliche Stellenschaffung ist daher nicht notwendig.</p>		45.000			90.000	
178	CDU	40	<p>Sanierung Bunsengymnasium (3. BA Sporthalle, Mensa) Sofortige Aufnahme der Planungen mit neuer</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>		50.000			300.000	
179	SPD	40	<p>Sanierung Bunsengymnasium (3. BA Sporthalle, Mensa) Verbesserung der Betreuungssituation sowie der Sanierung der Sporthalle ist dringend notwendig und es muss zügig mit der Planung begonnen werden. Einstellung Planungsrate Mensa & Sporthalle</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>					200.000	
180	Grüne	40	<p>Sanierung Bunsengymnasium (3. BA Sporthalle, Mensa) Aufnahme der dritten Sanierungsphase (Sporthalle, Mensa) in die Planung.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
181	FDP	40	<p>Modernisierung Sporthalle Bunsengymnasium Beseitigung von baulichen Gefahrenquellen an B: Heidelberger Schulen; verletzungsgefahr in der Sporthalle durch Betonsäulen. Gefahrlose Nutzung der Schulräumlichkeiten.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>						
182	DIE LINKE	40	<p>Sporthalle Bunsengymnasium Planungsmittel für die Sporthalle des Bunsen- B: Gymnasiums einstellen (Förderung kommunalen Sportstättenbaus des Landes überprüfen?) (schulische) Sportstätten nutzbar machen</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>						
183	CDU	40	<p>Albert-Schweitzer-Schule B: Nutzung/Umbau des leerstehenden FW-Gerätehauses. Planung und Umbau</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>		25.000			250.000	
184	SPD	40	<p>Albert-Schweitzer-Schule Verbesserung der Betreuungs- und Essenssituation <i>Hilfsantrag, falls der Antrag BSG nicht im Haushalt beschlossen wird.</i></p> <p>B: Die Verbesserung der Betreuungs- und Essenssituation an der Albert-Schweitzer-Schule ist dringend notwendig und es muss zügig mit der Planung begonnen werden. Für die Umsetzung soll mindestens eine Planungsrate in Höhe von 200.000 € eingepreist werden.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>						
185	CDU	40	<p>B: Johannes-Gutenberg-Schule Planungsmittel für Agrarlabor</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>					50.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
186	CDU	40	<p>Mönchhofschule Verbesserung der Betreuungs- und Essenssituation B: Vorziehen der Realisierung; Priorisierung aus eingestellten Mitteln mit neuer Personalstelle.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>						
187	SPD	40	<p>Mönchhofschule Verbesserung der Betreuungs- und Essenssituation <i>Hilfsantrag, falls der Antrag BSG nicht im Haushalt beschlossen wird.</i> B: Die Verbesserung der Betreuungssituation an der Mönchhofschule ist dringend notwendig und es muss zügig mit der Planung begonnen werden. Für die Umsetzung soll mindestens eine Planungsrate in Höhe von 200.000 € eingepreist werden.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>						
188	DIE LINKE	40	<p>Verbesserung der Betreuungs- und Essenssituation an Heidelberger Schulen B: Planungsmittel einstellen für Maßnahmen zur Betreuungs- und Essenssituation an Schulen (Bunsen-Gymnasium, Albert-Schweitzer-Schule...)</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
189	SPD	40	<p>Kurpfalzschnule Sanierung <i>Hilfsantrag, falls der Antrag BSG nicht im Haushalt beschlossen wird.</i></p> <p>Die Generalsanierung der Kurpfalzschnule ist dringend notwendig und es muss zügig mit der Planung begonnen werden.</p> <p>B: Für die Umsetzung der Generalsanierung soll mindestens eine Planungsrate in Höhe von 200.000 € eingepreist werden.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>						
190	CDU	40	<p>Kurpfalzschnule Sanierung/Sofortmaßnahmen</p> <p>B: Vorziehen der Realisierung Sofortmaßnahmen Kurpfalzschnule aus bereits eingestellten Mitteln mit neuer Personalstelle.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>						
191	SPD	40	<p>Schnulcampus Mitte <i>Hilfsantrag, falls der Antrag BSG nicht im Haushalt beschlossen wird.</i></p> <p>Nach dem Planungswettbewerb muss zügig mit der Umsetzung des Projekts begonnen werden.</p> <p>B: Einstellung von Mitteln in Form einer Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 1 Mio. €</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03 In 2024 ist bereits eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1 Mio. € berücksichtigt.</p>						1.500.000
192	Grüne	40	<p>Schnulcampus Mitte</p> <p>B: Aufnahme mittelfristige Finanzplanung</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
193	SPD	40	<p>Graf von Galen-Schule Dach- und Fassadensanierung als Ergänzung zur Erweiterung Zusätzlich Dach- und Fassadensanierung. B: Wenn ein Bauprojekt in die Hand genommen wurde, macht eine spätere Befassung damit die ganze Situation nicht preiswerter. Graf von Galen-Schule-Erweiterung + temporäre Zuschlagung des Grundrisses der Schule zum Stadtteil Bahnstadt.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>		50.000			500.000	
194	SPD	40	<p>Sanierung Eichendorffhalle (Küche und sanitäre Anlagen) B: Einstellung eines Planansatzes.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Anlage Nr. 03</p>					100.000	
195	DIE LINKE	40	<p>Anschaffung von einem Kontingent Mehrweggeschirr für schulischen Verleih, um Veranstaltungen an Schulen zu erleichtern.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Den Schulen stehen für schulische Bedarfe, insbesondere Lehr- und Lernmittel, ein sogenanntes Schulbetriebsmittelbudget zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung. Die Budgetverantwortung obliegt hierbei den jeweiligen Schulleitungen. Die Heidelberger Dienste gGmbH (HDD) bietet im Rahmen ihres Veranstaltungsservices Geschirr zum Verleih an. Die Verwaltung verweist im Bedarfsfall auf die Verleihmöglichkeit hin.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
196	DIE LINKE	40	B: Statistische Umfrage zu Schulklima Projekte wie in München zur Datenerhebung						
			Z: Projekte zur Datenerhebung des sozialen Klimas an Heidelberger Schulen						
			M: Statistische Umfrage zu Schulklima						
			Anmerkung der Verwaltung: "Schulklima" ist eine sogenannte innere Schulangelegenheit. Diese liegt nicht in der Zuständigkeit des Schulträgers, sondern in der des Landes. Umfragen an Schulen müssen über das Staatliche Schulamt Mannheim/Regierungspräsidium Karlsruhe angemeldet und genehmigt werden. Es ist zu beachten, dass valide repräsentative Umfragen eine exakte Zielsetzung, Fachexpertise sowie Zeit- und Personalressource benötigen.						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
197	Grüne	40	B:	Vulnerable Gruppen besonders unterstützen und das soziale Miteinander in der Stadt stärken.						
			Z:	Teilhabe von Kindern mit Behinderung an Bildung und Freizeit möglich machen						
			M:	Konzept für Nachmittags- und Ferienbetreuung für Kinder mit Behinderung						
			Anmerkung der Verwaltung: Ab dem Schuljahr 2026/27 gilt der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung und Ferienbetreuung aufbauend ab Jahrgangsstufe 1. Aktuell werden Kinder, die inklusiv beschult werden, im Rahmen des tatsächlich Möglichen betreut. In der Grundschule Bahnstadt läuft ein Pilotprojekt zur inklusiven Betreuung, das nach Ende des Schuljahrs 2022/23 bei noch einzuholendem Gemeinderatsbeschluss im 4. Quartal 2023 in den Regelbetrieb gehen könnte. Die Ferienbetreuung bietet ein Programm von täglich 7 oder 9 Stunden, das nicht ausschließlich vor Ort an den Schulen stattfindet. Hier muss, je nach Unterstützungsbedarf des Inklusionskindes, eine erhebliche Personalressource gesichert werden, sodass das Ferienangebot bei päd-aktiv e. V. im Rahmen des tatsächlich Möglichen erfolgen kann.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
198	Grüne	40	<p>B: Vulnerable Gruppen besonders unterstützen und das soziale Miteinander in der Stadt stärken.</p> <p>Z: Teilhabe von Kindern mit Behinderung an Bildung und Freizeit möglich machen</p> <p>M: Schulen bei der Eröffnung von Inklusions-Zügen und Kooperationsprojekten durch Mittel für Raum- und Sachausstattung unterstützen</p> <p><u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Inklusion muss gemäß Schulgesetz B-W an allen Schulen möglich sein. Eigene "Inklusionszüge" widersprechen sowohl dieser gesetzlichen Vorgabe als auch dem inklusiven schulischen Anspruch. Inklusive und kooperative Formen gemeinsamen Unterrichts an allgemeinen Schulen werden jedoch immer in enger Zusammenarbeit mit einem SBBZ (Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum) umgesetzt. Die schulische Inklusion nach Schulgesetz verpflichtet den Schulträger zur adäquaten sächlichen Ausstattung, die notwendigen Absprachen hierfür erfolgen in der individuellen Bildungswegekonzferenz für das einzelne Kind mit seinem individuellen Förderbedarf. In der Vorbereitung unterstützt der Schulträger intensiv hierbei. Die federführende Zuständigkeit für die Bildungswegekonzferenzen ist das Land Baden-Württemberg.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
199	Grüne	40	<p>B: Schulgebäude auf neuesten Stand bringen</p> <p>Z: Schulsportstätten und Schulhöfen als Voraussetzung für eine gute Bildung der Schüler/-innen.</p> <p>M: Ermittlung des fehlenden Raumbedarfs für Inklusion (Differenzierungs- und Auszeiträume) und Ganztagsangebote.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: An Schulstandorten mit inklusiven Unterrichtssettings werden immer im Nachgang der Bildungswegekonferenzen bedarfsgerecht die erforderlichen räumlichen Voraussetzungen geschaffen, falls diese noch nicht vorhanden waren. Grundsätzlich sind die räumlichen (Zusatz-)Bedarfe sehr individuell und deshalb auch Gegenstand der Bildungswegekonferenzen. Der Schulträger ist gesetzlich verpflichtet, diese entsprechend zu schaffen.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
200	SPD	40	<p>Die inklusive Unterbringung von Kindern mit entsprechenden Bedarfen an Regelschulen birgt besondere räumliche Anforderungen an Schulgebäude wie zum Beispiel die Bereitstellung von Differenzierungsräumen. Die inklusive Unterbringung von Kindern soll an möglichst vielen Schulen im Stadtgebiet ermöglicht werden, sofern der Bedarf hierfür besteht. Vor diesem Hintergrund bitten wir um eine entsprechende Bestandsaufnahme und darauf basierend eine mögliche Konzeption für die Bereitstellung inklusiver Angebote an Grundschulen.</p>						
			<p>B: von Kindern soll an möglichst vielen Schulen im Stadtgebiet ermöglicht werden, sofern der Bedarf hierfür besteht. Vor diesem Hintergrund bitten wir um eine entsprechende Bestandsaufnahme und darauf basierend eine mögliche Konzeption für die Bereitstellung inklusiver Angebote an Grundschulen.</p>						
			<p>Z: TH_40 PG 21.10-21.30/ Ziel 2 S.11</p>						
			<p>M: Bedarfsermittlung für investive Maßnahmen für inklusive Angebote an Grundschulen</p>						
			<p>Anmerkung der Verwaltung: An Schulstandorten mit inklusiven Unterrichtssettings werden immer im Nachgang der Bildungswegekonzferenzen bedarfsgerecht die erforderlichen räumlichen Voraussetzungen geschaffen, falls diese noch nicht vorhanden waren. Grundsätzlich sind die räumlichen (Zusatz-)Bedarfe sehr individuell und deshalb auch Gegenstand der Bildungswegekonzferenzen. Der Schulträger ist gesetzlich verpflichtet, diese entsprechend zu schaffen.</p>						
201	HiB	40	<p>B: Erhöhung Zuschuss Akademie für Ältere Soziales Miteinander fördern</p>		85.000			85.000	
			<p>Anmerkung der Verwaltung: Über das Änderungsblatt der Verwaltung wurde ein Sonderfonds zum Ausgleich von nachzuweisenden Mehrbelastungen aufgrund des höheren Tarifabschlusses und Preissteigerungen berücksichtigt.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
202	CDU	40	B: Erhöhung Zuschuss Akademie für Ältere Erhöhung aufgrund gestiegener Personal- und Raumkosten.		80.000			80.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 201						
203	Grüne	40	B: Erhöhung Zuschuss Akademie für Ältere		40.000			60.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 201						
204	Grüne	40	B: Erhöhung Mittel Schulhöfe sanieren und Projekttopf für Hitzeschutzmaßnahmen		50.000			100.000	
			Anmerkung der Verwaltung:						
205	Grüne	40	B: Schulen zukunftsfähig machen		20.000			80.000	
			Z: Bildungseinrichtungen weiterentwickeln und professionalisieren.						
			M: multiprofessionelle Teams ermöglichen (Sonderpädagog*innen, Psycholog*innen, plus Schulsozialarbeit), Vorsorge und Prävention statt "Feuerwehr" Einsätze						
			Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der datengestützten Qualitätsentwicklung an Schulen, die das Land in seiner Zuständigkeit aktuell vorantreibt, wird diese zusätzliche (Sozial-) Indexbasierte Unterstützung an diversen Pilotschulen im Land Baden-Württemberg erprobt. Die Stadt Heidelberg unterstützt schon bisher mit umfanglicher Schulsozialarbeit, freiwilligen Schulprogrammen und auch personell die Schulen.						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
206	Grüne	40	B: Schulen zukunftsfähig machen		30.000			60.000	
			Z: Kommunale Unterstützungsprogramme						
			M: Weiterer Ausbau der Sprachförderung an Schulen.						
			Anmerkung der Verwaltung: Das freiwillige kommunale Schulprogramm "Sprachförderung" wurde nach erfolgter Ausschreibung an päd-aktiv e. V. vergeben und wird in den kommenden fünf Schuljahren an den öffentlichen Heidelberger Grundschulen durch päd-aktiv e. V. umgesetzt. Eine Erweiterung des Umfangs erfordert eine Aufstockung der bisherigen Haushaltsmittel und entsprechende Kapazitäten beim Träger.						
207	SPD	40	B: Die Art der Wissensvermittlung an unseren Schulen hat sich sich verändert - weg vom klassischen Frontalunterricht. Diese neuen Lehr- und Lernmethoden haben auch andere Anforderungen an unsere Schulgebäude. Schulen sind nicht mehr nur Lernort sondern auch Lebensraum. Dies gilt es aus unserer Sicht bei der Modernisierung unserer Schulgebäude zu berücksichtigen und daher beantragen wir die Entwicklung einer entsprechenden Konzeption.						
			Z: TH_40 PG 21.10-21.30/ Ziel 1 S.11						
			M: M 3 NEU: Konzeptionelle Weiterentwicklung von Schulen mit der Perspektive Lebensraum Schule und modernes Lernen (pädagogische Anforderungen für gute Schule)						
			Anmerkung der Verwaltung: Bau- und Modernisierungsmaßnahmen an Schulen (z. B. DigitalPaktSchule, Neubau von Mensen sowie Generalsanierungen und Neubau von Schulen) erfolgten bereits bisher unter Berücksichtigung der genannten Aspekte (z. B. Grundschule Bahnstadt und Ausschreibung des Hochbauwettbewerbs zum Schulcampus Mitte u. w.).						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
208	SPD	40	<p>Die Anzahl der Essenskinder hat sich an vielen Schulen stark erhöht - an der Albert-Schweitzer Schule ist beispielsweise eine Verdreifachung der Kinderzahlen zu verbuchen. Als Konsequenz müssen die Kinder dort im "Schichtbetrieb" essen. Um künftig eine angenehme</p> <p>B: Betreuungs- und Essenssituation herzustellen, beantragen wir eine Bestandsaufnahme und darauf aufbauend eine Konzeption für eine kind- und bedarfsgerechte Nachmittagsbetreuung und Essenssituation</p> <p>Z: TH_40 PG 21.10-21.30/ Ziel 2 S.11</p> <p>M: M3 NEU: Bestandsaufnahme und Konzeption für eine qualitativ und kindgerechte Nachmittagsbetreuung an Grundschulen inklusive einer bedarfsgerechte und räumlich getrennte Essenssituation an diesen Grundschulen</p> <p>Anmerkung der Verwaltung:</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
			<p>Mit der Durchführung des Mittagstischs und der Nachmittagsbetreuung ist päd-aktiv e. V. beauftragt. Hier besteht ein laufender Dienstleistungsvertrag. Ein umfangreiches Qualitätshandbuch liegt der Bildungs- und Betreuungskonzeption zugrunde und wird gemeinsam mit dem Amt für Schule und Bildung fortlaufend weiterentwickelt. Über die quantitativen Entwicklungen wird im regelmäßigen Turnus im Bericht Schule und Bildung berichtet. Individuelle Einblicke in die 18 Betreuungseinrichtungen an Grundschulen und einem SBBZ sind über die detaillierte Homepage von päd-aktiv e. V. stets aktuell möglich.</p> <p>Nach Verabschiedung des Ganztagsfördergesetzes durch das Land werden auch in Heidelberg substanzielle Anpassungen erforderlich sein, wobei bereits jetzt ein Zwei-Schicht-Betrieb als Regelbetrieb durch das Land vorgegeben ist. Die erforderlichen Maßnahmen sind bereits mehrfach benannt und werden vorbereitet. Diese erfordern entsprechende Ressourcen, die für den Doppelhaushalt 2025/2026 durch die Verwaltung angemeldet werden.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
209	SPD	40	B:	Die Aufgabenprofile der Beschäftigten haben sich in den letzten Jahren von den klassischen Sekretariatsaufgaben wegbewegt umfassen immer mehr komplexere organisatorische Aufgaben. Vor diesem Hintergrund bitten wir eine entsprechende Überprüfung der tatsächlich geleisteten Aufgaben in den Schulsekretariaten und darauf basierend eine entsprechende Revision der Eingruppierung der Schulsekretär*innen						
			Z:	TH_40 PG 21.10-21.30/ neues Ziel 3						
			M:	Ziel 3 NEU: Überprüfung der Aufgaben und Stellenbeschreibung sowie von Eingruppierungen der Schulsekretär*innen mit dem Ziel einer Neubewertung und Vorlage in den Gemeinde in Q1/2024						
			Anmerkung der Verwaltung: Eine Überprüfung der Aufgaben und der Arbeitsplatzbeschreibungen ist für die Haushaltsjahre 2023/2024 bereits verwaltungsintern vorgesehen. Unabhängig davon verfügt die Stadt Heidelberg bereits über ein sogenanntes "Sekretariatskonzept", welches für bestimmte Schularten bereits eine übertarifliche Eingruppierung der Schulsekretariatskräfte vorsieht.							
210	DIE LINKE	41	B:	Erhöhung des Kultur-Projekttopfes Heidelberger Kulturprojekte fördern		20.000			20.000	
			Anmerkung der Verwaltung:							
211	FDP	41	B:	Streichung Zuschuss Zungenschlag Verzicht auf nicht mehr zeitgemäße Projekte zugunsten neuer Projekte wie beispielsweise Metrolink Einsparung Gelder		-28.065			-28.767	
			Anmerkung der Verwaltung: Bisher wurde für den Doppelhaushalt 2023/2024 noch kein Zuschussantrag seitens des Zungenschlag e. V. gestellt.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
212	CDU	41	B: Zuschuss Heidelberger Sinfoniker (Neuaufnahme) Anmerkung der Verwaltung: Das Kulturamt fördert seit Jahren die Heidelberger Sinfoniker auf Grund ihrer hervorragenden künstlerischen Darbietungen, ihres starken Commitments zur Stadt Heidelberg und ihrer Beliebtheit beim Heidelberger Publikum im Rahmen von Projektförderungen zwischen 5 bis 10 T€. Die Heidelberger Sinfoniker haben für 2023 einen Zuschuss von 50 T€ sowie für 2024 einen Zuschuss von 70 € beantragt.		50.000			70.000	
213	Grüne	41	Zuschuss Heidelberger Sinfoniker (Neuaufnahme) Vielfalt der Kultur in Heidelberg stärken und kulturelle B: Teilhabe ermöglichen. Aufnahme der Heidelberger Sinfoniker in die institutionelle Förderung. Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 212		10.000			25.000	
214	FDP	41	Zuschuss Heidelberger Sinfoniker (Neuaufnahme) B: Verbreiterung der städtischen Kulturlandschaft und der Heidelberger Musikpalette Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 212		10.000			10.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
215	FDP	41	<p>Kürzung Zuschuss UnterwegsTheater Aufgrund der Haushaltslage sollen Mittel für alternative Projekte freigemacht werden. B: Begrenzung der Förderung und Einfrieren der Gelder auf das Niveau 2021.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Bereits seit Jahren sind die MitarbeiterInnen des UnterwegsTheaters an der Belastungsgrenze. Insbesondere für die Technik und die Öffentlichkeitsarbeit ist die personelle Unterstützung notwendig. Darüber hinaus ist die Einstellung eines Meisters für Veranstaltungstechnik beim Unterwegstheater gesetzlich vorgeschrieben.</p>		-77.920			-77.920	
216	FDP	41	<p>Kürzung Zuschuss Medienforum e.V. Aufgrund der Haushaltslage sollen Mittel für alternative Projekte freigemacht werden. B: Begrenzung der Förderung und Einfrieren der Gelder auf das Niveau 2021.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Durch die Kürzung des Zuschusses wären die Mehrkosten am neuen Standort nicht finanzierbar. Darüber hinaus ist das Medienforum auf Grund des gegenwärtig knapp bemessenen Budgets nicht dazu in der Lage, ausreichend viele MitarbeiterInnen zu beschäftigen und die vorhandenen MitarbeiterInnen angemessen zu honorieren, sodass eine hohe Personalfuktuation zu verzeichnen ist.</p>		-31.734			-33.511	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
217	FDP	41	<p>B: Streichung Zuschuss Forum für Kunst Aufgrund der Haushaltslage sollen Mittel für alternative Projekte freigemacht werden. Einsparung Gelder</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Der Zuschuss deckt in 2023 rund 70,5% und in 2024 71,9% der Ausgaben. Dabei machen alleine Miete und die Beschäftigung einer Geschäftsführung rd. 49 T€ aus. Die Streichung des Zuschusses wäre wahrscheinlich das Ende für das Forum für Kunst. Diese bedeutende Einrichtung erscheint aus Sicht des Kulturamts unverzichtbar für Heidelberg. Sie leistet hervorragende Arbeit im Hinblick auf die Vernetzung der Heidelberger bildenden KünstlerInnen. Darüber hinaus bringt sich das Forum für Kunst auf vorbildliche Weise in die interdisziplinäre Projektarbeit mit vielen Heidelberger Kultureinrichtungen ein.</p>		-50.225			-51.481	
218	HiB	41	<p>B: Erhöhung Zuschuss Metropolink Urbane Kultur stärker Fördern, Mittelerhöhung</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Metropolink hat einen institutionellen Zuschuss in Höhe von 97.490 € jährlich (+44.118 € in 2023 und +42.784 € in 2024 gegenüber den bisher im Entwurf berücksichtigten Ansätzen) beantragt. Darüber hinaus erhält das Metropolink-Festival einen weiteren Projektzuschuss aus dem Teilhaushalt Konversion in Höhe von jährlich 150.000 €.</p>		55.000			60.000	
219	Grüne	41	<p>B: Erhöhung Zuschuss Metropolink Metropolink als Leuchtturmprojekt für urbane Kultur strukturell stärker fördern.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 218</p>		53.000			58.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
220	DIE LINKE	41	B: Erhöhung Zuschuss Metropolink Festival erhalten, urbane Kunst stärken.		50.000			60.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 218						
221	SPD	41	B: Erhöhung Zuschuss Metropolink Erhöhung Planansatz Zuschuss Metropolink		47.000			53.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 218						
222	CDU	41	B: Erhöhung Zuschuss Metropolink		32.000			32.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 218						
223	FDP	41	B: Erhöhung Zuschuss Metropolink Unterstützung neuer Kunstformate und Honorierung des Marketingeffektes für Heidelberg. Erhöhung des Zuschuss auf jährlich 75.000 €.		21.628			20.294	
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 218						
224	Grüne	41	B: Erhöhung Zuschuss Klangforum e.V. Vielfalt der Kultur in Heidelberg stärken und kulturelle Teilhabe ermöglichen.					43.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Das Klangforum e. V. hat für das Jahr 2024 einen Antrag auf institutionelle Förderung von 185.460 € (+43.142 € gegenüber dem bisher im Entwurf berücksichtigten Ansatz) gestellt u. a. zur Anmietung von eigenen Probe- und Büroräumlichkeiten im Bahnbetriebswerk.						
225	SPD	41	B: Erhöhung Zuschuss Klangforum e.V. Gestiegene Mietpreise sollen durch Erhöhung kompensiert werden.					40.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 224						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
226	FDP	41	<p>Kürzung Zuschuss Klangforum e.V. Aufgrund der Haushaltslage sollen Mittel für alternative Projekte freigemacht werden. B: Begrenzung der Förderung und Einfrieren der Gelder auf das Niveau 2021.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 224</p>		-3.387			-6.858	
227	Grüne	41	<p>Erhöhung Zuschuss Kulturparkett e.V. B: Kulturparkett als Verein für kulturelle Teilhabe aufstocken.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Das Kulturparkett e. V. hat einen Antrag auf institutionellen Zuschuss in Höhe von jährlich 33.614 € (+20.289 € in 2023 und +19.956 € in 2024 gegenüber den bisher im Entwurf berücksichtigten Ansätzen) gestellt.</p>		5.000			10.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
228	FDP	41	<p>Zuschuss Kulturparkett e.V. B: Erläuterung zu den Gründen der Förderung von Kulturparkett e.V., da es sich um einen Mannheimer Verein handelt.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Ziel von "Kulturparkett Rhein-Neckar e. V." ist mehr kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit wenig Geld zu ermöglichen. Der in Mannheim ansässige gemeinnützige Verein schafft damit gleichberechtigten Zugang zum Kulturleben in Heidelberg, Mannheim, Ludwigshafen, Speyer, Schwetzingen/Oftersheim und Bad Dürkheim. Die beantragte Förderung bezieht sich nur auf die Ausgabe des Kulturpass in Heidelberg sowie die damit einhergehenden Tätigkeiten im Bereich Kultur- und Sozialpartner, Netzwerkarbeit sowie notwendige flankierende Maßnahmen rund um Infrastruktur und Öffentlichkeitsarbeit. Das „Kulturparkett Rhein-Neckar e.V.“ unterhält einen eigenen Nachbarschaftsraum in Bergheim, Bergheimer Str. 144, der wöchentlich dienstags von 17:00 – 18:30 Uhr öffentlich zugänglich ist. Hier können HeidelbergerInnen direkt vorstellig werden. Darüber hinaus ist der Verein unter einer Heidelberger Telefonnummer (06221-3219174) und per Mail (heidelberg@kulturparkett-rhein-Neckar.de) erreichbar. Die Verwaltung prüft jährlich den Verwendungsnachweis des Vereins und fordert hier die entsprechende Abrechnung nur der Kosten für Heidelberg ein.</p>						
229	CDU	41	<p>B: Erhöhung Zuschuss Französische Woche Anmerkung der Verwaltung: Die Französische Woche hat einen institutionellen Zuschuss in Höhe von 31.000 € jährlich (+9.465 € in 2023 und +8.927 € in 2024 gegenüber den bisher im Entwurf berücksichtigten Ansätzen) beantragt.</p>		10.000			10.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
230	Grüne	41	B: Erhöhung Zuschuss Französische Woche Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 229		5.000			5.000	
231	Bunte Linke	41	Zuschuss Literaturnetz Heidelberg e.V. (Neuaufnahme) B: Damit bürgerschaftlich organisierter Literaturherbst stattfinden kann Teil der Einsparungen HD Literaturtage von 2024 auf 2023 vorziehen. Anmerkung der Verwaltung: Der Literaturnetz Heidelberg e. V. hat einen institutionellen Zuschuss in Höhe von 74.000 € jährlich für die Durchführung des Literaturherbstes beantragt. Bezüglich der vorgesehenen Einsparungen bei den Heidelberger Literaturtagen siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 232		80.000				

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
232	SPD	41	<p>Zuschuss Literaturnetz Heidelberg e.V. (Neuaufnahme) Stärkung des langjährig stattfindenden Literaturfestivals B: "Literaturherbst" als zweites Standbein neben den Literaturtagen. Neuinstellung Zuschuss Literaturherbst</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Der Literaturnetz Heidelberg e. V. hat einen institutionellen Zuschuss in Höhe von 74.000 € jährlich für die Durchführung des Literaturherbstes beantragt. Die Finanzierung über Mittel aus UNESCO City of Literature würde einer Kürzung von nahezu 60% der Sachmittel gleichkommen. Die Arbeit für die UNESCO City of Literature wäre damit nicht aufrechtzuerhalten. Dies hätte voraussichtlich negative Konsequenzen im Hinblick auf die nächste Evaluierung der UNESCO der Arbeit der UNESCO City of Literature Heidelberg 2026. Die Evaluierung der Arbeit der UNESCO City of Literature Heidelberg für den Zeitraum 2019-2022 ist exzellent ausgefallen. Im Jahr 2024 wird die UNESCO City of Literature Heidelberg ihr 10jähriges Jubiläum begehen und benötigt ausreichende Mittel, um dieses Jubiläum angemessen zu kommunizieren. Die Verwaltung empfiehlt dringend, diesen Änderungsantrag so zu verändern, dass weder der Literaturherbst noch das Konzept „Mehr Literatur wagen“ zu Lasten der UNESCO City of Literature Heidelberg aus deren laufenden Budgetmitteln finanziert wird, da dies von großem Schaden für die UNESCO City of Literature Heidelberg wäre.</p>		74.000			74.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
233	DIE LINKE	41	<p>Zuschuss Literaturnetz Heidelberg e.V. (Neuaufnahme) B: Umsetzung des Literaturförderkonzepts und "City of Literature" stärken.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Der Literaturnetz Heidelberg e. V. hat einen institutionellen Zuschuss in Höhe von 74.000 € jährlich für die Durchführung des Literaturherbstes beantragt. Das im Ausschuss für Kultur und Bildung präsentierte Literaturförderkonzept beinhaltet außer dem Literaturherbst sowohl Projektvorschläge für UNESCO City of Literature und das 10jährige Jubiläum der UNESCO City of Literature 2024 als auch Projektvorschläge der Kulturszene, die unter dem Titel „Mehr Literatur wagen“ zusammengefasst sind. Es erscheint wichtig, dass dieser Betrag für das Festival „Literaturherbst“ außerhalb des Budgets der UNESCO City of Literature Heidelberg und getrennt von den Projekten der Literaturszene „Mehr Literatur wagen“ im Haushalt eingestellt wird, damit das Festival über ein eigenes Budget verfügen kann.</p>		50.000			74.000	
234	Grüne	41	<p>Zuschuss Literaturnetz Heidelberg e.V. (Neuaufnahme) B: Vielfalt der Kultur in Heidelberg stärken und kulturelle Teilhabe ermöglichen. Aufnahme Literaturnetz HD e.V. in die institutionelle Förderung.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 233</p>		10.000			25.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
235	Bunte Linke	41	Zuschüsse Sparte Literatur: Finanzierung von Literaturprojekten Literaturherbst, AG "Weiterentwicklung Literaturstadt HD" und Literaturhaus e.V. B: Gleiche Anzahl von Veranstaltungen mit gleich vielen Besuchern wie Literaturtage organisieren, Betrieb eines Literaturbüros (evtl. im Karlstorbahnhof oder woanders).					150.000		
			Anmerkung der Verwaltung: Der Literaturnetz Heidelberg e. V. hat einen institutionellen Zuschuss in Höhe von 74.000 € jährlich für die Durchführung des Literaturherbstes beantragt. Das Literaturförderkonzept beinhaltet außer dem Literaturherbst sowohl Projektvorschläge des Kulturamts für UNESCO City of Literature und das 10jährige Jubiläum der UNESCO City of Literature 2024 als auch Projektvorschläge der Kulturszene, die unter dem Titel „Mehr Literatur wagen“ zusammen gefasst sind. Weder für die Gründung eines Literaturhauses, noch für die Einrichtung eines Literaturbüros sind bislang Mittel im Budget der UNESCO City of Literature Heidelberg vorhanden oder eingeplant.							
236	HiB	41	B: Literaturförderkonzept					250.000		
			Z: Sichtbarkeit und Bewusstsein Heidelbergs als UNESCO Creative City of Literature, Stärkung der literarischen Kunstproduktion in Heidelberg, Unterstützung der Internationalisierung literarischer Produktion, Nachhaltige Sicherung des literarischen Nachwuchses in Produktion und Rezeption							
			M: Neue Projekte aus dem Konzept "Mehr Literatur wagen", Neue Projekte aus der weiteren Literaturszene, Neue Projekte des Kulturamts							
			Anmerkung der Verwaltung:							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
237	Bunte Linke	41	B: Sonstige Literaturprojekte unter Betreuung des Kulturamtes <u>Anmerkung der Verwaltung:</u>					50.000	
238	DIE LINKE	41	B: Schaffung eines Topfes "Mehr Literatur wagen" für Projekte aus dem Konzept "Mehr Literatur wagen" Heidelberg als UNESCO City of Literature stärken. Der Topf soll vom Kulturamt gemeinsam mit den Literatur-Akteur*innen verwaltet werden. <u>Anmerkung der Verwaltung:</u>		25.000			25.000	
239	DIE LINKE	41	B: Erhöhung des "UNESCO City of Literature" Budgets Heidelberg als UNESCO City of Literature stärken <u>Anmerkung der Verwaltung:</u>		50.000			100.000	
240	HiB	41	B: 10 jährige Jubiläum UNESCO City of Literature Mittel zur Verfügung stellen <u>Anmerkung der Verwaltung:</u>					50.000	
241	CDU	41	B: Zuschuss Freundeskreis Literaturhaus (Neuaufnahme) Zuschuss für Umsetzung Konzept Literatur-Tourismus und Raummiete. <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Der Freundeskreis Literaturhaus hat bisher keinen Zuschussantrag (weder auf eine institutionelle Förderung noch auf eine Projektförderung) gestellt.		26.000			26.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
242	SPD	41	<p>B: Erhöhung Zuschuss Haus am Wehrsteg Finanzierung des Projekts Außenseiten (7.000 € / Jahr) und einmaliger Zuschuss für Jubläum (10.000 €) in 2024.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Das Haus am Wehrsteg hat einen institutionellen Zuschuss in Höhe von 27.000 € in 2023 (+8.550 gegenüber dem bisher im Entwurf in 2023 berücksichtigten Ansatz) und 37.000 € in 2024 (+18.089 € gegenüber dem bisher im Entwurf in 2024 berücksichtigten Ansatz) beantragt.</p>		7.000			17.000	
243	Grüne	41	<p>B: Erhöhung Zuschuss Haus am Wehrsteg Haus am Wehrsteg als Ort des künstlerischen Austausches und der Begegnung stabilisieren.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 242</p>		7.500			10.000	
244	CDU	41	<p>B: Erhöhung Zuschuss Haus am Wehrsteg Erhöhung für Jubiläum und Ausstellung.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 242</p>		7.000			10.000	
245	CDU	41	<p>B: Erhöhung Zuschuss Enjoy Jazz</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Im Iaushaltsplan ist bereits eine Zuschusserhöhung gegenüber 2022 um 40.000 € berücksichtigt. Enjoy Jazz hat einen institutionellen Zuschuss in Höhe von 300.000 € jährlich (+150 T€ jährlich gegenüber dem bisher im Entwurf berücksichtigten Ansatz) beantragt.</p>		50.000			50.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
246	Grüne	41	B: Erhöhung Zuschuss Enjoy Jazz Enjoy Jazz strukturell aufstocken (siehe Fußnote im Haushaltsplan)		50.000			50.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 245						
247	HiB	41	B: Erhöhung Zuschuss Enjoy Jazz Strukturelle Aufstockung, Mittelerhöhung		50.000			50.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 245						
248	SPD	41	B: Streichen Fußnote zu Enjoy-Jazz und Erhöhung des Zuschusses auf insgesamt 250.000 €		100.000			100.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 245						
249	Grüne	41	B: Erhöhung Zuschuss Karlstorbahnhof Anpassung Gehälter Karlstorbahnhof an TVöD		80.000			165.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Der Karlstorbahnhof hat einen um 48 T€ höheren Zuschussantrag pro Jahr gestellt als im Haushaltsansatz vorgesehen ist. Darüber hinaus entsprechen die 164 T€ zusätzlichen Mittel der Berechnung des Karlstorbahnhofs zur Anpassung der MitarbeiterInnen in - nach Einschätzung des Karlstorbahnhofs - marktübliche Gehälter.						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
250	SPD	41	<p>B: Erhöhung Zuschuss Karlstorbahnhof <i>Wird eingestellt, wenn die Erhöhung nicht durch den Fördertopf Kostensteigerungen in TH 20 abgebildet werden kann.</i></p> <p>Durch Zuschusserhöhung soll eine aufgabenadäquate Bezahlung der Beschäftigten des Kulturhauses ermöglicht werden.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 249 Im Änderungsblatt der Verwaltung ist ein entsprechender Topf berücksichtigt.</p>		54.667			164.000	
251	CDU	41	<p>B: Erhöhung Zuschuss Internationales Filmfestival Mannheim-Heidelberg</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Die Kooperationsvereinbarung zwischen den Städten Mannheim und Heidelberg läuft bis Ende 2024. Darin ist ein Zuschuss Heidelbergs von maximal 180 T€ vereinbart. Ein Erhöhungsantrag wurde aufgrund der vorliegenden Kooperationsvereinbarung nicht gestellt.</p>		70.000			70.000	
252	Grüne	41	<p>B: Erhöhung Zuschuss Internationales Filmfestival Mannheim-Heidelberg</p> <p>Vielfalt der Kultur in Heidelberg stärken und kulturelle Teilhabe ermöglichen.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 251</p>		50.000			50.000	
253	CDU	41	<p>B: Erhöhung Zuschuss Kunstverein</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Der Kunstverein hat einen institutionellen Zuschuss in Höhe von 392.560 € jährlich (+51.763 € in 2023 und +46.324 € in 2024 gegenüber den im Entwurf berücksichtigten Ansätzen) beantragt.</p>		24.000			24.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
254	Grüne	41	Erhöhung Zuschuss Kunstverein B: Vielfalt der Kultur in Heidelberg stärken und kulturelle Teilhabe ermöglichen. Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 253		20.000			40.000	
255	Die PARTEI	41	Kürzung Zuschuss Schurman Gesellschaft/ DAI B: Unverhältnismäßig hohe Forderung abwenden. 150.000 € für was? Umstrukturierung=DAI PROBLEM!! Anmerkung der Verwaltung: Die Schurman Gesellschaft hat einen institutionellen Zuschussantrag von 1.241.650 € in 2023 (+199.757 € gegenüber den im Entwurf berücksichtigten Ansatz) und von 1.299.910 € in 2024 (+391.209 € gegenüber den im Entwurf berücksichtigten Ansatz) gestellt. Im übrigen wird hierzu auf die Antwort zu Fragen aus der Klausur verwiesen.		-200.000			-100.000	
256	SPD	41	Kürzung Zuschuss Schurman Gesellschaft/ DAI B: Reduktion auf Planansatz 2022. Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 255		-150.000			-50.000	
257	Grüne	41	Kürzung Zuschuss Schurman Gesellschaft/ DAI B: Kürzung der Erhöhung für die Schurman Gesellschaft/ DAI Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 255		-150.000				

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
258	SPD	41	<p>Zuschuss Jazzhaus Heidelberg (Neuaufnahme) Das Jazzhaus leistet seit mehr als 20 Jahren hervorragende Arbeit im Musikgenre Jazz und ist somit ein Gewinn für die Heidelberger Kulturszene. Um die weitere Arbeit zu unterstützen, beantragen eine entsprechende Bezuschussung durch die Stadt.</p> <p>B:</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Das Kulturamt fördert seit Jahren die Arbeit des Jazzhaus Heidelberg wegen der sehr guten künstlerischen Qualität seines Programms im Rahmen von Projektförderungen und Livemusikförderung. Das Jazzhaus hat einen Antrag für 2023 auf institutionelle Förderung in Höhe von 36 T€ gestellt, wobei der Antrag deutlich verspätet einging.</p>		28.000 €			28.000 €	
259	Grüne	41	<p>Anschubfinanzierung Hip Hop Forum Hip Hop Forum als Bildungszentrum mit einer</p> <p>B: Anschubfinanzierung ausstatten, die es ermöglicht, einen Raum zu mieten, Personal zu bezahlen und erste Veranstaltungen zu organisieren.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Für das Hip Hop Forum stehen im Entwurf des Doppelhaushalts 2023/2024 insgesamt Mittel in Höhe von rd. 248 T€ (Personal- und Sachkosten) zur Verfügung. Allerdings ist derzeit noch offen, in welcher Trägerschaft das Hip Hop Forum künftig stehen wird. Dies gilt es zunächst zu klären.</p>		50.000			50.000	
260	DIE LINKE	41	<p>Aufstockung Mittel für Hip Hop Forum B: Heidelberger HipHop als immaterielles Kulturerbe stärken.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 259</p>		47.000			20.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
261	CDU	41	<p>B: Aufstockung Mittel für Hip Hop Forum</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 259</p>		25.000			25.000	
262	SPD	41	<p>B: Aufstockung Mittel für Hip Hop Forum Zusätzliche Mittel für Websiteaufbau und Informationsveranstaltungen.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 259 Ein Websiteaufbau sollte erst nach Festlegung der Rechtsform erfolgen.</p>					20.000	
263	Grüne	41	<p>B: Vielfalt der kulturellen Einrichtungen der Stadt sollen erkannt, gesehen und gestärkt werden. Orientierung an Bedarfen aber auch neuen Initiativen die Möglichkeit geben in die Förderung zu kommen. Alle Menschen der Stadt sollen an Kulturangeboten teilhaben und an deren Entwicklung partizipieren können.</p> <p>Z: Vielfalt der Kultur in Heidelberg stärken und kulturelle Teilhabe ermöglichen</p> <p>M: Konzept für die Anpassung der Tarife für alle Angestellten städtisch geförderter kultureller Einrichtungen (Karlstorbahnhof u.a.)</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Die meisten geförderten Kulturinstitutionen sind ehrenamtlich tätig. Ein Abfrage bei den institutionell geförderten Kulturinstitutionen ist möglich.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
264	HiB	41	<p>B: Entwicklung Fordertöpfe für inklusive Kulturveranstaltungen Urbane Kultur stärken, Mittel zur Verfügung stellen</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Soweit bereits bisher für inklusive Kulturveranstaltungen Projektanträge gestellt werden, waren diese von der Rahmenrichtlinie Zuwendungen abgedeckt. Das Kulturamt förderte diese aus dem Projektfördertopf oder dem KulturLabHD.</p>		25.000			50.000	
265	Grüne	41	<p>B: Fördertopf für inklusive Kulturveranstaltungen entwickeln</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 264</p>		20.000			50.000	
266	SPD	41	<p>Hiermit soll eine schrittweise Operationalisierung des</p> <p>B: Konzeptes zur Stärkung der Heidelberger Literaturszene ab 2024 erreicht werden.</p> <p>Z: PG 26.20 / 28.10. Ziel 1 S.9</p> <p>M: M6 NEU: Entwicklung eines Konzepts für die Literaturscouts sowie zur Umsetzung des Konzepts Mehr Literatur wagen</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Sowohl das Projekt „Literaturscouts“ als auch die unter dem Titel „Mehr Literatur wagen“ zusammen gefassten Projekte sind im Literaturförderkonzept des Kulturamts enthalten. Teil des Literaturförderkonzepts ist eine zeitliche Planung und Priorisierung der Umsetzung dieser Projekte mit Angabe der dafür erforderlichen Mittel in der Staffelung eines Sechsjahresplans. Sofern diese Mittel bereit gestellt werden, können die Projekte realisiert werden.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
267	SPD	41	B:	Schaffung eines transparenten Förderkriteriumskatalogs						
			Z:	PG 26.20 / 28.10 Ziel 4 S.9						
			M:	M2 NEU Wiederaufnahme der Konzeptionierung der Kulturförderleitlinien auch unter Einbeziehung der SDGs als Förderkriterium						
			Anmerkung der Verwaltung: Eine Wiederaufnahme eines partizipativ angelegten und vom Kulturamt koordinierten Prozesses zur Aufstellung erster Leitlinien zur Kulturförderung in Heidelberg wäre sinnvoll, jedoch so aufwändig, dass sie nicht zusätzlich zum laufenden Arbeitspensum geleistet werden könnte. Diese Aufgabe würde eine Personalmehrung voraussetzen. Benötigt würde eine zusätzliche Stelle einer/s KulturmanagerIn (TVÖD 13) sowie zusätzliche Personalmittel in Höhe von jährlich 90.000 €, die oder der den gesamten Prozess unter Einbeziehung aller ZuschussempfängerInnen und jener, die in die Bezuschussung aufgenommen werden wollen bzw. sollen, koordiniert, im Vorfeld Kontakt zu allen Beteiligungskreisen aufnimmt, alle zu Beteiligende persönlich erfasst und die Partizipation steuert.							
268	SPD	41	Kürzung Ansatz Büro- und EDV-Ausstattung							
			B:	Reduktion Adressmanagementsystems bzw. schieben wenn Haushaltslage besser.						
			Anmerkung der Verwaltung:							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
			Das Adressmanagementsystem wird bereits in zwei Ämtern der Stadtverwaltung Heidelberg eingesetzt. Eine parallele Nutzung des Systems auch durch das Kulturamt hätte synergetische Effekte. Jedes Amt muss seine Lizenzen und Schulungen selbst bezahlen. Daher sind diese Mittel erforderlich. Das Adressmanagementsystem bietet auch amtsintern erhebliche Vorteile für ein zeitgemäß vernetztes Arbeiten und wird vom gesamten Team des Kulturamts wegen der damit zu erwartenden operationalen Verbesserungen gewünscht.						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
269	FDP	TH LT	<p>Zur weiteren Beratung dieses Projektes hätten wir gerne die Erläuterung der Personalaufwendungen, der internen Leistungen und der Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen für die Literaturtage</p> <p>B:</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Das Personal setzt sich zusammen aus der Künstlerischen Leitung, der Produktions- und Verwaltungsleitung und der gemeinsamen Assistenz, einer Verwaltungskraft und einen Veranstaltungstechniker. Die wesentlichen Positionen bei den Sachaufwendungen entfallen auf Künstlerhonorare Übersetzungshonorare, technische Infrastruktur sowie Maßnahmen zur Bekanntmachung des Festivals; 2023 wurden einmalig 20 T€ für die Neugestaltung des Auftritts für die nächsten 10 Jahre eingeplant. Bei den internen Leistungen handelt es sich um Leistungen, die die Querschnittsverwaltung erbringt und die kostenmäßig auf alle Ämter verteilt werden.</p>						
270	Bunte Linke	TH LT	<p>Kürzung des Budgets zur Finanzierung sonstiger Literaturprojekte im Jahr 2023 und 2024.</p> <p>B:</p> <p>Kürzung der Anzahl der Veranstaltungen auf die Hälfte.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Das Festival wurde grundsätzlich analog zu den letzten Jahren kalkuliert. Die bezifferten Kosten sind sachlich notwendig, wirtschaftlich und erforderlich, um das Festival auch weiterhin so professionell wie in den letzten Jahren auszurichten. Die vorgeschlagene Kürzung würde eine Umsetzung des Festivals nicht mehr ermöglichen. Auch Preissteigerungen und höhere Verwaltungskosten müssen berücksichtigt werden.</p>					-285.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
271	SPD	46, S. 4	B:	Erhöhung des Ansatzes Miete und Pachten					10.000	
			Z:	Qualitätssicherung						
			M:	Maßnahme NEU: Schaffung dezentrales Angebot im Stadtteil Pfaffengrund im Gemeindehaus der evangelischen Kirche Einstellen Fußnote: Mittelleinstellung nur, wenn Jahresübertrag nicht ausreicht.						
				Anmerkung der Verwaltung: Die Musik- und Singschule benötigt Unterrichtsräume im Westen Heidelbergs. Die Einrichtung eines neuen Unterrichtsortes im Pfaffengrund hätte gute Chancen, angenommen zu werden. Der hierfür notwendige Mittelmehrbedarf kann aus dem Jahresübertrag finanziert werden.						
272	Grüne	50	B:	Die Verwaltung entwickelt bis zu den Haushaltsberatungen 2025/2026 unter Einbeziehung der Sozialverbände eine Umsetzungskonzeption für ein Modellprojekt „Housing First“ in Heidelberg					50.000	
			Anmerkung der Verwaltung: „Housing First“ kann ein interessanter Ansatz und eine sinnvolle Ergänzung zu bereits bestehenden Angeboten der Wohnungslosenhilfe sein. Voraussetzung für jedes Angebot ist, wie die Beispiele in Köln und Stuttgart zeigen, dass hierfür ein Wohnungskontingent zur freien Verfügung steht.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
273	Linke	50	B:	Erstellung eines Konzeptes für „Housing First“-Projekte bis Ende 2023, um wohnungslosen Menschen unbürokratisch und direkt zu helfen						
			Z:	Wohnungslosigkeit bekämpfen						
			M:	Stadt erstellt Konzept						
			Anmerkung der Verwaltung: siehe Stellungnahme zu Antrag 272							
274	Grüne	50	B:	Beitritt zum „Globalen Netzwerk der WHO für altersfreundliche Städte und Gemeinden“						
			Anmerkung der Verwaltung: Grundsätzlich ist die Prüfung eines Beitritts denkbar. Da der Ansatz aber sehr umfassend ist und viele Bereiche der Verwaltung – oder sogar darüber hinaus – tangiert, wie z. B. Verkehr und Mobilität, altersgerechtes Wohnen, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, ist dies eine übergeordnete Fragestellung.							
275	Grüne	50	B:	Mehr Miteinander in der Stadt von Morgen! Mehr Partizipation und mehr Berücksichtigung von verschiedenen Bedürfnissen gehören zu einer aktiven, zukunftsorientierten Stadt						
			Z:	Weiterentwicklung ausgewählter Seniorenzentren zu Stadtteil- und Familienzentren						
			M:	Erstellung eines Konzeptes unter Einbeziehung aller Akteur*innen						
			Anmerkung der Verwaltung: Aufgrund der Personal- und Raumkapazitäten in den bestehenden Seniorenzentren ist es nicht möglich, diese zu Stadtteil- und Familienzentren auszubauen. Gleichwohl könnte ein erster Versuch eines Stadtteil- und Familienzentrums auf den Konversionsflächen erfolgen. Die ersten konzeptionellen Überlegungen der Ämter 50, 51 und 40 fließen bereits in die Planungen für PHV ein.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
276	Grüne	50	<p>B: Digitalisierung und Internetzugang in Pflegeeinrichtungen und Wohnheimen voranbringen und niederschwellige Beratung für ältere Menschen anbieten</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Alle Pflege- und Wohnheime in der Stadt werden von freien Trägern betrieben. Digitalisierung und Internetzugang liegen in deren Hand. In allen elf von der Stadt geförderten Seniorenzentren findet bereits eine niedrigschwellige Beratung älterer Menschen statt. Internetzugang ist über „Heidelberg4you“ vorhanden.</p>						
277	CDU	50	<p>B: Unterstützungsstelle Beirat Menschen mit Behinderungen. Aufstockung der Personalstelle</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Der bmb wird bei der Durchführung seiner Projekte und der Umsetzung seiner Ziele im praktisch-operativen Bereich mit maximal 16 Wochenstunden durch das Büro für Inklusion beim VbI unterstützt. Dies ist erforderlich, da es vielen bmb-Mitgliedern behinderungsbedingt nicht immer möglich ist, im Rahmen ihres ehrenamtlichen Engagements allen anfallenden Aufgaben gerecht zu werden. Die erforderliche Stundenzahl wird monatlich spitz abgerechnet und finanziert aus dem bmb-Budget in Höhe von derzeit jährlich 65.000 €. Mit zusätzlich 10.000 € im Jahr könnte sich der bmb wöchentlich rund 4,5 weitere Wochenstunden beim VbI "einkaufen". Ein zusätzlicher Bedarf wurde durch den bmb geltend gemacht.</p>		5.000			10.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
278	SPD	50	B: Pilotprojekt über 1,5 Jahre, um Teilhabe am kulturellen Leben zu ermöglichen. Berechnungsgrundlage: eine Veranstaltung pro Woche für 100 Nutzer*innen (vgl. 0228/2022/IV)		80.000			230.000	
			M: Taxigutscheine für Menschen mit Behinderungen mit Orientierung am Karlsruher Modell; vor allem Schwerbehinderte mit aG, BI und Pflegegrad 3 - 5 bzw. Menschen, denen es aufgrund ihrer Behinderung nicht möglich ist, den ÖPNV zu nutzen.						
			Anmerkung der Verwaltung: Zusätzlich zu den Taxikosten sind bei einer wie in der Vorlage (0228/2022/IV) vorgeschlagenen Kopplung an den Heidelberg-Pass Personal- und Sachkosten für die Umsetzung des Projektes zu veranschlagen. Erforderlich sind eine zusätzliche halbe Planstelle (0,5 VZÄ) und zusätzliche Personalmittel von geschätzt 30.000 Euro.						
279	CDU	50	B: Taxi-Gutscheine für Menschen mit Behinderung		70.000			140.000	
			Anmerkung der Verwaltung: siehe Stellungnahme zu Antrag 278						
280	Grüne	50	B: Kinderbetreuung bei Sprachkursen für Geflüchtete		9.000			36.000	
			Anmerkung der Verwaltung:						
281	Grüne	50	B: Erhöhung Stelle SKM FrauenRaum um 1/4 VZÄ		7.500			15.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Für die Schaffung eines 0,25 VZÄ sind für Personal-, Sach- und Gemeinkosten pro Jahr rund 20.000 € zu veranschlagen. Entsprechend könnte die Stelle beim SKM mit 15.000 € nur um rd. 0,2 VZÄ erhöht werden.						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
282	Grüne	50	<p>B: psychosoziale Beratungsangebote Bürgerzentren – „aufsuchende Hilfe“ (1 VZÄ)</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Insgesamt ist das Beratungsangebot in Heidelberg bereits gut ausgebaut. Dem Antrag ist nicht zu entnehmen, welches Angebot hier konkret ausgebaut werden soll – psychosoziale Beratung gibt es in ganz unterschiedlichen Themenfeldern und Lebensphasen (Familien, Kinder, Frauen, Schwangere, Sucht, Klinik etc.).</p>					60.000	
283	Grüne	50	<p>B: Erhöhung Zuschuss Suchtberatungsstellen für 2024</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Die 3 Heidelberger Suchtberatungsstellen verfügen insgesamt über 8,25 geförderte Fachkraftstellen: BW LV / Fachstelle Sucht: 4,25 Stellen AGJ / Suchtberatung Heidelberg: 2 Stellen Ev. Stadtmission / Blaues Kreuz: 2 Stellen Eine Erhöhung der Förderung um 60.000 € würde eine Aufstockung um 7.270 € pro Fachkraftstelle bedeuten. Das geht über den Antrag der Suchtberatungsstellen für 2024 hinaus; hier waren 5.000 € pro Fachkraftstelle beantragt.</p>					60.000	
284	CDU	50	<p>B: Erhöhung Zuschuss Suchtberatungsstelle Blaues Kreuz</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Stellungnahme zu Antrag 283</p>		60.000			60.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
284 a	SPD	50, S.26	Die kommunale Förderung pro Fachkraft soll auf 60.000 € erhöht werden. Die Finanzierung soll über den Fördertopf			14.540			14.540	
			B: Kostensteigerungen Zuschussempfänger*innen (Vgl. Antrag 18) erfolgen. Die Verwaltung wird gebeten, die voraussichtlichen Mehrkosten darzulegen							
			Z: PG 32.10 hier: Transferaufwendungen Institutionelle Förderung - Blaues Kreuz Suchtberatung							
			M: Zuschusserhöhung							
			Anmerkung der Verwaltung:							
284 b	SPD	50, S.26	Die kommunale Förderung pro Fachkraft soll auf 60.000 € erhöht werden. Die Finanzierung soll über den Fördertopf			14.540			14.540	
			B: Kostensteigerungen Zuschussempfänger*innen (Vgl. Antrag 18) erfolgen. Die Verwaltung wird gebeten, die voraussichtlichen Mehrkosten darzulegen							
			Z: PG 32.10 hier: Transferaufwendungen Institutionelle Förderung - AGJ Freiburg Suchtberatung							
			M: Zuschusserhöhung							
			Anmerkung der Verwaltung:							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
284 c	SPD	50, S.26	<p>Die kommunale Förderung pro Fachkraft soll auf 60.000 € erhöht werden. Die Finanzierung soll über den Fördertopf</p> <p>B: Kostensteigerungen Zuschussempfänger*innen (Vgl. Antrag 18) erfolgen. Die Verwaltung wird gebeten, die voraussichtlichen Mehrkosten darzulegen</p> <p>Z: PG 32.10 hier: Transferaufwendungen Institutionelle Förderung - BW LV Suchtberatung</p> <p>M: Zuschusserhöhung</p> <p>Anmerkung der Verwaltung:</p>		30.898			30.898	
285	CDU	50	<p>B: Erhöhung Zuschuss Bahnhofsmision</p> <p>Anmerkung der Verwaltung:</p> <p>Als Zuschuss für die Bahnhofsmision unter gemeinsamer Trägerschaft von Caritas und Stadtmision ist im HH-Jahr 2023 ein Betrag von 24.440 € und im HH-Jahr 2024 ein Betrag von 25.060 € veranschlagt.</p> <p>Eine Erhöhung des Zuschusses ist vorgesehen nach Umzug der Bahnhofsmision in größere Räume anlässlich des Umbaus des Bahnhofes.</p>		40.000			40.000	
286	HiB	50	<p>B: Erhöhung Zuschuss Bahnhofsmision</p> <p>Anmerkung der Verwaltung:</p> <p>siehe Stellungnahme zu Antrag 285</p>		30.000			30.000	
287	Grüne	50	<p>B: Erhöhung Zuschuss Bahnhofsmision</p> <p>Anmerkung der Verwaltung:</p> <p>siehe Stellungnahme zu Antrag 285</p>		20.000			20.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
287 a	SPD	50, S. 20	<p>B: Zuschusserhöhung für die Verbraucherzentrale zum Ausgleich gestiegener Mietkosten in den seit März 2023 bezogenen Räumlichkeiten - Finanzierung über den Fördertopf Kostensteigerung Zuschussempfänger*innen (Vgl. Antrag 18)</p> <p>Z: Transferaufwendungen</p> <p>M: Zuschusserhöhung Verbraucherberatung</p> <p>Anmerkung der Verwaltung:</p>		1.500			1.250	
288	Linke	51	<p>B: Schüler*innen unterstützen, Schulklima verbessern: Schulsozialarbeit auf 100 % an allen Schulen aufstocken</p> <p>Anmerkung der Verwaltung:</p> <p>Der Schwerpunkt bei der Ausweitung der Schulsozialarbeit um 6 Vollzeitstellen laut Verwaltungsvorschlag (DS 0096/2023/BV) liegt insbesondere auf Grund- und Gemeinschafts- bzw. Realschulen. Damit kann - auch unter Berücksichtigung des Fachkräftemangels - flexibel auf dringlichste Bedarfe reagiert werden.</p> <p>Die hier beantragte Aufstockung auf mindestens 1 Vollzeitstelle an allen Schulen führt zu einem Mehrbedarf von weiteren 8,5 Stellen à ca. 82.000 Euro und damit zu Mehrausgaben i. H. v. 697.000 Euro in 2024.</p>						
289	FDP	51	<p>Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Schulsozialarbeiter zur Gleichstellung der Schulsozialarbeit an Gymnasien,</p> <p>B: Realschulen und beruflichen Schulen, aufgrund des erhöhten Bedarfs von Sozialarbeit an beruflichen Schulen durch Flüchtlinge aus der Ukraine etc.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung:</p> <p>Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 288</p> <p>Die hier beantragte Erhöhung der Schulsozialarbeit an den beruflichen Schulen sowie den Gymnasien auf das Niveau der Realschulen (1,5 Stellen) führt zu einem Mehrbedarf in Höhe von 5,75 Vollzeitstellen a ca. 82.000 Euro und damit zu Mehrausgaben i. H. v. 471.500 Euro in 2024.</p>		?			?	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
290	SPD	51	<p>B: Ausbau Schulsozialarbeit mindestens auf eine Stelle an jeder beruflichen Schule. Auch an beruflichen Schulen gibt es Beratungsbedarf u.a. im Hinblick auf Missbrauchsprävention und Corona-Folgen. Die Verwaltung wird gebeten, entsprechende Zahlen bis zum nächsten Haupt- und Finanzausschuss bereitzustellen.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 288 Der hier beantragte Ausbau an allen beruflichen Schulen auf eine Vollzeitstelle führt insgesamt zu einem Mehrbedarf von 1 Vollzeitstelle und Mehrausgaben i. H. v. rund 82.000 Euro in 2024. Die gewünschten Kennzahlen liegen aktuell noch nicht vor, es könnte hierüber aber bei der bereits zugesagten Vorstellung der Schulsozialarbeit im Jugendhilfeausschuss berichtet werden.</p>						
291	CDU	51	<p>B: Schulsozialarbeit: Erhöhung von 75% auf 100% an berufliche Schulen</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 290</p>		12.500			25.000	
292	HiB	51	<p>Ferienangeboten von Vereinen: Kinder- und Jugendcircus Peperoni e.V.: Zirkuszelt und Zirkustrainingshalle; Zuschuss für Logistik</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Dem Träger stehen aktuell umfangreiche Trainings- und Auftrittsmöglichkeiten im Haus am Harbigweg zur Verfügung. Vor einer Ausweitung des Angebotes sollte der Träger ein Konzept vorlegen. Erst wenn erkennbar ist, in welchem Umfang laufende und investive Kosten für die geplante Angebotsausweitung anfallen, ist eine Entscheidung über eine zusätzlich Unterstützung möglich.</p>		80.000			80.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
293	Linke	51	<p>Kulturelle Angebote für Kinder stärken: temporäres Zelt B: im Sommer für Kinderprogramm des Kinder- und Jugendcircus Peperoni e.V.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 292</p>		80.000				
294	SPD	51	<p>Circus Peperoni - Installation fest installierbares B: Zirkuszelt und Zirkus-Trainingshalle u.a. für Zeltissimo Gelände. Dazu einmaliger Zuschuss für Logistik in 2024</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 292</p>					80.000	
295	CDU	51	<p>B: Zirkus Peperoni</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 292</p>					80.000	
296	Grüne	51	<p>B: Bereitstellen einer Zelt-Infrastruktur für Ferienangebote von Vereinen (z.B. Circus Peperoni)</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 292</p>						
297	Grüne	51	<p>B: Erhöhung Zuschuss Kulturfenster (Spielmobil & Kindertheaterfestival)</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Außer im Zeitraum der Coronapandemie konnte das Kindertheaterfestival bisher kostendeckend durchgeführt werden. Falls der Träger einen Wegfall der Landesförderung für das Spielmobil nicht aus seinen Rücklagen finanzieren kann, müsste der Zuschuss im Rahmen des Haushaltsvollzugs entsprechend aufgestockt werden.</p>		15.000			15.000	
298	Grüne	51	<p>B: Erhöhung Zuschuss Elternberatung an Kitas</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Der Haushaltsansatz sieht bereits eine jährliche Erhöhung um 10.000 Euro vor. Dies ist aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre ausreichend, um alle Bedarfe abdecken zu können.</p>		10.000			20.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
299	Grüne	51	B:	Inklusion						
			Z:	Teilhabe von Kindern mit Behinderung an Bildung und Freizeit möglich machen						
			M:	Inklusion in Kitas vorantreiben durch Fachberatung, Unterstützung bei der Raumausstattung und Eröffnung von Schwerpunkt-Kitas						
			Anmerkung der Verwaltung: Ferienpassangebot findet bereits in Kooperation mit der Lebenshilfe statt.							
300	Grüne	51	B:	Inklusion						
			Z:	Teilhabe von Kindern mit Behinderung an Bildung und Freizeit möglich machen						
			M:	Konzept für Nachmittags- und Ferienbetreuung für Kinder mit Behinderung						
			Anmerkung der Verwaltung: Zur Koordination Inklusion wird mit dem Haushalt 2023/2024 eine Halbtagsstelle in Entgeltgruppe 10 TVöD geschaffen. Nach einer ersten Analysephase und der Initiierung und Implementierung eines Netzwerkes erfolgt eine kontinuierliche Berichterstattung in den jeweiligen Gremien. Konkrete Maßnahmen ergeben sich nach der Analysephase.							
301	HiB	51	B:	Mehr Inklusion in Kitas: Konzept für Nachmittags- und Ferienberatungen für Kinder mit Behinderung						
			Z:	Mehr Inklusion in Kitas						
			M:	Mittelerhöhung. Konzept für Nachmittags- und Ferienberatungen für Kinder mit Behinderung						
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 300							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)			finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
						Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
302	Linke	51	Heidelberg schließt sich dem Projekt „Wickelboards“ an								
			B: - als Modellstadt an öffentlich einzurichtenden Wickelplätzen für Babys								
			Z: Familienfreundlichkeit fördern								
			M: Stadt startet Projekt: https://wickelboards.de								
Anmerkung der Verwaltung: Laut der genannten Interseite handelt es sich um ein kommerzielles Startup Unternehmen, die Wickeltische für den Außenbereich zum Kauf oder zum Mieten anbieten. In Heidelberg finden sich in öffentlichen Räumen ausreichend individuelle Lösungen (u.a. in den ausgewiesenen Still- und Wickelpunkte der Stadt), die den Schutz der Säuglinge beim Wickeln und deren Sicherheit gewährleisten (siehe hierzu https://www.familie-heidelberg.de/familien/still-wickelpunkte/still-wickelpunkte-nach-stadtteilen/).											
303	HiB	51	Kinder im Alter von 0-6 Jahren sollen 17-19 Uhr in den								
			B: Kindertagesstätten und -gärten der Stadt betreut werden.								
			Z: Entlastung von Alleinerziehenden, Familien und Eltern. Förderung der Kinder und Förderung der Beschäftigungsmöglichkeiten von Eltern und Alleinerziehenden. Armutsbekämpfung								
			M: Erhöhung der Personal- und Versorgungsaufwendungen								
Anmerkung der Verwaltung: Es gibt stadtweit sowohl Betreuungsangebote mit sehr frühen als auch Angebote mit sehr späten Öffnungszeiten. Diese Plätze sind nicht ausgebucht. Einzelne darüberhinausgehende Betreuungsbedarfe können durch den Einsatz einer Tagespflegeperson abgedeckt werden (Ausweitung der Randzeitenbetreuung Tagespflege DS 0101/2023/BV). Weiterhin ist der Fachkräftemangel zu beachten.											

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
304	Linke	51	B:	Einrichtung von städtischen Stipendien für Azubis in Erziehungsberufen						
			Z:	Mehr Erzieher*innen ausbilden und an HD binden, Fachkräftemangel entgegenwirken						
			M:	Stadt startet Pilotprojekt (siehe Stuttgart)						
			Anmerkung der Verwaltung: Werden die gleichen Konditionen wie in Stuttgart (200€ je Monat je Azubi) zugrundegelegt, so ergibt sich unter der Annahme von 100 Azubis je Haushaltsjahr (da parallel 2 Jahrgänge in Fachschule) ein jährlicher Mittelbedarf i. H. v. 240.000 Euro. Alternativ zum Besuch der Fachschule gibt es noch die praxisintegrierte Ausbildung, die dual erfolgt und in deren Rahmen man eine Ausbildungsvergütung erhält.							
304 a	SPD	51, S.10	B:	Die Unzufriedenheit in der Elternschaft und der Beschäftigten in den städtischen KiTas nimmt zu - Mit der Zufriedenheitsanalyse sollen die derzeitigen Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den städtischen Kitas evaluiert werden und auf dieser Basis mögliche Verbesserungen diskutiert werden.						
			Z:	PG 36.50 Ziel 2 NEU "Monitoring der Arbeitsbedingungen der Erzieher*innen in städtischen KiTas"						
			M:	M1 NEU: Zufriedenheitsanalyse der Beschäftigten in den städtischen KiTas und ggf. darauf basierend Herausstellung möglicher Optimierungspotentiale. Vorlage bis Ende Q1/2024.						
			Anmerkung der Verwaltung:							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
305	CDU	52	B:	Bewerbung Etappe Deutschlandtour		25.000				
			Anmerkung der Verwaltung: Die Bewerbung zur Ausrichtung einer Etappe der Deutschlandtour 2024 ist bereits eingereicht worden. In 2023 sind keine Mittel erforderlich.							
306	SPD	52, FH	B:	Mit der Errichtung eines Kunstrasenplatzes soll ein ganzjähriges Training im Freien ermöglicht werden					50.000	
			Z:	P 42.41.02						
			M:	M2 ergänzen: Heidelberger Turnverein - Errichtung Kunstrasenplatz - Einstellung eines Planansatzes						
			Anmerkung der Verwaltung: Der Heidelberger Turnverein ist bereit, die Maßnahme eigenständig zu realisieren. Daher wäre eine Planungsrate für die Verwaltung nicht besonders sinnvoll. Möglicherweise wäre es vorteilhafter, dem Verein einen Zuschuss zur Bestimmung der genauen Baukosten zu gewähren. Somit wäre eine kostensichere Ansatzbildung im Haushalt 2025/2026 möglich. Die letzte bekannte Kostenschätzung aus dem Jahr 2022 lag bei ca. 1,5 Mio. €.							
307	HiB	52	B:	Der HTV wartet seit fünf Jahren darauf, dass die Stadt die Finanzierung eines neuen, dringend benötigten Kunstrasenplatzes in den Haushalt aufnimmt						
			Z:	Bau eines CO2-neutralen Kunstrasenplatzes						
			M:	Planungsmittel und Konzepterstellung						
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme zu Antrag Nr. 306							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
308	CDU	52	<p>B: Kunstrasen HTV; Maßnahme siehe Erhöhung Sportförderungsprogramm</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme zu Antrag Nr. 306</p>						
309	CDU	52	<p>B: Sportförderungsprogramm</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Eine Erhöhung der Sportfördermittel ist grundsätzlich denkbar, aber in der genannten Höhe unter Berücksichtigung der bestehenden Regelungen derzeit noch nicht umsetzbar. Diese müssten im Nachgang entsprechend angepasst werden. Die Vorlage zum Sportförderprogramm wird mit dem Haushalt beraten.</p>		500.000			500.000	
310	SPD	52, FH	<p>Der Sportplatz auf dem Köpfel ist einem stark renovierungsbedürftigen Zustand. Vor diesem Hintergrund ist dies zügig anzugehen und wir befürworten die Einstellung eines entsprechenden Planansatzes</p> <p>Z: P 42.41.02</p> <p>M: M 2 ergänzen: Generalsanierung Sportplatz Köpfel - Einstellung eines Planungsansatzes</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Die DJK/FC Ziegellhausen ist bereit, die Maßnahme eigenständig zu realisieren. Daher wäre eine Planungsrate für die Verwaltung nicht besonders sinnvoll. Möglicherweise wäre es vorteilhafter, dem Verein einen Zuschuss zur Bestimmung der genauen Baukosten zu gewähren. Somit wäre eine kostensichere Ansatzbildung im Haushalt 2025/2026 möglich.</p>					50.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
311	Grüne	52	Z:	Ziel: Teilhabe von Kindern mit Behinderung an Bildung und Freizeit möglich machen						
			M:	Inklusive Angebote in Sportvereinen auf die Agenda setzen						
			Anmerkung der Verwaltung: In Kooperation mit dem Sportkreis Heidelberg nimmt das Amt für Sport und Gesundheitsförderung Kontakt zu den Heidelberger Vereinen auf und regt sie an, geeignete inklusive Angebote zu entwickeln. Das aktuelle Sportförderungsprogramm sieht bereits spezielle Unterstützung für Vereine vor, die sich ausschließlich dem Behindertensport widmen. Im nächsten Sportförderungsprogramm sollen zusätzliche Fördermöglichkeiten für inklusive Sportangebote aufgenommen werden.							
312	Grüne	52	Z:	Suche nach alternativen Sport- und Bewegungsflächen/-räumen in allen Stadtteilen zur Entlastung der normgerechten Übungs- und Wettkampfflächen (TH52 PC4210 Z2 M3)						
			Anmerkung der Verwaltung: Eine Ausweitung der Suche auf das gesamte Stadtgebiet macht Sinn und soll intensiviert werden.							
313	Grüne	52	Z:	Ziel: Ausweitung der Zusammenarbeit Stadt und Wissenschaft im Bereich Gesundheitsförderung und -prävention					25.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft kann intensiviert werden, in den Bereichen Gesundheitskompetenzen erwerben, entwickeln und fördern, Klimawandel und Gesundheit, gesundes, nachhaltiges Trinkverhalten im Kindergartenalter sowie in der Gesamtbevölkerung im Rahmen von Wasserquartieren zu fördern.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024			
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
314	SPD	61	B:	Mit der Aufnahme der 11 ursprünglich zurückgestellten Stellen im Hochbau- und Stadtplanungsamt, soll vor allem die Bewirtschaftung der Investitionsmittel für Schulen sowie stadteentwicklerische Planungen wie Quartiersmanagements ermöglicht und damit der sich über die Jahre angehäufte Investitionsstau abgebaut werden.							
				Z:							Stellenplan S. 91ff.
				M:							Die 11 zurückgestellten Stellen im Dezernat II (8 im Hochbauamt und 3 im Stadtplanungsamt) werden in den Stellenplan aufgenommen. Zudem wird noch eine Stelle im Amt für Baurecht und Denkmalschutz eingestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Deckungskonzept vorzuschlagen Die zusätzliche Stelle wird über die Einsparung des Personalansatzes Stabsstelle Kulturhauptstadt gedeckt.
			Anmerkung der Verwaltung:								
			<p>Zu Amt 61: Bei den drei zurückgestellten Anträgen handelt es sich um zwei Planerstellen und eine Zeichnerstelle. Zwischenzeitlich wurden die Anträge geprüft. Die Bedarfe für die zwei Planerstellen und eine Zeichnerstelle wurden im Hinblick auf die Umsetzung der im Haushaltsentwurf abgebildeten Maßnahmen bejaht. Aus Sicht der Verwaltung wird daher die Schaffung von drei zusätzlichen Stellen beim Stadtplanungsamt grundsätzlich befürwortet.</p> <p>Zur Stellenschaffung bedürfte es in 2023 für Planen 7.000 € + 18.000 € und für Zeichnen 10.000 € (insg. 35.000 €) sowie in 2024 für Planen 85.000 € + 86.000 € und für Zeichnen 36.000 € (insg. 207.000 €) Personalaufwand.</p>								

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
315	CDU	61	B:	Stadtplanungsamt (zusätzliche Personalmittel 2 Stellen), Konversionsflächen, INF Umsetzung		100.000			200.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe auch Anmerkung zu Antrag Nr. 314							
316	SPD	61	B:	Aufbau eigener Kompetenzen - Finanzierung über die ab 2024 eingesparten Mittel für Büro Imorde					70.000	
			M:	Stellenaufstockung für Projekt- und Prozessmanagement u.a. Masterplan Im Neuenheimer Feld						
			Anmerkung der Verwaltung: Eine Stellenschaffung für eine Projektsteuerung wird befürwortet, sie ist nicht nur für die Umsetzung des Masterplans Im Neuenheimer Feld sinnvoll, sondern auch für weitere Projekte des Stadtplanungsamtes (z. B. SRH-Campus, Bebauungspläne an der Kurfürsten-Anlage). Die Aufgaben des Büro Imorde wird durch eine Projektsteuerstelle allerdings nicht vollständig ersetzt .							
317	SPD	61	B:	Das Projekt- und Prozessmanagement für die Umsetzung des Masterplans Im Neuenheimer Feld					-100.000	
			M:	Mittel Imorde steichen ab 2024						
			Anmerkung der Verwaltung: Eine Streichung der Mittel für das Büro Imorde würde dem beantragten Bericht und der folgenden Entscheidung des Gemeinderates vorgehen. (vgl. Ds Nr. 009/2023/BV). Für das Jahr 2024 waren 80.000 Euro vorgesehen. Der zur Streichung vorgeschlagene Betrag wäre zu hoch. Die Leistung des Büros wäre durch eine Projektsteuerstelle nicht vollständig zu ersetzen .							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
318	SPD	61	B:	Kein Geld eingestellt, des SPD-Fraktion die Einstellung von 3 zurückgestellten Stellen in AMT 61 beantragt hat						
			Z:	P 51.10.02 - 51.10.05 Ziel 2						
			M:	M29 NEU: Überarbeitung Bebauungsplan Pfaffengrund zur Schaffung preiswerten Wohnraums						
			Anmerkung der Verwaltung: Eine Machbarkeitsstudie wäre der erste Schritt. Hierfür wären in 2024 Mittel im Umfang von 50.000 Euro zur Beauftragung eines Büros erforderlich.							
319	Bunte Linke	61	B:	Weststadt, Wilhelmsplatz: Planungsmittel für LPH 1-2 HOAI stehen bereit, konkrete Maßnahme M13 ergänzen						
			Z:	Produkt 51.10, Ziel 4: Konzepte zur Platz- und Straßenraumgestaltung						
			M:	M 13: funktionale, klimaresiliente und stadtgestalterische Modernisierung/Platzertüchtigung unter Einbeziehung von Anwohnern und Nutzergruppen: Pilotprojekt Wilhelmsplatz						
			Anmerkung der Verwaltung: Mit der Bearbeitung wurde in 2023 begonnen. Die Planung bis Leistungsphase 2 erfolgt durch Amt 61 in Eigenleistung. Für eine Bearbeitung bis Leistungsphase 3 wären im TH 61 in 2024 Planungsmittel im Umfang von 60.000 Euro erforderlich.							
320	Bunte Linke	61	B:	Weststadt, Wilhelmsplatz: Planungs- und Umsetzungsmittel nach LPH 2 ab 2024 ff					60.000	1.200.000
			Anmerkung der Verwaltung: siehe Anmerkung zu Antrag Nr. 319							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
321	FDP	61	B:	Verbesserung der baulichen Situation des Wilhelmsplatzes als zentraler Kommunikationsort des Stadtteiles.		60.000				
			Z:	Bereitstellung Planungsmittel Wilhelmplatz						
			M:	Einstellung von 60 000€ zur Planung einer Erneuerung des Wilhelmplatzes						
			Anmerkung der Verwaltung: siehe Anmerkung zu Antrag Nr. 319							
322	SPD	61	B:	Die bauliche Substanz des Wilhelmsplatzes ist erneuerungsbedürftig. Die betrifft insb. Die Randstreifen sowie die Infrastruktur für Veranstaltungen auf dem Platz (Stadtteulfeste, Konzerte, Kulturmarkt etc.). Gleichzeitig sind Maßnahmen erforderlich, um die Bäume dauerhaft zu erhalten, die Klimaqualität zu verbessern und den Platz weiter zu begrünen.				60.000		
			Z:	OASIS, Stadtbegrünung, Grün- und Parkanlagen, Plätze / Toilettenanlagen im Stadtgebiet						
			M:	Aufwertung Wilhelmsplatz						
			Anmerkung der Verwaltung: siehe Anmerkung zu Antrag Nr. 319							
323	HiB	61	B:	Planungs- und Umsetzungsmittel				60.000		
			Z:	Verbesserung der Aufenthaltsqualität des Wilhelmsplatzes						
			M:	Mittelerhöhung						
			Anmerkung der Verwaltung: siehe Anmerkung zu Antrag Nr. 319							
324	CDU	61	B:	Planungsmittel Aufwertung der Aufenthaltsqualität Wilhelmsplatzes (WSt.) Maßnahmenplanung (siehe auch TH 67 Umsetzung)		15.000		30.000		
			Anmerkung der Verwaltung: siehe Anmerkung zu Antrag Nr. 319							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
325	CDU	61	<p>B: Workshop Gestaltung Marktplatz Pfaffengrund</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: In Verbindung mit dem Antrag "Vorgehen für verschiedene Planungsentwürfe Stadtteilplätze", ist eine Auseinandersetzung mit dem Marktplatz Pfaffengrund folgerichtig. Ein Workshop kann das geeignete Instrument sein. Die Durchführung ist jedoch erst in 2024 realistisch, Mittel würden deshalb in 2024 benötigt.</p>		15.000				
326	CDU	61	<p>B: Schwetzingen Straße Verbesserung der Aufenthaltsqualität</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Eine Prüfung von Aufwertungsmaßnahmen wird beeinflusst von der Prüfung des zweigleisigen Ausbaus der Straßenbahn in der Schwetzingen Straße.</p>		25.000			75.000	
327	SPD	61	<p>B: Aufwertung des Stadtteils hinsichtlich der Aufenthaltsqualität weiter vorantreiben</p> <p>Z: 51.10.02- 51.10.05 / 51.10.09- 51.10.15, Ziel 4</p> <p>M: M 13 NEU: Freiraumentwicklung Bergheim: Spielplatz Bergheim-West und Aufwertung Alfons-Beil-Platz</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Eine Planung zum Alfons-Beil-Platz ist vorgesehen. Es sind Projektmittel im Umfang von 35.000 Euro in 2024 vorgesehen. Für Umsetzung sind in der Folge Mittel im TH 67 erforderlich</p>					50.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
328	Linke	61	B:	Aufstockung Mittel für Bauprojekt der muslimische Akademie		170.000				
			Z:	Bedarfsgerechte Finanzierung, kulturelle Vielfalt und interreligiösen Dialog stärken						
			M:	Stadt gleicht gestiegene Kosten aus						
			Anmerkung der Verwaltung: Das Bauprojekt im Entwicklungsgebiet Bahnstadt wurde von der IBA Heidelberg begleitet. Die Muslimische Akademie Heidelberg e.V. stellt ein bundesweites Leuchtturmprojekt der Demokratieförderung aus muslimischer und postmigrantischer Perspektive dar. Für den Hochbau wurde ein Wettbewerb ausgelobt.							
329	Grüne	61	M:	Zuschuss an die Muslimische Akademie für den Architekturwettbewerb ihres Baus in der Bahnstadt		150.000				
			Anmerkung der Verwaltung: siehe Anmerkung zu Antrag Nr. 328							
330	SPD	61	B:	Die Maßnahme soll nun weiterverfolgt und realisiert werden. Finanzierung über Haushaltsrest aus 2021 (Vgl. hierzu TH 61, S. 18 sowie Beschlusslage zu DS 0053/2022/IV)						
			Z:	P 51.10.01 Ziel 3						
			M:	M 4 neuer Spiegelstrich einfügen: Umsetzung Errichtung Liegewiese Ziegelhausen						
			Anmerkung der Verwaltung: Umsetzungsmaßnahmen haben in Federführung des Amtes 67 begonnen.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
332	SPD	63	<p>Mit der Aufnahme der 11 ursprünglich zurückgestellten Stellen im Hochbau- und Stadtplanungsamt, soll vor allem die Bewirtschaftung der Investitionsmittel für</p> <p>B: Schulen sowie stadtentwicklerische Planungen wie Quartiersmanagements ermöglicht und damit der sich über die Jahre angehäufte Investitionsstau abgebaut werden.</p> <p>Z: Stellenplan S. 91ff.</p> <p>M: Die 11 zurückgestellten Stellen im Dezernat II (8 im Hochbauamt und 3 im Stadtplanungsamt) werden in den Stellenplan aufgenommen. Zudem wird noch eine Stelle im Amt für Baurecht und Denkmalschutz eingestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Deckungskonzept vorzuschlagen Die zusätzliche Stelle wird über die Einsparung des Personalansatzes Stabsstelle Kulturhauptstadt gedeckt.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Zu der Thematik einer weiteren Stelle bei Amt 63 kann keine Aussage getroffen werden, da der Auftragshintergrund unklar ist.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
333	SPD	63	<p>Die Zweckentfremdungssatzung schreibt vor, was getan werden darf, jedoch gibt es keine Strafen bei</p> <p>B: Missachtung. Damit gegen Leerstand und Umnutzung von Wohnraum konsequent vorgegangen werden kann, müssen Geldstrafen eingeplant und eingezogen werden.</p> <p>Z: Referat für Finanzen, Liegenschaften und Konversion</p> <p>M: Zweckentfremdungsverbot mit Strafzahlungen versehen</p> <p>Anmerkung der Verwaltung:</p> <p>§ 12 der aktuell gültigen Zweckentfremdungsverbotssatzung regelt die Bestrafung bei Missachtung durch den Verweis auf die Regelungen im Landesgesetz. Das Gesetz sieht für Verstöße gegen das Leerstands- und Umnutzungsverbot eine Geldbuße bis zu 100.000 Euro vor. Seit Einführung des Zweckentfremdungsverbotess wurden von Amt 63 keine Strafzahlungen festgesetzt. Wir gehen davon aus, dass sich an dieser Situation zunächst keine wesentlichen Änderungen ergeben.</p>	100.000			200.000		

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
334	Grüne	63	Z: Heidelberg wird hürdenlos						
			M: M1: Gezielte Förderung des barrierefreien und lebenslangen Wohnens						
Anmerkung der Verwaltung: Programme für Schaffung von "barrierefreien Lebenslaufwohnungen" in Neubau und Bestand bestehen bereits.									
335	Grüne	63	Z: Erstellung kommunaler Stellplatzschlüssel						
			Anmerkung der Verwaltung: Ziel der Stellplatzsatzung soll es sein, die Stellplatzregelungen differenziert auf örtliche Gegebenheiten und kommunale Entwicklungsstrategien auszurichten. Daneben möchte die Stadt Heidelberg mit der Stellplatzsatzung einen Beitrag zur Förderung zukunftsfähiger und emissionsarmer Mobilität leisten. Das Amt für Baurecht und Denkmalschutz ist mit dem Personal- und Organisationsamt im Austausch über eine zeitnahe Stellenbesetzung.						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
336	Linke	65	B:	Reinigungskräfte bei der Stadt, den städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben wieder direkt bei der Stadt tariflich beschäftigen						
			Z:	Outsourcing beenden						
			<p>Anmerkung der Verwaltung:</p> <p>Eine direkte Beschäftigung der Reinigungskräfte als Angestellte der Stadt Heidelberg würde mit großen Kostensteigerungen einhergehen. Die Personalverwaltung und Aquise der Reinigungskräfte, die Koordination des Reinigungsbetriebs, die Anleitung der Reinigungskräfte wie auch die Beschaffung von Reinigungsmaschinen würde einen erheblichen sowohl personellen als auch finanziellen Aufwand erfordern.</p> <p>Bezüglich der Praxis der Vergabe der Reinigungsleistungen ist anzumerken, dass hierbei auch soziale und umweltbezogene Eigenschaften der Firmen herangezogen werden. In jedem Fall verpflichten sich die Reinigungsfirmen, die von ihnen eingesetzten Mitarbeitenden mindestens nach den geltenden tariflichen Bestimmungen im Gebäudereinigerhandwerk zu entlohnen und die Bestimmungen des geltenden Lohntarif-, Rahmentarif- und Mindestlohntarifvertrages für das Gebäudereinigerhandwerk aufgrund von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen einzuhalten. Demzufolge ist die tarifliche Bezahlung der Reinigungskräfte sichergestellt.</p> <p>Die Frage der Reinigungsorganisation bei städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben ist eine direkte Frage der Gesellschaften und Eigenbetriebe und nicht Inhalt der Antwort.</p>							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
337	Linke	65	B:	Schaffung von drei weiteren Planungsstellen für schulische Baumaßnahmen						
			Z:	Sanierungsstau und Verzögerungen bei baulichen Maßnahmen an Schulen entgegenwirken, Personal entlasten						
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anlage Nr. 03							
338	CDU	65	B:	Personalmittel (2,5 Stellen) Schulsanierung Bauunterhalt und Schulbaumaßnahmen - aufgrund des Ressourcenbedarfs in der Schulbaubedarfsliste.		100.000			200.000	
			Z:							
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anlage Nr. 03							
339	SPD	65, FH	B:	Hiermit soll Transparenz und Verlässlichkeit geschaffen werden, welche Projekte nun in diesem Topf realisiert werden sollen.						
			Z:	Investitionsprogramm S. 70, hier: Fachplanung Hochbauprojekte						
			M:	Einzelne Ausweisung der darin verorteten Projekte mit ihren Ansätzen						
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anlage Nr. 03							
340	HDer	65	B:	Der erste Schritt ist die Analyse des Gebäudezustands. Mit einem entsprechenden Planungstool können die anstehenden Sanierungen priorisiert und auch koordiniert werden.						
			Z:	Bessere Priorisierung und Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden						
			M:	Analyse des Gebäudezustands und Priorisierung der Maßnahmen unter Einbeziehung der beteiligten Ämter und Nutzergruppen						
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anlage Nr. 03							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
341	SPD	65	<p>Mit der Aufnahme der 11 ursprünglich zurückgestellten Stellen im Hochbau- und Stadtplanungsamt, soll vor allem die Bewirtschaftung der Investitionsmittel für</p> <p>B: Schulen sowie stadtentwicklerische Planungen wie Quartiersmanagements ermöglicht und damit der sich über die Jahre angehäufte Investitionsstau abgebaut werden.</p>						
			<p>Z: Stellenplan S. 91ff.</p>						
			<p>M: Die 11 zurückgestellten Stellen im Dezernat II (8 im Hochbauamt und 3 im Stadtplanungsamt) werden in den Stellenplan aufgenommen. Zudem wird noch eine Stelle im Amt für Baurecht und Denkmalschutz eingestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Deckungskonzept vorzuschlagen. Die zusätzliche Stelle wird über die Einsparung des Personalansatzes Stabsstelle Kulturhauptstadt gedeckt.</p>						
			<p>Anmerkung der Verwaltung:</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
			<p>Bei den zurückgestellten Anträgen handelt es sich um nachträglich eingegangene Anträge, die aufgrund der zeitlichen Fristen nicht mehr geprüft und in die verwaltungsinternen Beratungen eingebracht werden konnten oder um Anträge, die aufgrund fehlender Unterlagen oder zu klärender Punkte noch nicht abschließend beurteilt werden konnten.</p> <p><u>Amt 65:</u> Bei den 8 zurückgestellten Anträgen handelt es sich um 2 Architektenstellen, 2 Elektroingenieurstellen und 4 Stellen für die Kontrolle von Reinigungsleistungen. Zwischenzeitlich wurden die Anträge geprüft. Die Bedarfe für 2 zusätzliche Architekten (m/w/d), 2 zusätzliche Elektroingenieure (m/w/d) und 1 zusätzliche Fachkraft für die Kontrolle von Reinigungsleistungen wurden im Hinblick auf die Umsetzung der im Haushaltsentwurf abgebildeten Maßnahmen bejaht. Der Bereich Kontrolle von Reinigungsleistungen wurde kürzlich durch den Einsatz einer Krankheitsvertretung unterstützt und soll noch durch eine zusätzliche Person verstärkt werden. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten und soll nach einer gewissen Zeit evaluiert werden.</p> <p>Aus Sicht der Verwaltung wird daher die Schaffung von 5 zusätzlichen Stellen beim Hochbauamt grundsätzlich befürwortet. Kosten von 108.500 € in 2023 und 398.000 € in 2024. Abschließend kann an dieser Stelle noch darauf hingewiesen werden, dass wir in Bezug auf das Personal in der Bauunterhaltung in der Endphase einer externen Personalbemessung sind und wir auf Basis der Ergebnisse eine Umsetzungsstrategie erarbeiten werden.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
342	CDU	66	B:	Tiefbauamt zusätzliche Personalmittel (2 Stellen) für Straßenbau z.B. auch wegen Klimaneutral 2030		100.000			200.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Im Ingenieurbereich sind bisher 3 Stellenschaffungen vorgesehen, darunter für den Bereich Radverkehrsplanung sowie Stadt am Fluss. Mit zusätzlichen Stellenschaffungen könnten Vorplanungen, die künftig etwa aus den Bereichen Fuß- und Radverkehr sowie der Stadtgestaltung vermehrt zu erwarten sind, schneller in die Entwurfsplanung gehen. Zur Stellenschaffung bedürfte es in 2024 je Stelle/Jahr 80.000 € Personalaufwand.							
343	Grüne	66	M:	Planerstellen für Amt 81 und 66 um begleitend zum Fernwärmeausbau die Straßen in einen fahrradfreundlichen und begrünten Zustand bringen zu können					300.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Der Fernwärmeausbau wird in den nächsten Jahren eine hohe Personalkapazität bei den Ämtern 66 und 81 binden. Zur Stellenschaffung bedürfte es in 2024 je Stelle/Jahr 80.000 € Personalaufwand.							
344	Grüne	66	M:	Sachmittel Fernwärmeausbau Begleitung					500.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Um den Fernwärmeausbau begleiten zu können, wird die Aufstockung beim Straßenerneuerungsprogramm mittelfristig benötigt werden.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
345	SPD	66	Sicherheit der Menschen. Gerade im Winter ist es schon früh dunkel und Kinder müssen nach dem Training im Sportzentrum im Dunkeln heim fahren. B: Beleuchtung mit Bewegungssensor ähnlich wie an der Promenade in der Bahnstadt						
			Z: Straßenbeleuchtung						
			M: Radwege beleuchten, z.B. Klausenpfad und Soldatenweg						
			Anmerkung der Verwaltung: Klausenpfad ist Teil des Masterplans Im Neuenheimer Feld und sollte daher zur Zeit nicht umgesetzt werden. Der Soldatenweg liegt im Außenbereich und daher ein sensibler Bereich bzgl. Insektenschutz. Amt 31 wäre mit einzubeziehen. Voraussichtliche Kosten ca. 390.000€, welche zur Verfügung gestellt werden müssten. Das Tiefbauamt befürwortet die Maßnahme nicht.						
346	SPD	66	Sichere Fuß- und Radwege im gesamten Stadtgebiet forcieren B:						
			Z: 51.10 Ziel 2						
			M: M 16 NEU: Fuß- und Radweg auf dem Diebsweg überschwemmungssicher ertüchtigen						
			Anmerkung der Verwaltung: Zur Sanierung ist die Problemstellung inhaltlich und örtlich zu konkretisieren.						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
347	SPD	66	Z: Investitionsprogramm					50.000	
			M: Einstellen Planungsmittel für Kreisverkehr Grenzhöfer Weg						
			Anmerkung der Verwaltung: Die Planung des Kreisverkehrs ist fertig. Es liegt eine Programmaufnahme des Landes für einen Zuschuss vor, die allerdings Ende 2023 abläuft. Danach muss neu beantragt werden. Die Kosten belaufen sich auf 2,8 Mio. Euro. Voraussichtlicher Zuschuss i.H. von 791.000 €. Bauzeit ca. 8 Monate. Die Maßnahme ist im Arbeitsprogramm zum Haushaltsplanentwurf 2023-2024 aktuell nicht zur Umsetzung priorisiert. Mit Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung in 2023 könnte der Bau frühestens ab Frühjahr 2024 erfolgen.						
348	Grüne	66	Z: weniger Versiegelung in Verkehrs- und Bauplanung		25.000			75.000	
			M: Schwammstraßen einplanen						
			Anmerkung der Verwaltung: Muss in den Vorplanungen berücksichtigt werden.						
349	SPD	66	B: Erhöhung in Orientierung an RE 2019		25.000			25.000	
			Z: Transferaufwendungen, S. 143						
			M: Aufstockung Baustellenunterstützungsfonds						
			Anmerkung der Verwaltung: Der Baustellenunterstützungsfonds nimmt wieder an Bedeutung zu. Die Erhöhung ist gerechtfertigt.						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
350	Hder	67	<p>B: Einige öffentliche Plätze sind in die Jahre gekommen. Auch mit kleineren Maßnahmen lassen sich merkliche Verbesserungen umsetzen.</p> <p>Z: Verbesserung der Aufenthaltsqualität an öffentlichen Plätzen nach Prioritätenliste (z.B. Marktplatz Pfaffengrund und Wilhelmsplatz)</p> <p>M: Erhöhung des Budgets für Entsiegelung, Bepflanzung, Verschattung und Möblierung</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Im aktuellen Doppelhaushalt sind im Topf "Grün- und Parkanlagen" bereits Mittel vorgesehen. Mit den zusätzlichen Mitteln ist ein weiterer Austausch von überaltertem Mobiliar möglich sowie weitere kleinere Arbeiten, die ohne umfangreiche planerische Vorleistungen erledigt werden können.</p>					100.000	
351	Grüne	67	<p>M: Planung und Sachmittel "Umgestaltung Stadtteilplätze"</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Stellungnahme zu Antrag Nr. 350</p>		25.000			75.000	
352	SPD	67	<p>B: Bei der Aufwertung des Alois-Link-Platzes soll Urban Gardening ermöglicht werden. Hierzu ist die Installation eines separaten Wasseranschlusses notwendig (Vgl. hierzu DS 0210/2022/IV)</p> <p>Z: OASIS, Stadtbegrünung, Grün- und Parkanlagen, Plätze</p> <p>M: Plätze im Stadtgebiet NEU: Alois-Link-Platz Urban Gardening</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Die Maßnahme wird grundsätzlich für sinnvoll erachtet. In Anbetracht des bestehenden Arbeitsprogramms und begrenzter personeller Ressourcen ist eine Realisierung im laufenden Haushalt eher kritisch zu sehen.</p>					20.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
353	SPD	67 FH S. 25	B:	Schaffung von vielfältigen Möglichkeiten zur Freizeitbeschäftigung an öffentlichen Plätzen						
			Z:	OASIS, Stadtbegrünung, Grün- und Parkanlagen, Plätze						
			M:	Ergänzung Aufzählung unter "Plätze im Stadtgebiet" um Errichtung von Bouleplätzen und Calisthenicsanlagen						
			Anmerkung der Verwaltung: Wird nach Möglichkeit berücksichtigt.							
354	SPD	67, FH S. 24 / 25	B:	Ausbau der Barrierefreiheit an öffentlichen im Stadtgebiet voranbringen, Mit der Errichtung einer Toilette für alle in Rohrbach soll ein Anfang gemacht werden				12.000	100.000	
			Z:	OASIS, Stadtbegrünung, Grün- und Parkanlagen, Plätze / Toilettenanlagen im Stadtgebiet						
			M:	Installation einer Toilette für alle Rohrbach-Markt; gleichzeitige Einwerbung von Landesfördermitteln						
			Anmerkung der Verwaltung: In diesem Zusammenhang wird auf die Antwort der Verwaltung auf die entsprechende Protokollfrage der Haushaltsklausur verwiesen: "Amt 67 hat für den Neubau einer neuen Toilettenanlage pro Jahr auf den eigenen Flächen (Parks, Spielplätze und Friedhöfe) Mittel eingestellt. Priorisiert wird derzeit die Schwanenteichanlage. Amt 70 hat für die Unterhaltung und Reinigung einer neuen Toilettenanlage ebenfalls Gelder in den Haushalt eingestellt. Für eine Toilettenanlage am Rohrbach Markt wurden keine Mittel eingestellt. Erforderlich wären aufgrund einer Kostenschätzung ca. 350.000 €. Die Stadt Heidelberg hat den Neubau neuer Toilettenanlagen im öffentlichen Raum über den Werbeanlagenvertrag geregelt. Hier sind keine weiteren Neubauten möglich.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
355	CDU	67	<p>B: behindertengerechte Toilette Ror-Markt, Planung und Umsetzung</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Stellungnahme zu Antrag Nr. 354</p>		5.000			25.000	
356	SPD	67, FH S. 24	<p>Laut DS 0123/2020/IV wurden von der Verwaltung mögliche Standorte gelistet. Nun sollen diese in einer ersten größeren Tranche im Stadtgebiet errichtet werden, um die Aufenthaltsqualität an öffentlichen Plätzen zu erhöhen</p> <p>Z: OASIS, Stadtbegrünung, Grün- und Parkanlagen, Plätze</p> <p>Erhöhung Ansatz für Trinkwasserbrunnen. Es sollen Trinkwasserbrunnen an den folgenden Standorten errichtet werden: Alte Brücke /</p> <p>M: Neckarstaden, Grahampark, Odenwaldplatz, Neuenheim Marktplatz, Frühlingsweg / Spielplatz, Rohrbach-Markt, Alois-Link-Platz, Thaddenplatz und Ziegelhausen Ebertplatz</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Im Doppelhaushalt 2023/24 ist bereits die Realisierung von 2 Trinkwasserbrunnen in der Südstadt und 1 Brunnen in der Bahnstadt vorgesehen. Die Umsetzung weiterer Trinkwasserspender im laufenden Doppelhaushalt ist aus Zeit- und Kapazitätsgründen eher kritisch zu sehen.</p>		40.000			60.000	
357	Grüne	67	<p>M: 5 statt 2 Trinkwasserbrunnen jährlich</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: siehe Stellungnahme zu Antrag Nr. 356</p>		20.000			60.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
358	CDU	67	B:	Spielplätze Erhöhung Maßnahme Anbringung von Sonnensegeln gem. GR-Beschluss u.a. Hölderlin, sowie Maßnahmen zum behindertengerechten Ausbau		85.000			85.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Die Umsetzung setzt erhebliche planerische Vorleistungen voraus, die im Hinblick auf die Zeitschiene und der Priorisierung von Projekten abhängig sind von den Personalkapazitäten.							
359	Grüne	67	Z:	Teilhabe von Kindern mit Behinderung an Bildung und Freizeit möglich machen						
			M:	M3: Barrierefreie Spielplätze auf die Agenda setzen						
			Anmerkung der Verwaltung: Das Prinzip der Barrierearmut wird bei Spielplatzneu- und -umbauten bereits berücksichtigt (Beispiel KSP Elsenweg).							
360	SPD	67	Z:	Investitionsprogramm, Freizeitanlagen und Spielflächen / PG 55.10 Ziel 1 M1						
			M:	Spielplätze im Stadtgebiet ergänzen: Ausbau Spielplatz Käfertaler Straße in des Spielplatzrneuerungsprogramm aufnehmen						
			Anmerkung der Verwaltung: Sofern Sicherheitsüberprüfungen zeigen, dass Handlungsbedarf besteht, wird der Ausbau des Kinderspielplatzes in Abhängigkeit einer entsprechenden Priorisierung (Rückstellung anderer Massnahmen) vorgezogen.							
361	SPD	67 FH S. 25	Z:	Investitionsprogramm, Freizeitanlagen und Spielflächen / PG 55.10 Ziel 1 M1						
			M:	Spielplätze im Stadtgebiet ergänzen: Ausbau Spielplatz Käfertaler Straße in des Spielplatzrneuerungsprogramm aufnehmen						
			Anmerkung der Verwaltung: siehe Stellungnahme zu Antrag Nr. 360							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
362	SPD	67	B:	Neubau / Umgestaltung von Grünanlagen und Freiflächen		20.000			20.000	
			Z:	PG 11.25 Ziel 1						
			M:	M1 ergänzen: Mittelbereitstellung zu Reperaturarbeiten Bolzplatz Albert-Schweitzer-Schule						
			Anmerkung der Verwaltung: Mit diesen Mitteln können in Abhängigkeit einer entsprechenden Priorisierung (Rückstellung anderer Massnahmen) verbessernde Maßnahmen durchgeführt werden.							
363	Grüne	67	M:	Masterplan Tischtennisplatten in der Stadt. Tischtennisplatte am Römerbad soll beleuchtet werden. Für alle anderen Tischtennisplatten ein Sanierungsplan vorgelegt werden.					7.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Beleuchtung würde eine erhebliche Störung der Nachtruhe bei den direkten Anwohnern nach sich ziehen. Prinzipiell sind Grünanlagen und Kinderspielplätze nicht beleuchtet (siehe auch Lichtverschmutzung).							
364	Grüne	67	M:	Entsiegelungsprozess umsetzen und beschleunigen (Römerbad)		50.000			150.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Hierbei handelt es sich um ein sinnvolles Projekt, das aber derzeit keine realistische Chance auf zeitnahe Umsetzung hat.							
365	Grüne	67	Z:	Ausbau von Hitzeschutz"räumen" in der Stadt						
			Anmerkung der Verwaltung: Wird im Zusammenhang mit dem Projekt OASIS bestmöglich umgesetzt.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
366	GAL / FW	67	B:	Kleingartenanlage		7.000			7.000	
			M:	Erhöhung/ Investitionszuschuss						
			Anmerkung der Verwaltung:							
367	Grüne	67	M:	Zuschüsse Fachwirtausbildung		2.000			2.000	
			Anmerkung der Verwaltung:							
368	Grüne	67	M:	Planerstellen für Amt 67 aufstocken (2)		25.000			75.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Für die Einrichtung eines OASIS-Teams in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt sind zwei Stellenschaffungen zum neuen Haushaltsentwurf zur Schaffung vorgesehen . In Anbetracht der bestehenden und zukünftigen Projekte werden darüber hinaus im Rahmen des Haushaltsentwurfs 2023/2024 insgesamt vier bereits überplanmäßig anerkannte Bedarfe zur Verstetigung vorgeschlagen. Wenn weitere Projekte und Maßnahmen in der Grünflächenplanung durchgeführt werden sollen, wäre dies personell zu berücksichtigen. Für die Aufstockung der Planerstellen wären pro Stelle 35.000 € in 2023 und 76.000 € in 2024 zu veranschlagen.							
369	Bunte Linke	67	B:	Entsiegelung von Straßen und sonstigen befestigten Flächen						
			Z:	Produkt 55.10 Öffentliches Grün / Landschaftsbau Ziel 1: Umgestaltung / Erneuerung von Grünflächen						
			M:	M1: OASIS, neue Kategorie unter Kennzahl K1: neu entsiegelte Fläche im jeweiligen Jahr						
			Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Umsetzung von OASIS sollen Bäume gepflanzt und Flächen entsiegelt werden. Eine Festlegung von Stückzahlen und Flächen ist im Vorfeld nicht möglich.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
370	Bunte Linke	67 - Forst	B:	Produkt 1.55.50.01: Bäume bleiben im Wald, Holzertrag senken						
			M:	K1 senken auf 272 (= Ergebnis 2021)						
			Anmerkung der Verwaltung: Der jährliche geplante Holzeinschlag entsprechend der Forsteinrichtung mit 24.000 Fm (Nachhaltigkeitshiebsatz) wird nicht überschritten.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
371	Bunte Linke	70	B:	Abfallberatung ausweiten, weiteres Personal ergänzen						
			M:	neue Kennzahl: Anzahl Beratungen in Privathaushalten und Wohnanlagen Ziele und Kennzahl: Restmüllmenge pro Kopf je Jahr						
			Anmerkung der Verwaltung:							
<p>Aktuell sind im Bereich Abfallberatung 2,5 Planstellen vorhanden und besetzt. Die derzeit in der Abfallberatung eingesetzten Mitarbeitenden werden zu 50% über die Nebenentgelte der Dualen Systeme finanziert, sodass deren Einsatz und Tätigkeiten an die entsprechenden Themen gebunden sind. Hinzu kommt die oben genannte zur Schaffung vorgeschlagene neue Stelle. Zusätzlich wird seit 01. Juni 2023 eine Person im Hinblick auf das Projekt „Novellierung der Abfallgebührensatzung“ überplanmäßig in Vollzeit im Bereich Abfallberatung eingesetzt. Wenn Amt 70 über die bereits laufenden und für den DHH 2023/2024 geplanten Tätigkeiten in der Abfallberatung hinausgehend weitere Projekte und Maßnahmen zur Abfallvermeidung umsetzen soll, wäre dies personell und finanziell zu berücksichtigen. Das Restmüllaufkommen je Einwohner und Jahr lag 2021 mit 117 kg unter dem Landesdurchschnitt von 122 kg. Diese Kennzahl wird in der Zielvereinbarung des Amtes 70 bereits abgebildet. Für eine Zielformulierung wird auf den neuen Abfallwirtschaftsplan Baden-Württemberg und das neue Abfallwirtschaftskonzept 2024-2034 (Verabschiedung geplant für Herbst 2023) verwiesen. In Bezug auf die durchgeführten Beratungen werden bislang keine Kennzahlen erhoben. Die Beratungen erfolgen in der Regel im Rahmen von anderen Tätigkeiten (Kampagnen, Beschwerden usw.).</p>										

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
372	CDU	70	B: Toilette für alle (für Menschen mit Behinderung)		17.600			17.600	
			Anmerkung der Verwaltung: In das geplante Toilettenkonzept werden die Anforderungen aller potenziellen Nutzergruppen sowie die Folgen des Auslaufens des Werbeanlagenvertrages zum 31.12.2026 einfließen.						
373	Grüne	70	Z: Heidelberg wird hürdenlos						
			M: M3: Konzept für barrierefreie Toiletten an zentralen Plätzen in den Stadtteilen und in der Innenstadt und auf Spielplätzen						
			Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme Antrag Nr. 372						
374	CDU	80	B: Erhöhung Ansatz Einzelhandelsförderung		20.000			20.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Amt 80 sieht in der Bereitsstellung von zusätzlichen 20.000 € in der Position "Einzelhandelsförderung" zum Beispiel eine gute Möglichkeit das bereits bestehende Förderprogramm "Inhabergeführter Einzelhandel" um weitere Gelder aufzustocken. Weitere Ansätze wären die Co-Finanzierung belebender Projekte zur Stärkung der Seitengassen oder das Marketing der Online-Plattform vielmehr.heidelberg.de auszubauen.						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
375	CDU	80	<p>B: Personalmittel für aktive Gewerbeflächenansiedelung auf HDer Wirtschaftsflächen</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Im Bereich der Wirtschaftsflächenentwicklung ist die Anzahl und Qualität der zur Verfügung stehenden Flächen begrenzt. Eine Verstärkung der bereits stattfindenden Standortbewerbung - und Schaffung einer noch längeren "Warteliste" - ist möglich, der gewünschte Zuwachs an Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätzen geht jedoch mit der Entwicklung und dem Management von Bestandsunternehmen sowie der Aktivierung von weiteren Flächen einher. Um zielgerichtet Flächen und ihre Spezifika zu aktivieren und mit potenziellen zukünftigen Nutzern in Verbindung zu bringen, wären daher zusätzliche Personalmittel für einen gewerblichen Quartiersmanager/-managerin in Höhe von rund 23.000 € im Jahr 2023 und in Höhe von rund 80.000 € im Jahr 2024 erforderlich. Aufgrund inhaltlicher Überschneidung wird ergänzend auf den Stellenschaffungsantrag der Fraktion Die Heidelberger verwiesen.</p>		50.000			100.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
376	HDer	80	<p>proaktives gewerbliches Flächenmanagement und B: bessere Verzahnung der Ämter Liegenschaften und Wirtschaftsförderung</p> <p>Z: Flächen strategisch und nachhaltig nutzen</p> <p>Stellenschaffung Flächenmanager/-in (50 % über M: Landesförderung „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“)</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Aufgrund inhaltlicher Überschneidung wird ergänzend auf den Änderungsantrag Nr. 375 verwiesen. Die Anzahl und Qualität der zur Verfügung stehenden Wirtschaftsflächen ist begrenzt. In manchen Fällen werden Gewerbeflächen auch seit längerem für Nutzungen in Anspruch genommen, die nicht den ursprünglich vorgesehenen Flächenzielen entsprechen oder nachträglich aus ökologischen Gründen nicht entwickelt werden sollen. Eine Förderung im Rahmen des Förderprogramms „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“ des Landes ist daher grundsätzlich denkbar, die Frist zur Einreichung mit dem 2. Juni 2023 ist jedoch bereits abgelaufen. Die beiden Ämter 23 und 80 arbeiten bereits in engem Austausch zusammen. Die Schaffung einer Stelle eines gewerblichen Quartiermanagers/-managerin bei Amt 80 kann genutzt werden, um zielgerichtet Flächen und ihre Spezifika zu aktivieren, diese mit potenziellen zukünftigen Nutzern in Verbindung zu bringen und Fehlentwicklungen frühzeitig zu verhindern. Es wären dafür zusätzliche Personalmittel in Höhe von rund 23.000 € im Jahr 2023 und in Höhe von rund 80.000 € im Jahr 2024 erforderlich.</p>	22.500	45.000		45.000	90.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
377	SPD	80, S.4	B:	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		-6.240			-6.240	
			Z:	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen						
			M:	Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung nur für Projekte; nicht für Personal. Personal im Sinne der Haushaltsehrlichkeit anders abbilden. Vorstellung der geplanten Projekte mit Mittelbedarf im nächsten AWW nach Haushaltsbeschluss						
			Anmerkung der Verwaltung: Sämtliche Aufwendungen, die für personelle Ressourcen entstehen, sind als Personalaufwendungen erfasst. Dementsprechend handelt es sich bei den anfallenden Projektkosten ausschließlich um Gelder für geplante Maßnahmen im Rahmen der Beschäftigungsförderung und nicht um Personalkosten. Eine Auflistung der Projekte erfolgt im Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft.							
378	HiB	80	B:	Erhöhung Ansatz Einzelhandelförderung, Schwerpunkt Migrationsökonomie		50.000			50.000	
			Z:	Einzelhandelerunternehmer mit Migrationshintergrund gezielt stärker Fördern sowie über Angebote des Amts für Wirtschaftsförderung informieren						
			M:	Mittelerhöhung						
			Anmerkung der Verwaltung: Das Instrument der Mittelstandsoffensive deckt mit ihren Partnern den kompletten Lebenszyklus eines Unternehmens ab. Unternehmer*innen, egal ob Migranten*innen oder nicht, haben die gleichen Bedürfnisse im Laufe des Geschäftslebens. Ergänzend zu dem bestehenden Angebot der Mittelstandsoffensive wurden die vom Amt 80 geschaffenen Informationskanäle und deren Inhalte ständig zielgruppenspezifisch erweitert.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
379	FDP	81	B: Statt 20 neuer Planstellen sind unserer Meinung nach 10 neue Planstellen völlig ausreichend. Eine Änderung der Organisationsstruktur würde die Effektivität deutlich stärker erhöhen. Neue Verantwortungsbereiche auf Abteilungsleitererebene schaffen um den Flaschenhals in den Entscheidungsprozessen zu vergrößern.						
			Z: Beschleunigung der Arbeitsabläufe						
			M: Planstellenerhöhung auf 10 begrenzen						
			Anmerkung der Verwaltung: Im Haushaltsentwurf werden mit den von der Verwaltung vorgeschlagenen 20 Stellenschaffungen auch 9,5 Vollzeitäquivalente, die bereits bei Amt 81 eingesetzt sind, dauerhaft verstetigt. Der "Flaschenhals" entsteht insbesondere durch eine stetige Zunahme von Anliegen, Beschwerden, Vorschlägen, Anträgen, Arbeitsaufträgen und Fragezeiten aus Bürgerschaft und Politik.						
380	Grüne	81	M: zwei Stellen Radverkehr (Planen, Recht) umsetzen Anmerkung der Verwaltung: Planungen beim Radverkehr, insbesondere bei sinnvollen Lückenschlüssen und regelkonformen Radwegenetzen benötigen Zeit, genauso wie die verkehrsrechtliche Anordnung und Umsetzung. Verkehrsrechtlich sind zusätzlich die Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht und die weitere Umsetzung der StVO-Novelle vorgesehen. Mit der Besetzung zusätzlicher Stellen (insbesondere beim Verkehrsrecht) könnten die genannten Maßnahmen zügiger begonnen werden.		40.000			160.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
381	Grüne	81	<p>Erhöhung GvD 4 Stellen zur Überwachung ruhender Verkehr – auch an Sonn- und Feiertagen für die Sicherheit</p> <p>M: von Fußgängern, Menschen mit Einschränkungen, Umsetzung der Verkehrsanordnungen bei Vereinsfesten</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Durch eine Erhöhung der Personalkapazitäten beim GVD können die Maßnahmen in der Verkehrsüberwachung verstärkt durchgeführt werden. Personalkosten für 4 Mitarbeitende im Außendienst beim GVD in E06: rund 220.000 €/a zzgl. Sachkosten: 22.000 €/a .Eine Aufstockung der Personalstärke beim Außendienst des GVD macht sowohl im Innendienst beim GVD als auch im Innendienst des Rechtsamtes personelle Aufstockungen erforderlich: Eine Person in E09a bei Amt 81: rund 60.000 € zzgl Sachkosten: 9.700 €. Eine Person in E08 bei Amt 30: rund. 59.000 € zzgl Sachkosten: 9.700 €. Summe Aufwand: 380.400 €/a. Dadurch wären zusätzliche Einnahmen in Höhe von rund 235.000 €/a möglich. Schwerpunkt bleibt die Überwachung der Verkehrssicherheit.</p>						
382	Grüne	81	<p>zwei Planer*innenstellen: E Klima-Empfehlungen zur Anwendung und Weiterentwicklung von FGSV-</p> <p>M: Veröffentlichungen im Bereich Verkehr zur Erreichung von Klimaschutzzielen</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Die E-Klima-Empfehlungen sind bekannt und finden in der Planung Berücksichtigung. Durch eine Aufstockung der Planungskapazitäten können die Maßnahmen beschleunigt nach Stand der Technik entwickelt werden.</p>		40.000			120.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
383	SPD	81 S. 9	<p>B: In Heidelberg herrscht ein Mangel an freiberuflichen Hebammen. Mit Parkausweisen für Hebammen würden diese bei Parkkosten für in Heidelberg tätige Hebammen in Stadtteilen mit Parkraumbewirtschaftung deutlich entlastet. Dies könnte den Standort Heidelberg für Hebammen attraktiver machen.</p>						
			<p>Z: PG 12.21 Ziel 1</p>						
			<p>M: M 9 Neu Beschreibung der Produktgruppe um den folgenden Spiegelstrich ergänzen: Ausstellung von Parkausweisen an Hebammen analog zum Handwerkerparkausweis</p>						
			<p>Anmerkung der Verwaltung: Hebammen können Ausnahmegenehmigungen gemäß § 46 StVO für einen längeren Zeitraum zur Nutzung bei Notfalleinsätzen beantragen. Diese werden gebührenpflichtig erteilt. In die Systematik der Zielvereinbarung würde die Formulierung einer entsprechenden Maßnahme bei PG 12.21, Ziel 1 ggf. besser passen.</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
384	Linke	81	B:	Anschaffung von zwei weiteren mobilen Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen						
			Z:	Verkehrssicherheit erhöhen						
			<p>Anmerkung der Verwaltung:</p> <p>Für die Beschaffung von zwei mobilen Messanlagen mit Fahrzeugen sind Mittel in Höhe von 320.000 € erforderlich. Aufgrund der langen Lieferzeiten Veranschlagung als VE in 2023 und kassenwirksam in 2024. Für die Betreuung der Anlagen entsteht ein Personalbedarf von: 4 Stellen bei Amt 81 im Außendienst in E06 (Personalkosten: 220.000 € + Sachkosten: 22.000 €), 1 Stelle bei Amt 81 im Innendienst zur Auswertung der Messergebnisse der zusätzlichen Anlagen in E06 (Personalkosten: 55.000 € + Sachkosten: 9.700 €) und 1 Stelle bei Amt 30 in E08 (Personalkosten: 59.000 € + Sachkosten: 9.700 €). Aufwand insg.: 375.400 €/Jahr, der ab 2025 vorzusehen wäre. Damit sollen insb. im Spätdienst und an Wochenenden Messungen durchgeführt werden. Aus Sicherheitsgründen müssen im Spätdienst die Messfahrzeuge mit 2 Mitarbeitenden besetzt werden. Zusätzlichen Einnahmen ab 2025 (nach Vergabe, Lieferung und Umbau der Fahrzeuge bzw. Einbau der Messgeräte, Schulung des Personals): ca. 350.000 €/Jahr.</p>							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
385	Die PARTEI	81; S.21	B: Beschaffung bewegliches Vermögen			-160.000		-160.000	
			Z: Messfahrzeug mit Geschwindigkeitsmessanlage						
			M: Messfahrzeug wird gestrichen, Speedlimit? Ohne uns!						
			Anmerkung der Verwaltung: Die Zuständigkeit für die Abschaffung von Speedlimits liegt beim Bundesgesetzgeber . Aus Sicherheitsgründen ist bis zu einer Abschaffung von Speedlimits eine regelmäßige Überprüfung der Geschwindigkeit mit entsprechenden Geräten und Fahrzeugen erforderlich. Wenn das Fahrzeug gestrichen wird entfällt auch die in 2023 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung in entsprechender Höhe.						
386	Die PARTEI	81; S.21	B: Beschaffung bewegliches Vermögen			-33.000		-33.000	17.000.000
			Z: PKW GVD						
			M: wird ersetzt durch einen Zeppelin						
			Anmerkung der Verwaltung: Zeppeline bzw. Luftschiffe sind für den Einsatz des Gemeindevollzugsdienstes zur Überwachung des ruhenden Verkehrs in Heidelberg nicht geeignet. Wenn das Fahrzeug gestrichen wird entfällt auch die in 2023 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung in entsprechender Höhe.						
387	Die PARTEI	81	B: Die Mobilität der Zukunft ist der Zeppelin						170.000.000
			Z: Umstrukturierungen auf Zeppelinlinienverkehr						
			M: VE Zeppelinbeschaffung (10 Stück)						
			Anmerkung der Verwaltung: Zeppeline bzw. Luftschiffe sind für den Einsatz im städtischen ÖPNV-Linienverkehr in Heidelberg nicht geeignet (siehe DS: 0118/2019/FZ).						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
388	Grüne	81	<p>Z: Bewerbung Radkulturkommune</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Heidelberg war bereits erfolgreich Radkulturkommune. Eine weitere Förderung wird seitens des Fördermittelgebers abgelehnt, da angesichts des hohen Antragsaufkommens neu antragstellende Kommunen bevorzugt werden. Für einzelne Maßnahmen aus der Radkultur erhalten wir regelmäßig Fördermittel wie z. B. für Radservicestationen und Radchecks.</p>						
389	HiB	81	<p>B: Radnetzinfrastruktur in Heidelberg verbessern und Verkerswende ermöglichen</p> <p>Z: Heidelberg als fahrradfreundliche Stadt</p> <p>M: Bewerbung als Radkulturkommune</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag Nr. 388</p>						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
390	SPD	81	<p>Eine Brücke an dieser Stelle ersetzt eine Querung durch das FFH/Naturschutz Gebiet wie sie im Masterplan INF diskutiert wurde und wäre eine sinnvolle Ergänzung des Radwegenetzes in die Region. Sie läge auf halber Strecke zwischen der Eisenbahnbrücke Ladenburg und dem Wehrsteg Heidelberg und könnte an den Radschnellweg HD - MA angebunden werden.</p> <p>B: Die Stadt Heidelberg, die Gemeinde Dossenheim und der Rhein-Neckar-Kreis haben bereits eine Machbarkeitsstudie erstellen lassen. Momentan stehen vom Bund als auch vom Land Fördermittel bis zu 90% der Investitionskosten zur Verfügung. Da das Projekt hierfür bis 2028 abgeschlossen sein muss, sollte zügig mit der Planung begonnen werden</p> <p>Z: Investitionsprogramm</p> <p>M: Einstellen Planungsmittel für Fuß- und Radbrücke auf Höhe A5</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Eine Planung der Brücke wird ggf. nach Beschluss der Radstrategie angestrebt.</p>					200.000	
391	Grüne	81	<p>M: Radverkehr fördern (Planungsrate Brücke Wieblingen-Dossenheim)</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag Nr. 390</p>		40.000				

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
392	Bunte Linke	81	B:	regionales Radwegenetz: Radweg unter der Autobahnbrücke A5 von Wieblingen nach Dossenheim						
			Anmerkung der Verwaltung: Eine Anhängung eines Fuß- und Radstegs an die BAB-Brücke ist gemäß Machbarkeitsstudie vom 03.03.2021 ohne weitere Ertüchtigungsmaßnahmen der Brücke nicht möglich . Eine Planung der Brücke wird ggf nach Beschluss der Radstrategie angestrebt.							
393	CDU	81	B:	Antrag Radabstellanlagen Gegenfinanzierung Fahrradinfrastruktur		500.000			500.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Für die gesamte Fahrradinfrastruktur sind 2,3 Mio. € in 2023 und 2,6 Mio. € in 2024 vorgesehen zuzüglich einer VE von jeweils 500.000 € . Damit stehen ausreichend Mittel für die gesamte Fahrradinfrastruktur inklusive neuer Fahrradabstellanlagen zur Verfügung.							
394	CDU	81	B:	Fahrradinfrastruktur, (Vgl. Straßenerneuerung (zs. 7,5 Mio und VE 5 Mio.) Fahrrad 5,2 Mio und VE 1 Mio) Vgl. Straßenunterhalt 9 Mio		-500.000			-500.000	
			Anmerkung der Verwaltung: Die Mittel bei der Fahrradinfrastruktur sind -flexibel einsetzbar (sh auch Stellungnahme zu Antrag 393)							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
395	SPD	81	B:	Aufnahme der Maßnahme in den Topf Fahrradinfrastruktur						
			Z:	Fahrradinfrastruktur						
			M:	NEU: Sanierung des letzten Teilstücks Heinrich-Menger- Weg.						
			Anmerkung der Verwaltung: Die Überlegungen für eine Straßenbahntrasse und für einen Radschnellweg stehen dem Projekt nach zwischenzeitlich erfolgten Entscheidungen des Gemeinderates nicht mehr im Weg, so dass eine Umsetzung nach Maßnahmegenehmigung möglich ist. Die aktuelle Kostenschätzung beläuft sich auf rund 800.000 € (siehe DS: 0164/2022/IV). Die Finanzierung könnte aus Mitteln der Fahrradinfrastruktur erfolgen.							
396	SPD	81	B:	zurückgezogen						
397	SPD	81	B:	Gemäß der Richtlinie des Landes zur Planung einer urbanen Seilbahn ist in der konzeptionellen Phase ein Gutachten notwendig. Im Abschluss des Masterplans ist die Möglichkeit einer Seilbahn verankert. Diese soll nun genauer untersucht werden.					250.000 €	
			Z:	Investitionsprogramm						
			M:	Gutachten Seilbahn Neuenheimer Feld: Potenzialermittlung, Infrastruktur- und Betriebsplanung, Wirtschaftlichkeitsbetrachtung						
			Anmerkung der Verwaltung: Entsprechend des Beschlusses zur DS: 0073/2022/BV hat die Stadt gegenüber rnv die Kostenübernahme für eine erweiterte Nutzen-Kosten-Untersuchung (NKU auf Basis Standi 2016+) und Trassenfindung für eine Seilbahn nach Patrick-Henry-Village (PHV) erklärt . Der GR wird über das Ergebnis informiert.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
398	GAL FW	81	B:	Verkehrslenkung und Verkehrsberuhigung Altstadt		250.000			250.000	
			Z:	3: Optimierung Verkehrsinfrastruktur						
			M:	8: Erarbeitung des Befahrungs- und Betriebskonzept, Umsetzung Gesamtkonzept						
			Anmerkung der Verwaltung: Die Erarbeitung eines Befahrungs- und Betriebskonzeptes ist bereits in 2023/2024 vorgesehen. Die Umsetzung ist unter der Voraussetzung der Finanzierbarkeit für den nächsten Doppelhaushalt vorgesehen.							
399	GAL FW	81	B:	Gehwegbau Harbigweg zwischen HRK und HCH					100.000	
			Z:	Verkehrssicherheit-Klimaschutz						
			M:	Planungsmittel						
			Anmerkung der Verwaltung: Der Gehwegbau im Bereich des Harbigwegs nördlich der Allahopp Anlage kann im Rahmen der aktuellen Priorisierung der Projekte in 2023/2024 nicht geplant werden. Voraussetzung ist zunächst eine Abstimmung mit den Vereinen vor Ort und die Klärung der verkehrsrechtlichen Vorgaben. Es wird geprüft, inwieweit eine kurzfristige Verbesserung für Zu-Fuß-Gehende in Form von Markierungen umgesetzt werden kann, die auch den Anforderungen der Barrierefreiheit gerecht wird.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
400	Grüne	81	<p>M: Ausbau Mobilitätshubs</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Bei Amt 81 werden bereits Stationen für E-Tretroller, Lastenräder und Carsharing geplant. Diese sollen mit weiteren Verkehrsmitteln und Mobilitätsservices gebündelt werden, mit dem Ziel, den Umstieg innerhalb der Mobilitätsarten zu ermöglichen und im Bestand zu verbessern. In Baden-Württemberg ist dies Teil der von der Landesregierung beschlossenen ÖPNV-Strategie und wird im LGVFG berücksichtigt. Dabei wird die systematische Verknüpfung von Mobilitätsarten und die Integration weiterer Mobilitätsangebote in den ÖPNV besonders berücksichtigt. Bei der Standortwahl und Begleitung der Umsetzung im öffentlichen Raum erfolgt eine Beteiligung von Amt 61.</p>					20.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
401	HDer	81	B:	Umstieg von MIV auf Umweltverbund, um den innerstädtischen Verkehr zu entlasten						
			Z:	PG 5110, Z 3 Erarbeitung von Grundlagen für den Bau einer optimalen Verkehrsinfrastruktur						
			M:	Planungen zu MIV-Verlagerungspotenzialen bei Umlandpendlerverkehren, wie z.B. Park & Ride-Parkplätzen sowie Quartiersgaragen möglichst an allen Stadteingängen mit Kombi-Ticket						
			Anmerkung der Verwaltung:							
			<p>In 2023/2024 sind bereits Konzeptionen zu MIV-Verlagerungspotenzialen bei Umlandpendlerverkehren, wie z.B. Park & Ride-Parkplätzen sowie Quartiersgaragen und zu regionalen Kooperationen mit weiteren Umlandgemeinden vorgesehen (EU-Projekt „Reallocate“ und Klimamobilitätsplan).</p> <p>Kombi-Ticket: P&R in Kombination mit ÖPNV-Nutzung. Im Rahmen der Untersuchungen des Landes BW werden darüber hinaus noch die Möglichkeiten "Mobilitätspass" im Zusammenhang mit einer Mobilitätsgarantie betrachtet. Insbesondere beim Mobilitätspass für Kfz-Nutzer muss ein Parkraumkonzept (P&R) zwingend mit dem ÖPNV-Konzept verknüpft werden.</p>							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
402	Grüne	81	<p>M: Planung bzw. Umgestaltung der beiden Teilabschnitte Römerstraße Südstadt</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Der Vorentwurf Römerstraße für den Mittelteil zwischen Rheinstraße und Saarstraße wurde beschlossen (DS: 0180/2020/BV). Dafür sind im Treuhandvermögen Mittel von 2,7 Mio. € eingeplant. Bis Sommer 2023 werden die Planungen durch Amt 81 finalisiert und zur Entwurfsplanung an Amt 66 übergeben. Sollte mit den beiden Teilabschnitten der nördliche und südliche Abschnitt gemeint sein: Diese Abschnitte sind noch nicht als Vorentwurf entwickelt und beschlossen. In 2023/2024 ist der Vorentwurf mit den vorhandenen Personalressourcen nicht leistbar. 20.000 € als Planungsmittel würden dafür nicht ausreichen.</p>					20.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
403	Grüne	81	M:	Verkehrssicherheit und Beruhigung (Erhöhung Mittel für Umsetzung Sicherheitsaudit und separate Ausweisung)		500.000			1.000.000	
				Anmerkung der Verwaltung: Die Mittel für die Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und das Sicherheitsaudit reichen aus und sind innerhalb des Gesamtansatzes gegenseitig deckungsfähig . Die Maßnahmen sind oftmals aufwändiger zu planen und durch die Verkehrsbehörde zu genehmigen, wohingegen die finanziellen Auswirkungen zumeist nicht so hoch sind.						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
404	Grüne	81	B:	Mehr Miteinander in der Stadt von Morgen! Mehr Partizipation und mehr Berücksichtigung von verschiedenen Bedürfnissen gehören zu einer aktiven, zukunftsorientierten Stadt						
			Z:	Heidelberg wird hürdenlos						
			M:	M1: gezielte Förderung des barrierefreien und lebenslangen Wohnens M2: Bestandsaufnahme und Handlungskonzept „Mobilität im Alter und für Menschen mit Behinderung“ M3: Konzept für barrierefreie Toiletten an zentralen Plätzen in den Stadtteilen und in der Innenstadt und auf Spielplätzen						
Anmerkung der Verwaltung:										
M2: Ein Schwerpunkt des Amts für Mobilität ist die Verbesserung der Barrierefreiheit im Stadtgebiet. Dafür werden - die Planungen der rnv zum barrierefreien Umbau aller Straßenbahnhaltstellen im Stadtgebiet begleitet, - der sukzessive Ausbau von barrierefreien Bushaltstellen im Stadtgebiet geplant und - die Vorgaben zur Barrierefreiheit bei sämtlichen Planungen zu Mobilitätsmaßnahmen (insbesondere bei Neu- und Umbauten) berücksichtigt.										

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
405	SPD	81	B:	Auflistung und Erläuterung wie im Haushalt 2019/2020 (Vgl hierzu DHH 2019/2020, TH 81, S. 25) um den Mitteleinsatz für Kinderfreundliche Verkehrsplanung transparent darzulegen						
			Z:	PSP-Element 8.81000018.700						
			M:	Kinderfreundliche Verkehrsplanung soll als eigenständiges Element innerhalb des PSP-Elementes mitsamt seiner Beträge für 2023 und 2024 ausgewiesen werden						
			Anmerkung der Verwaltung: Maßnahmen aus dem Sicherheitsaudit und der Verkehrssicherheit dienen grundsätzlich allen schwächeren Verkehrsteilnehmenden , also v. a. Kindern, Senioren und Menschen mit Behinderungen. Eine Unterscheidung ist nicht sinnvoll , zumal alle Beträge gegenseitig deckungsfähig sind.							
406	FDP	81	B:	Durch Einführung des 49€/Deutschlandticket wurden neue Voraussetzungen geschaffen. Förderung nicht mit der Gießkanne, sondern nur für wirklich Bedürftige.						
			Z:	Einsparung Gelder						
			M:	Streichung der Erstattungen für Vergünstigter ÖPNV/HD4Mobility						
			Anmerkung der Verwaltung: Ein Beenden von hd4mobility ist frühestens nach der vereinbarten einjährigen Pilotphase zum 31.08.2023 möglich (siehe DS: 0112/2022/BV). Bis dahin werden Mittel in entsprechender Höhe benötigt. Ob und unter welchen Bedingungen das Projekt fortgesetzt wird, wird parallel zum Haushaltsplan beraten und beschlossen .							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
407	SPD	81	<p>Überarbeitung des Konzeptes des Pilotprojektes unter Berücksichtigung des 49 € Tickets und des Landesjugendtickets. Durch die Einführung des 49 €</p> <p>B: Tickets und die Erweiterung des Berechtigtenkreises für Wohngeldberechtigte ntlastet der Bund viele Menschen, weshalb das Konzept überprüft und angepasst werden kann.</p> <p>Z: Sonstige ordentliche Aufwendungen S. 33</p> <p>M: 3-€-Ticket und Ticket ab 60 anpassen</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 406</p>					-2.000.000	

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
408	FDP	81		Wir wollen, auf Anregung des Jugendgemeinderates, mehr Moonlinerfahrten ermöglichen und dafür Haushaltsmittel bereitstellen						
			B:							
			Z:	Mehr Moonlinerfahrten						
			M:	Donnerstag bis Sonntag sollen auch nach 1 Uhr noch Moonliner fahren						
			Anmerkung der Verwaltung: Moonliner verkehren bisher bereits in den Nächten von Freitag auf Samstag und Samstag auf Sonntag bis in die Morgenstunden. rnv hat eine Berechnung für folgende Varianten durchgeführt: Variante a) Donnerstag Verlängerung bis 2 Uhr (analog Antrag JGR) => Defiziterhöhung in Höhe von ca. 106.000 € zzgl. 24.000 € = 130.000 € pro Jahr und Variante b) Donnerstag nachts durchgängiges Fahrtangebot analog zu Moonliner in den Nächten von Freitag auf Samstag und Samstag auf Sonntag => Defiziterhöhung in Höhe von ca. 350.000 € zzgl. Sicherheitspersonal in Höhe von 50.000 € = 400.000 € pro Jahr. Aus der Sicht der HSB bedarf es einer Priorisierung der einzusetzenden Finanzmittel , dass vorrangig Angebotsmaßnahmen mit Anreizen zum Umstieg auf ÖPNV im Alltagsverkehr und möglichst guter Wirtschaftlichkeit umgesetzt werden. Es ist zu erwarten, dass die geforderten Angebotsverdichtungen zu keinen nennenswerten Nachfragesteigerungen führen.							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
409	Linke	81	B:	Zusätzliche Moonliner-Fahrt unter der Woche um 1:38 Uhr als Angebot des RNV						
			Z:	Mobilität und Sicherheit für jungen Menschen nachts verbessern						
			M:	RNV richtet weitere Fahrt ein analog zum Vorschlag des JGR						
			Anmerkung der Verwaltung: Verlängerung Moonliner bis 2 Uhr unter der Woche (So-Do): Zusätzliche Betriebskosten ca. 550.000 €/a, zus. Fahrgelderlöse ca. 20.000 €/a => zus. Defizit ca. 530.000 €/a , Optional: ein zusätzliches Sicherheitsteam: ca. 120.000 €/a (nur So-Do). Aus der Sicht der HSB bedarf es einer Priorisierung der einzusetzenden Finanzmittel , dass vorrangig Angebotsmaßnahmen mit Anreizen zum Umstieg auf ÖPNV im Alltagsverkehr und möglichst guter Wirtschaftlichkeit umgesetzt werden. Es ist zu erwarten, dass die geforderten Angebotsverdichtungen zu keinen nennenswerten Nachfragesteigerungen führen. Siehe auch Stellungnahme zu Antrag Nr. 408.							
410	SPD	80, S.4 (an 81)	B:	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		141.600			141.600	
			Z:	NEU: Kostenloser ÖPNV an den Adventssamstagen						
			M:	Kostenloser ÖPNV an Adventssamstagen zur Stärkung des stationären Einzelhandels mit Befragung						
			Anmerkung der Verwaltung: Für die Nutzung des innerstädtischen ÖPNV (Keine S-Bahn) fallen Kosten von 35.400 € pro Samstag an, 141.600 € für 4 Samstage .							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
411	Grüne	81	M:	Nachhaltiger Pendlerverkehr (Schnellbusse und quellnahes P&R im Umland unterstützen)					1.000.000	
			<p>Anmerkung der Verwaltung:</p> <p>In 2023/2024 sind bereits Konzeptionen zu MIV-Verlagerungspotenzialen bei Umlandpendlerverkehren, wie z.B. Park & Ride-Parkplätzen sowie Quartiersgaragen und zu regionalen Kooperationen mit weiteren Umlandgemeinden vorgesehen (EU-Projekt „Reallocate“ und Klimamobilitätsplan). Schnellbuslinien: Die bestehenden Möglichkeiten im Rahmen der regionalen Kooperation der Aufgabenträger Stadt Heidelberg und Rhein-Neckar-Kreis werden ausgeschöpft. Aktuell folgen Planungen im regionalen Verkehr südlich von HD (Sandhausen, St. Leon-Rot, Walldorf) ab Dezember 2025 ff. Weitere Kooperationen sind mit Neckargemünd geplant ab Dezember 2026 ff.</p>							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
412	HDer	81	B: Wenn in großem Stil Parkmöglichkeiten entfernt werden, muss für diejenigen, die auf das Auto angewiesen sind, eine Alternative geschaffen werden.						
			Z: PB 54, Z 3 Optimierung und Ausbau des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes für die Gesamtstadt						
			M: M 4 Neuformulierung: Quartiersgaragen als Teil des Parkraumkonzeptes und nicht als Folgemaßnahmen						
			Anmerkung der Verwaltung: Ein Gutachten zu möglichen Standorten für Quartiersgaragen (ca. 30.000 €: Potentialanalyse inkl. Einbindung ins Verkehrsnetz) ist frühestens 2024 möglich . Sollte darüber hinaus für einzelne Standorte ein konkretes Entwurfskonzept inkl. Kostenschätzung und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung etc. erforderlich sein, sind entsprechend höhere Kosten zu berücksichtigen. Parallel dazu achtet Amt 81 bei den zu erstellenden Mobilitätskonzepten und Bauanträgen von Investoren darauf, dass neben den baurechtlich notwendigen Stellplätzen auch Stellplätze für die Öffentlichkeit und Sharingplätze in Tiefgaragen berücksichtigt werden.						
413	Grüne	81	M: Machbarkeitsstudie Quartiersgaragen					20.000	
			Anmerkung der Verwaltung: sh. Stellungnahme zu Antrag 412						

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024			
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
414	SPD	81, S. 19	B:	Durch Quartiersgaragen sollen parkende Autos gezielt an bestimmten Orten konzentriert werden und damit der Parkdruck und das Verkehrsaufkommen innerhalb der Quartiere reduziert werden. Diese können vor allem durch Anwohnende angemietet werden, die keinen eigenen Stellplatz zur Verfügung haben. Das betrifft insbesondere diejenigen Stadtteile mit älteren Gebäuden, für die nach den damals gültigen Regelungen noch kein Stellplatz nachgewiesen werden musste. Für Fahrzeuge mit neuen Antriebstechnologien wie der E-Mobilität soll den Quartiersgaragen eine entsprechende Ladeinfrastruktur geschaffen werden.						
			Z:	PB 54 Ziel 3						
			M:	M4 ergänzen (Änderungen fett): Planung von notwendigen Folgemaßnahmen aus dem Parkraumkonzept, wie z. B. Quartiersgaragen vor allem für Anwohnende ohne festen Stellplatz, die auch für E-Mobilität ausgelegt sind.						
			<u>Anmerkung der Verwaltung:</u>							

Nr.	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2023			finanzielle Änderung 2024		
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
415	SPD	81, S. 9	Das Amt für Mobilität sagte den Kinderbeauftragten vor wenigen Monaten zu, die Liste der Maßnahmen, die auf den Ergebnissen des Sicherheitsaudits aufbauen, den Kinderbeauftragten zur Verfügung zu stellen. Leider ist B: bisher laut Aussage der Kinderbeauftragten nichts in dieser Richtung passiert. Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung, ihre Zusage unverzüglich einzulösen und die Maßnahmenliste den Kinderbeauftragten vorzulegen.						
			Z: PG 12.21 Ziel 1						
			M: M3 ergänzen (Anderungen fett): Umsetzung des Sicherheitsaudits im Umfeld (auch Wegebeziehungen) von Schulen, Kindertagesstätten, Spielplätzen sowie Senioreneinrichtungen. Damit verbunden Umsetzung digitaler Kinderwegepläne. Die Übersicht der aus dem Sicherheitsaudit resultierenden Maßnahmen soll unverzüglich den Kinderbeauftragten bereitgestellt werden.						
			Anmerkung der Verwaltung:						
416	SPD	81, S. 9	Kinderbeauftragte als Interessensvertreter*innen B: unser jüngsten Einwohner*innen ernstnehmen und besser in die prozessualen Abläufe einbinden						
			Z: PG 12.21 Ziel 1						
			M: M9 NEU: Frühzeitige Einbindung der Kinderbeauftragten in verkehrsplanerische Prozesse und entsprechende engmaschige Kommunikation wie beispielsweise zu Fragestellungen zur Mikromobilität (E-Scooterparkplätze) oder Gehwegparken						
			Anmerkung der Verwaltung:						